

Forschungs Informations Dienst

2/2012

1. Neue Forschungsvorhaben
2. Ergebnisse aus abgeschlossenen Forschungsprojekten
3. Veröffentlichungen aus Forschungsprojekten

Forschungs

Informations

Dienst

2/2012

Herausgeber

Hans-Böckler-Stiftung
Abt. Forschungsförderung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon (0211)7778-0

Redaktion

Linda Zebri, Dr. Melanie Diermann
Abteilung Forschungsförderung

Umschlaggestaltung

Horst F. Neumann Kommunikationsdesign, Wuppertal

Druck

kk.Design, Ratingen

Düsseldorf, Juli 2012

Inhalt

1. Neue Forschungsvorhaben

Strukturwandel - Innovation und Beschäftigung

Bach, Stefan u.a.: Wer trägt die Steuerlast in Deutschland? Verteilungswirkungen des deutschen Steuer- und Transfersystems	7
Beckers, Thorsten u.a.: Transparenz bei Public-Private-Partnerships (PPP) im Infrastrukturbereich – Eine ökonomisch-juristische Analyse	9
Bratzel, Stefan: Transformationsstrategien von mittelständischen Automobilzulieferunternehmen unter Berücksichtigung dynamischer Umweltbedingungen.....	11
Fuchs, Martina: Der Einfluss von Partizipation und Mitbestimmung auf die Kompetenzentwicklung der Beschäftigten im Maschinen- und Anlagenbau in ausgewählten Regionen Deutschlands, Schwedens und der Schweiz	12
Hirsch-Kreinsen, Hartmut u.a.: Neue Formen von Industriearbeit – Das Beispiel Siemens-Produktionssystem	13
Hübner, Kurt: Suche nach einem neuen Wachstumsmodell. 'Greening' nationaler Innovationsregime und sozio-ökologische Wachstumskoalitionen im internationalen Vergleich	15
Maack, Klaus u.a.: Zukunft des Gastgewerbes – Beschäftigungsperspektiven im deutschen Gastgewerbe	16
Weingarten, Jörg u.a.: Innovative Ansätze der Regionalentwicklung durch unternehmerische Verpflichtung und freiwilliges Engagement – Beiträge zur Entwicklung von Branchen und Beschäftigung	18
Wilke, Peter u.a.: Struktureller Wandel und nachhaltige Modernisierung – Perspektiven der Industriepolitik in Norddeutschland. Entwicklung von Konzepten zur Gestaltung des industriellen Wandels in Norddeutschland	20

Mitbestimmung im Wandel

Aleith, Jan Dagmar: Prekarität und Solidarität – Ein handlungsorientiertes Forschungsprojekt zur Förderung der Zusammenarbeit aller Ebenen der Arbeitnehmervertretung u. der Eröffnung und Intensivierung partizipativer Strukturen für prekär beschäftigte Arbeitnehmer.....	22
Artus, Ingrid u.a.: Sicherung der betrieblichen Mitbestimmung durch Betriebsratsgründungen: Prozesse und Strategien der Betriebsratsgründung.....	24
John, Peter u.a.: Arbeitnehmermitwirkung und -mitbestimmung in Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft am Beispiel der Entwicklung der Selbstverwaltungsorganisationen des Handwerks.....	26
Knape, Uwe u.a.: Das Initiativrecht nach § 92a BetrVG zur Beschäftigungssicherung – ein hilfreiches Instrument für die Mitbestimmung? Eine explorative Studie zur Mitbestimmungspraxis von Betriebsräten auf Grundlage des § 92a BetrVG	28

Erwerbsarbeit im Wandel

Boll, Christina u.a.: Unterwertige Beschäftigung von Frauen im Familienkontext	30
Haipeter, Thomas: Erfolgsabhängige Entgelte in der Metall- und Elektroindustrie: Verbreitung, Formen und betriebliche Praxis	32

Zukunft des Sozialstaates/Sozialpolitik

Brandl, Sebastian: Gesundheitliche Auswirkungen der Arbeits- und Leistungsbedingungen im öffentlichen Dienst	34
Fachinger, Uwe: Überschuss- und Dynamikpotenziale kapitalgedeckter Altersversorgung	35
Mittag, Oskar: Sozialmedizinische Begutachtung, Leistungen zur Teilhabe und Berentungsgeschehen bei Erwerbsminderung aufgrund von Krankheit oder Behinderung	36
Welti, Felix: Rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten einer Reform der Prävention und Rehabilitation von und der sozialen Sicherung bei Erwerbsminderung.....	38

Bildung für und in der Arbeitswelt

Bremer, Helmut u.a.: Weiterbildungsteilnahme als Moratorium im Lebenslauf – Auswirkungen auf Lernstrategien, Habitus und Gesellschaftsbild	40
Burkhardt, Anke u.a.: Die Juniorprofessur. Vergleichende Analyse traditioneller und neuer Qualifizierungswege des Hochschullehrernachwuchses	42
Lange, Dirk u.a.: Denkweisen der Globalisierung – Eine vergleichende Untersuchung zur Wahrnehmung und Bewertung der Globalisierung durch SchülerInnen in unterschiedlicher sozioökonomischer Lage	44

Geschichte der Gewerkschaften

Berger, Stefan u.a.: Zur Entwicklung der Mitbestimmung in der westdeutschen Automobilindustrie vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Wiedervereinigung	46
---	----

2. Ergebnisse aus abgeschlossenen Forschungsprojekten

Strukturwandel - Innovation und Beschäftigung

Meißner, Heinz-Rudolf: Beschäftigungspotenziale für E-mobility im Land Brandenburg.....	51
Pfiffmann, Oliver: Bedeutung von Nanomaterialien beim Recycling von Abfällen.....	53
Quaas, Georg: Simulation volkswirtschaftlicher Effekte standardisierter wirtschaftspolitischer Maßnahmen mit Hilfe der makro-ökonomischen Modelle KOMO 61 (alte VG) und EMGE (neue VGR).....	55
Rammler, Stephan: Innovative Mobilitätsdienstleistungen	57

Mitbestimmung im Wandel

Ekardt, Felix: Sicherung sozial-ökologischer Standards durch Beteiligung nichtstaatlicher Akteure im Völkerrecht	59
Fichter, Michael u.a.: International Framework Agreements: Ein Instrument der Mehr-Ebenen-Governance auf dem Prüfstand.....	61
Haipeter, Thomas: Sozialpartnerschaft in und nach der Krise: Aktuelle Entwicklungen und Perspektiven	64
Jirjahn, Uwe u.a.: Kapitalbeteiligung und Gewinnbeteiligung von Arbeitnehmern – Unterschiede, Gemeinsamkeiten und Implikationen für die industriellen Beziehungen in Deutschland	66
Kistler, Ernst: Verteilungswirkungen öffentlicher Dienstleistungen – Bestandaufnahme und Systematisierung von Forschungsstand und Forschungsfragen.....	68
Kluth, Winfried: Auswirkungen der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes zur "Limburger Erklärung" auf die Mitbestimmung von ArbeitnehmerInnen in der Selbstverwaltung des Handwerks	70
Kotthoff, Hermann u.a.: Europäischer Betriebsrat und transnationale Solidarität	72
Schroeder, Wolfgang u.a.: Neue Vielfalt: Vom Wandel der Arbeitnehmerverbandslandschaft und neuen Akteurskonstellationen in der deutschen Tarifpolitik.....	74

Erwerbsarbeit im Wandel

Dahme, Heinz-Jürgen u.a.: Ausgliederung und Leiharbeit bei diakonischen Sozialunternehmen	76
Gaiser, Wolfgang: Lebensqualität und nachhaltiger Lebensstil der jungen Generation.....	78
Kocher, Eva: Die Bedeutung der ILO-Konvention über Hausangestellte für das deutsche Arbeitsrecht	80
Langhoff, Thomas u.a.: Lebens- und Arbeitssituation der jungen Generation	82
Rinderspacher, Jürgen P. u.a.: Pflegesensible Arbeitszeiten: Bedarfe der Beschäftigten, betriebliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen	84
Thiele, Günter: Struktur der Beschäftigung sowie Entgeltentwicklung in den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen -2004 bis 2008-	86
Völter-Mahlknecht, Susanne: Arbeits- und Gesundheitsschutz von ausländischen Leiharbeitnehmern.....	88
Waas, Bernd: Arbeitnehmerüberlassung, Werkvertrag und freier Dienstvertrag – Praxisfragen und Regelungsprobleme in deutscher und europäischer Perspektive.....	90

Zukunft des Sozialstaates/Sozialpolitik

Poulsen, Irmhild: Stress und Belastung bei Fachkräften der Jugendhilfe – ein Beitrag zur Burnoutprävention	92
Toft, Christian: Welfare State Reform in the United States and the European Union – Policy Choices and the Construction of the New Welfare Society	94

3. Veröffentlichungen aus Forschungsprojekten

Veröffentlichungen aus Forschungsprojekten*	99
---	----

Liebe Leserinnen und Leser,

die erste Ausgabe des "Forschungsinformationsdienstes" der Hans-Böckler-Stiftung erschien vor neunzehn Jahren. Die seitdem kontinuierlich steigende Nachfrage hat gezeigt, dass unser Anliegen, regelmäßig über neue Forschungsvorhaben in der Projektförderung zu informieren, auf eine breite Resonanz stößt. Wir wollen ausgewählte Forschungsprojekte der Hans-Böckler-Stiftung in knapper Form und möglichst zeitnah vorstellen. Dieser Anspruch wäre ohne die Mitarbeit der WissenschaftlerInnen nicht einlöslich. Sie liefern Beschreibungen ihrer Vorhaben und Zusammenfassungen der Ergebnisse. Für Ihre Mitarbeit möchten wir Ihnen an dieser Stelle herzlich danken.

Die Kurzzusammenfassungen der neu angelaufenen Forschungsvorhaben ermöglichen einen ersten Einblick in die jeweiligen Zielsetzungen und in das methodische Vorgehen der von uns geförderten Forschungsarbeiten. Weitergehende Informationen können direkt bei den ProjektbearbeiterInnen oder in der Abteilung Forschungsförderung nachgefragt werden. Gleiches gilt für die Ergebnisse aus abgeschlossenen Forschungsprojekten, die ebenfalls präsentiert werden. Bei umfangreichen Projektergebnissen, die in absehbarer Zeit als Publikation erscheinen, verweisen wir auf die Veröffentlichungen. Hinweise auf Publikationen aus Forschungsvorhaben der Hans-Böckler-Stiftung finden Sie im dritten Teil des Berichtes. Die mit einer ISBN-Nummer versehenen Veröffentlichungen können über den Buchhandel oder direkt beim Verlag bezogen werden. Mit einer Bestellnummer gekennzeichnete Publikationen können über "Der Setzkasten" (www.setzkasten.de) bezogen werden. Informationsbroschüren werden in der Regel über die herausgebenden Institutionen vertrieben. Wenn Sie den Forschungsinformationsdienst kostenlos beziehen möchten, wenden Sie sich bitte an Linda Zebri (linda-zebri@boeckler.de).

Ein Teil der Projektberichte, aber auch weiteres Material steht darüber hinaus auch auf den Internetseiten der Hans-Böckler-Stiftung unter Forschungsförderung/Projekte zum download zur Verfügung. Eine Auswahl aktueller Informationen zu neuen und abgeschlossenen Projekten, Veröffentlichungen und Veranstaltungen der Forschungsförderung können Sie außerdem unserem Newsletter entnehmen, den sie unter folgendem Link abonnieren können: http://www.boeckler.de/159_1455.html. Das Forschungsförderungsprogramm der Hans-Böckler-Stiftung finden Sie im Internet unter www.boeckler.de. Es konzentriert sich auf sechs Forschungsfelder:

- Erwerbsarbeit im Wandel
- Strukturwandel – Innovation und Beschäftigung
- Mitbestimmung im Wandel
- Zukunft des Sozialstaates/Sozialpolitik
- Bildung für und in der Arbeitswelt
- Geschichte der Gewerkschaften

Mit besten Grüßen aus der Hans-Böckler-Stiftung,

Dr. Claudia Bogedan
Leiterin der Abteilung Forschungsförderung.

1. Neue

Forschungsvorhaben

<i>Projekttitel:</i>	Wer trägt die Steuerlast in Deutschland? Verteilungswirkungen des deutschen Steuer- und Transfersystems
<i>Projektnummer:</i>	S-2012-545-1 B
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Stefan Bach DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Abteilung Staat Mohrenstr. 58 10117 Berlin sbach@diw.de Prof. Dr. Viktor Steiner Freie Universität Berlin FB Wirtschaftswissenschaften Boltzmannstr. 20 14195 Berlin viktor.steiner@fu-berlin.de
<i>Laufzeit:</i>	24 Monate

Im Projekt wird eine konsistente mikrodatenbasierte Analyse zu den gesamten Verteilungswirkungen des Steuer- und Transfersystems in Deutschland sowie zu aktuellen Steuer- und Transferreformen durchgeführt. Einbezogen werden direkte und indirekte Steuern, einschließlich der Unternehmenssteuern, sowie der Sozialbeiträge und der Sozialtransfers.

1. Kontext

In den letzten beiden Jahrzehnten ist die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland deutlich ungleicher geworden. Ferner hat es eine Reihe von größeren Steuer- und Sozialreformen gegeben. Die Frage ist, in welchem Umfang das gesamte Steuer- und Transfersystem tatsächlich zwischen Gruppen unterschiedlicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit oder verschiedenen sozialen Merkmalen umverteilt. Derartige Untersuchungen, die auch die Unternehmens-, Verbrauchs- und Vermögensbesteuerung einbeziehen, gibt es bisher für Deutschland nicht. Ebenso gibt es keine umfassenden Simulationsstudien zu den gesamten Verteilungswirkungen von größeren Steuer- und Transferreformen.

2. Fragestellung

Ist die Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland progressiv unter Berücksichtigung der indirekten Steuern? Wie stark erhöht sich die Progressivität der Steuerbelastung bei Einbeziehung der Unternehmensteuern? Wie hoch ist die gesamte Abgabenbelastung der Mittelschichten im Vergleich zu den ärmeren oder reicheren Gruppen? Ferner soll untersucht werden, wie sich die wesentlichen Steuer- und Sozialreformen seit Ende der 90er Jahre auf die Einkommensverteilung ausgewirkt haben. Seitdem wurden die indirekte Verbrauchsbesteuerung deutlich ausgeweitet, die Einkommensteuerbelastungen für Personen mit hohen und niedrigen Einkommen sowie für Familien gesenkt, die Unternehmen- und Kapitaleinkommensteuersätze reduziert und die Vermögensteuer abgeschafft. Ferner sollen empirische Analysen zu den Verteilungswirkungen von ausgewählten Reformen des Steuersystems durchgeführt werden, die in Wissenschaft und -politik zurzeit diskutiert werden.

3. Untersuchungsmethoden

Die relevanten Datenquellen sollen für den Zeitraum 1998 bis 2008 zu einer repräsentativen und konsistenten Datenbasis integriert werden. Als wesentliche Datengrundlagen sind das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und die Einkommensteuerstatistik vorgesehen. Die Datengrundlagen sollen um Schätzungen für die Haushalte mit sehr hohem Einkommen und Vermögen ergänzt und so weit wie möglich mit den relevanten gesamtwirtschaftlichen Aggregaten abgestimmt werden. Ferner sollen für ausgewählte Steuern alternative Belastungshypothesen analysiert werden, z.B. für die Unternehmensteuern, einzelne indirekte Steuern oder die Grundsteuer. Für die Verteilungsanalysen von Reformen des Steuer- und Transfersystems sollen bestehende Mikrosimulationsmodelle weiterentwickelt und integriert werden, die auch Verhaltensanpassungen auf den Arbeitsmärkten oder bei Konsum und Ersparnissen berücksichtigen.

<i>Projekttitel:</i>	Transparenz bei Public-Private-Partnerships (PPP) im Infrastrukturbereich – Eine ökonomisch-juristische Analyse
<i>Projektnummer:</i>	S-2011-507-1 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Thorsten Beckers Technische Universität Berlin FB Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik (WIP) Straße des 17. Juni 135 10623 Berlin tb@wip.tu-berlin.de Prof. Dr. Jürgen Kühling Universität Regensburg Fakultät für Rechtswissenschaft Universitätsstr. 31 93053 Regensburg juergen.kuehling@jura.uni-regensburg.de
<i>Laufzeit:</i>	24 Monate

Das Forschungsvorhaben analysiert die Bedeutung und Wirkung von Transparenz bei Public-Private-Partnership(PPP)-Projekten. Der Fokus liegt auf den ökonomisch-juristischen Möglichkeiten und Konsequenzen der Veröffentlichung von Informationen des Planungs- und Realisierungsprozesses eines PPP-Projektes. Aus der Untersuchung werden Vorschläge für die Anpassung des institutionellen Rahmens abgeleitet.

1. Kontext

Im zunehmenden Maße werden Infrastrukturprojekte mit dem PPP-Ansatz realisiert. Probleme entstehen durch Fehlanreize und Manipulationsspielräume bei den beteiligten Akteuren, die durch derzeitige Ausgestaltung des institutionellen Rahmens von PPP-Beschaffungsprozessen bestehen. Das kann dazu führen, dass Projekte mit dem PPP-Ansatz umgesetzt werden, obwohl die konventionelle Beschaffungsvariante kosteneffizienter gewesen wäre. Diese Problematik wird insbesondere durch die Intransparenz im Beschaffungsprozess verstärkt. Zentrale Dokumente wie z.B. Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen werden nicht veröffentlicht, so dass keine öffentlich-soziale Kontrolle stattfindet, welche Fehlanreize und Manipulationsspielräume reduzieren könnte. Dabei sollte beachtet werden, dass erhöhte Transparenz u.a. die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des privaten Partners gefährden kann. In diesem Kontext stellt das Abwiegen der Vor- und Nachteile intensiverer Transparenz die Problemlage dar.

2. Fragestellung

Die zentrale Fragestellung geht den ökonomisch-juristischen Auswirkungen nach, die die Veröffentlichung der verschiedenen, in einzelnen Phasen eines PPP-Projektes vorliegenden Informationen und Dokumente gegenüber diversen beteiligten Akteuren hat. Basierend auf dieser Analyse ist die Bedeutung für die derzeitige rechtliche Beurteilung von Transparenz, insbesondere dem Informationsfreiheitsgesetz, zu hinterfragen. Empirisch wird die zentrale Fragestellung durch Fallstudien flankiert, bei denen die Transparenzpolitik im Beschaffungsprozess von ca. zehn PPP-Projekten untersucht und bewertet wird. Des Weiteren ist in einem Ländervergleich zu klären, welche institutionellen und rechtlichen Regelungen als Alternative zur Verfügung stehen, wie sie zu bewerten sind und welche Konsequenzen sich für die Situation in Deutschland ergeben können. Auf diesen Grundlagen wird die Frage diskutiert, welche Anpassungen des institutionellen Rahmens vorgenommen werden sollten.

3. Untersuchungsmethoden

Zunächst erfolgt eine detaillierte Aufnahme des PPP-Prozessablaufs. Auf Basis empirischer Erkenntnisse wird ein idealtypischer PPP-Ablauf definiert und die in den einzelnen Phasen vorliegenden Informationen und Dokumente sowie die jeweils involvierten Akteure identifiziert und systematisiert. In den Fallstudien werden dann konkrete Erfahrungen mit (In-)Transparenz bei PPP-Projekten erhoben. Die ökonomische Analyse von Transparenz bei PPP-Projekten erfolgt qualitativ unter dem Rückgriff auf die Neue Institutionen-, Industrie- und Innovationsökonomik sowie der Auktions- und Verhandlungstheorie. Die juristischen Analysen beziehen sich zunächst auf die aktuelle Rechtslage. Im Rahmen der interdisziplinären Zusammenarbeit werden Rückkopplungsschleifen durchlaufen, indem ökonomische Ergebnisse bei rechtlichen Beurteilungen berücksichtigt werden bzw. indem das Verständnis und die Rationalität rechtlicher Vorgaben in die ökonomische Analysen einfließen.

<i>Projekttitel:</i>	Transformationsstrategien von mittelständischen Automobilzulieferunternehmen unter Berücksichtigung dynamischer Umweltbedingungen
<i>Projektnummer:</i>	S-2012-544-1 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Stefan Bratzel Center of Automotive Management GmbH & Co. KG (CAM) Langemarckweg 31 51465 Bergisch Gladbach stefan.bratzel@auto-institut.de
<i>Laufzeit:</i>	24 Monate

Im Projekt "Transformationsstrategien von mittelständischen Automobilzulieferunternehmen unter Berücksichtigung dynamischer Umweltbedingungen" geht es darum, die aktuellen Rahmenbedingungen und Handlungsmuster mittelständischer Automobilzulieferunternehmen zu analysieren und mögliche Transformationsstrategien zu identifizieren.

1. Kontext

Die Automobilindustrie befindet sich aufgrund veränderter globalisierter Markt und Technologieanforderungen in einer Phase grundlegenden Wandels. Dabei sind die Veränderungen für die Branche nicht nur durch eine hohe Wirkungstiefe, sondern auch durch eine hohe Wirkungsgeschwindigkeit geprägt. In nur wenigen Jahren entwickeln sich neue Marktstrukturen unter zunehmend volatilen Nachfragemustern und werden neue technologische Systeme (z.B. Antrieb, Sicherheit) gefordert, die die produkttechnische Komplexität des Automobilbaus weiter erhöhen. Diese hohe Umweltdynamik verlangt von den Automobilunternehmen generell eine grundsätzliche Überprüfung und Neuausrichtung ihrer Strategien. Entsprechend wird im Forschungsvorhaben davon ausgegangen, dass inkrementelle Anpassungsmuster für den zukünftigen Erfolg und das Überleben der Automobilunternehmen in der Regel nicht ausreichen werden.

2. Fragestellung

Was kennzeichnet den paradigmatischen Wandel in der Automobilzulieferindustrie? Und welche strategierelevanten Auswirkungen haben diese Entwicklungslinien auf mittelständische Zulieferunternehmen in Deutschland? Wo liegen die Chancen und Risiken gerade auch im Hinblick auf die Sicherheit der Arbeitsplätze in Deutschland? Wo finden sich besondere Stärken und Schwächen mittelständischer Zulieferunternehmen? Wie werden die Veränderungen der unternehmerischen Umwelt bzw. die neuen Anforderungen in mittelständischen Zulieferunternehmen wahrgenommen und verarbeitet? Wie stellen sich vor dem Hintergrund der Fallstudien die Transformationsstrategien und Handlungskorridore der Automobilzulieferer in Deutschland dar? Lassen sich über die Fallstudien-inhärenten speziellen Bedingungen von Unternehmen hinaus, Transformationstypen oder -muster erkennen? Gibt es Transformationsstrategien und -muster, die nach unterschiedlichen Kriterien (Wachstum, Beschäftigung) erfolgversprechender sein könnten?

3. Untersuchungsmethoden

Das Forschungsvorhaben bedient sich eines Methodenmixes. Im Einzelnen kommen eine umfassende Dokumentenanalyse (Literaturauswertung, Presse-/Internetrecherchen etc.) und offene bzw. teilstandardisierte Experteninterviews und -Workshops (Gruppendiskussionen) mit Unternehmensvertretern, Mitarbeitern sowie Branchenvertretern und Wissenschaftlern zum Einsatz. Das Forschungsvorhaben ist dabei als eine explorative, Hypothesen-generierende Untersuchung angelegt. Sie basiert im Wesentlichen auf einer vergleichenden Analyse der Transformationsstrategien und -prozesse von ca. acht bis zehn vorwiegend mittelständische Automobilzulieferunternehmen. Das Forschungsvorhaben strebt eine kooperative Projektentwicklung mit Auftraggebern und Experten an, um die Effizienz und den wissenschaftlichen Ertrag zu erhöhen.

<i>Projekttitel:</i>	Der Einfluss von Partizipation und Mitbestimmung auf die Kompetenzentwicklung der Beschäftigten im Maschinen- und Anlagenbau in ausgewählten Regionen Deutschlands, Schwedens und der Schweiz
<i>Projektnummer:</i>	S-2012-538-1 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Martina Fuchs Universität zu Köln Wirtschafts- und Sozialgeographisches Institut Albert-Magnus-Platz 50923 Köln fuchs@wiso.uni-koeln.de
<i>Laufzeit:</i>	14 Monate

Mitbestimmung und Partizipation beeinflussen im hohen Maße die Kompetenzen der Beschäftigten. Gerade der Maschinen- und Anlagenbau ist auf qualifizierte Beschäftigte angewiesen, die ihre Kompetenzen aktiv nutzen, da er sich durch einen hohen Anteil an kundenspezifischen Produkten und Dienstleistungen auszeichnet. Das Projekt untersucht regional unterschiedliche Wege, diese Kompetenzen zu fördern.

1. Kontext

Die gewerkschaftliche Mitbestimmung und Mitwirkung sowie die Partizipation bei Prozess- und Arbeitsorganisation bei der Ausgestaltung von Arbeitsbedingungen bilden wichtige Grundlagen für die betriebliche Produkt- und Prozessflexibilität. Allerdings unterscheiden sich Mitbestimmung und Partizipation sowohl regional als auch international durch voneinander abweichende institutionelle "settings" und Praktiken. Über diese internationalen und interregionalen Differenzen ist allerdings wenig bekannt. Daher umfasst das Projektvorhaben einen regional-komparativen Vergleich anhand von Nordrhein-Westfalen, Sachsen und ausgewählten Regionen in Schweden und der Schweiz.

2. Fragestellung

Welchen Einfluss üben Mitbestimmung und Partizipation auf die Kompetenzentwicklung der Beschäftigten im Maschinen- und Anlagenbau aus? Welche Unterschiede ergeben sich im regionalen Vergleich (Nordrhein-Westfalen, Sachsen, ausgewählte Regionen in Schweden und der Schweiz)?

3. Untersuchungsmethoden

Die Studie basiert auf Experteninterviews mit Betriebsräten, Geschäftsführern, Abteilungsleitern in Unternehmen sowie Gewerkschaftern, Vertretern von Wirtschaftsförderungen, Branchenverbänden etc. Für Deutschland werden Nordrhein-Westfalen und Sachsen als Untersuchungsregionen herangezogen. In beiden Bundesländern hat der Maschinen- und Anlagenbau eine besonders wichtige Bedeutung. Infolge der Wiedervereinigung gab es jedoch unterschiedliche industrielle Entwicklungspfade in Bezug auf Unternehmens- und Produktionsstrukturen, Lohnniveau, tarifliche Bindungen und gewerkschaftlichen Organisationsgrad, die zu verschiedenen Formen von Mitbestimmung, Mitwirkung und Partizipation – und damit zusammenhängend vermutlich auch Kompetenzen und Lernprozessen der Beschäftigten – führen. Darüber hinaus soll die Fragestellung auch in ausgewählten Regionen Schwedens und der Schweiz untersucht werden, wobei sich Schweden als EU-Mitglied von der unabhängigen Schweiz unterscheiden dürfte.

<i>Projekttitel:</i>	Neue Formen von Industriearbeit – Das Beispiel Siemens-Produktionssystem
<i>Projektnummer:</i>	S-2012-543-1 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Hartmut Hirsch-Kreinsen Technische Universität Dortmund Lehrstuhl Wirtschafts- und Industriosozologie Otto-Hahn-Str. 4 44227 Dortmund hartmut.hirsch-kreinsen@tu-dortmund.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Dr. Jörg Abel Peter Ittermann Technische Universität Dortmund WiSo-Fakultät Otto-Hahn-Str. 4 44227 Dortmund joerg.abel@uni-dortmund.de peter.ittermann@uni-dortmund.de
<i>Kooperation:</i>	Prof. Dr. Jochen Deuse Marlies Steffen Technische Universität Dortmund Fakultät Maschinenbau LS für Arbeits- und Produktionssysteme Leonhard-Euler-Str. 5 44227 Dortmund jochen.deuse@uni-dortmund.de marlies.steffen@uni-dortmund.de
<i>Laufzeit:</i>	23 Monate

Das Projektvorhaben richtet sich auf die Formen und Strukturen von Ganzheitlichen Produktionssystemen (GPS) als neues Rationalisierungsparadigma der Wirtschaft und auf begründete Aussagen über die Zukunft von Industriearbeit am Standort Deutschland. Am Beispiel des Siemens-Produktionssystems werden Einführungsprozesse, Arbeitsfolgen und arbeitspolitische Konsequenzen untersucht.

1. Kontext

Eine Grundannahme des Projekts ist, dass der Produktionsstandort Deutschland langfristig nur durch eine hohe Innovationsfähigkeit der Unternehmen gesichert werden kann. Ein zentraler Stellenwert kommt hierbei innovativen Prozessen zu, da sie die unverzichtbare Voraussetzung für die Produktion technologisch avancierter Produkte sind. Prozessinnovationen weisen technologische, organisatorische und personelle Dimensionen auf, die untrennbar miteinander verknüpft sind. Auf diesen Gesamtzusammenhang zielt das Konzept Ganzheitlicher Produktionssysteme (GPS), bei dem Prozesse systematisch und übergreifend zugleich standardisiert und flexibilisiert werden. Viele Unternehmen versuchen betriebliche Reorganisationsprozesse zu forcieren, in dem sie bisherige Einzelansätze der Rationalisierung in ein Gesamtkonzept überführen. Bislang liegen zu den Voraussetzungen, Einführungsprozessen und Konsequenzen der GPS-Einführung nur wenige sozialwissenschaftliche Studien vor.

2. Fragestellung

Voraussetzungen und Folgewirkungen der GPS-Einführung, konkrete Vorgehensweisen, Gestaltungsalternativen und Handlungsbedarfe für die betriebliche Interessenkonstellation werden untersucht. Letztlich richtet sich die Studie auf die laufende sozial- und arbeitswissenschaftliche Debatte um die Entwicklung von Industriearbeit. Damit verbinden sich die zentralen Forschungsfragen des Vorhabens:

- Welche Voraussetzungen, Konzepte, Verlaufsformen und Problemzonen weisen die Einführungsprozesse von GPS auf?
- Welche Konsequenzen hat die Einführung von GPS für Organisations- und Arbeitsstrukturen sowie die Arbeitssystemgestaltung auf unterschiedlichen Ebenen?
- Welche arbeitspolitischen Konsequenzen und ungeplanten Folgen verbinden sich mit der Einführung von GPS?

3. Untersuchungsmethoden

Methodische Basis des Projektes sind Fallstudien an verschiedenen Unternehmensstandorte der Siemens AG. Der Vorteil dieses Untersuchungsfeldes ist mehrfacher Art: Erstens lässt sich das Zusammenspiel der konzernweiten Einführung und einer standortspezifischen Anpassung des Konzepts untersuchen. Zweitens können Lösungsformen an unterschiedlichen Unternehmensstandorten in Hinblick auf Reichweite, Konsequenzen und Erfolgsfaktoren analysiert werden. Drittens sollen sowohl direkte als auch indirekte Produktionsbereiche untersucht werden. Dieses methodische Instrument soll eine tiefgehende qualitative Analyse der SPS-Einführung ermöglichen und damit Aussagen über Wirkungsmechanismen und Konsequenzen erlauben. Die Fallstudien umfassen neben Dokumentenanalysen und Betriebsbegehungen leitfadengestützte Interviews mit (Top-)Management, unteren Vorgesetzten, Beschäftigten und Betriebsrat. Die Ergebnisse werden der Unternehmens- und Fachöffentlichkeit zur Diskussion gestellt.

<i>Projekttitel:</i>	Suche nach einem neuen Wachstumsmodell. 'Greening' nationaler Innovationsregime und sozio-ökologische Wachstumskoalitionen im internationalen Vergleich
<i>Projektnummer:</i>	S-2011-426-1 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Kurt Hübner The University of British Columbia Institute for European Studies 177-C.K. Choi Building 1855 West Mall V6T 1Z2 Vancouver Kanada kurt.huebner@ubc.ca
<i>Laufzeit:</i>	28 Monate

Wachstumsregime etablierter und aufholender Volkswirtschaften stoßen auf ökonomische, soziale und ökologische Schranken. Markt- und Politikprozesse haben erste Elemente eines nachhaltigen Wachstumstyps generiert, nicht zuletzt Dank technischer und sozialer Innovationen. Wie sehen die neuen grünen Wachstumskoalitionen im internationalen Vergleich aus und welche Pfade werden eingeschlagen?

1. Kontext

Der schonende Umgang mit endlichen Ressourcen und die Verringerung schädlicher Kohlenstoffemissionen haben sich zum Gradmesser ökonomischer Effizienz entwickelt. Für die Wachstumsregime etablierter und aufholender Volkswirtschaften ergeben sich daraus Chancen und Herausforderungen. Obgleich sich nicht abzeichnet, dass dem auslaufenden Kyoto-Abkommen ein adäquater Nachfolgemechanismus folgt, sind international verstärkt Anstrengungen zu beobachten, einen Übergang zu kohlenstoff-neutralen Wachstumsregimes zu bewerkstelligen. Ein solcher Pfadwechsel erfordert neben technischen Innovationen auch soziale Innovationen und nicht zuletzt das Entstehen neuer sozialer Wachstumskonstellationen, bei denen Arbeitnehmer eine zentrale Rolle zukommt. 'Grüne Technologien' und nachhaltige Wachstumspfade versprechen zwar kein ökologisches "Nirwana", aber indizieren doch eine Wachstumsperspektive, die sozial wie ökologisch nachhaltig sein kann.

2. Fragestellung

Das Projekt ist international vergleichend angelegt. Untersucht werden vier Kapitalismusvarianten: liberale (USA, Kanada), sozialdemokratische (Dänemark, Schweden, Norwegen), aufholend-liberale (Polen, Tschechien, Ungarn) und staatszentrierte (China). Im Zentrum des Interesses stehen die nationalen Ausformungen der Innovationsregime, das Wechselspiel von Markt und Staat und insbesondere die Rolle sozial-ökonomischer Akteure. Wie genau sehen 'greening'-Strategien aus, welche neuen Leitsektoren bilden sich heraus und wie sieht die Einbettung dieser Sektoren in die globale Arbeitsteilung aus? Welche Qualifikationsprofilanforderungen ergeben sich aus dem Pfadwechsel? Welche sozio-ökonomischen Akteurskonstellationen lassen sich beobachten? Wie werden 'greening'-Prozesse organisiert?

3. Untersuchungsmethoden

Das Projekt erstellt für die verschiedenen Kapitalismusvarianten Fallstudien, die einem einheitlichen analytischen Muster folgen. Vorgesehen sind Expertengespräche und empirische Teilstudien zu nationalen Innovationsregimes. Diese Fallstudien werden von nationalen Experten erstellt. In einer Reihe projektinterner Workshops werden die erarbeiteten Materialien ausgewertet und systematisiert, um neben nationalen Fallstudien identische und abweichende Mechanismen, Institutionen und sozial-ökonomische Ressourcen für einen grünen Pfadwechsel zu identifizieren, um den wohlbekanntem trade-off von 'parsimony and richness' zu überwinden.

<i>Projekttitel:</i>	Zukunft des Gastgewerbes – Beschäftigungsperspektiven im deutschen Gastgewerbe
<i>Projektnummer:</i>	S-2012-574-6 B
<i>Projektleitung:</i>	Klaus Maack Wilke, Maack und Partner wmp consult Schaarsteinwegsbrücke 2 20459 Hamburg klaus.maack@wilke-maack.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Jakob Haves Katrín Schmid Wilke, Maack und Partner wmp consult Schaarsteinwegsbrücke 2 20459 Hamburg jakob.haves@wilke-maack.de katrin.schmid@wilke-maack.de
<i>Laufzeit:</i>	11 Monate

Das Gastgewerbe ist geprägt von einem starken Verdrängungswettbewerb, strukturellen Marktveränderungen und häufig schlechten Arbeitsbedingungen. Die Studie untersucht Entwicklungen und Perspektiven des Gastgewerbes (Markttrends, Strukturwandel) und deren Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation und -entwicklung.

1. Kontext

Das Gastgewerbe sieht sich zahlreichen Herausforderungen gegenüber. Die Branche ist von einem starken Verdrängungswettbewerb gekennzeichnet, von dem insbesondere Ketten- und Budgethotels sowie systemgastronomische Unternehmen profitieren. Dagegen ist die Anzahl von kleineren Einzelhotels und klassischen Restaurants sowie Schankwirtschaften rückläufig. Grund hierfür ist ein sich wandelndes Konsumverhalten der Gaststätten- und Hotelkunden. Gleichzeitig ist das Gastgewerbe durch einen besonders hohen Anteil von geringfügig Beschäftigten und schlecht qualifizierten Arbeitskräften gekennzeichnet, die zudem mit prekären Arbeitsbedingungen zu kämpfen haben. Hohe Anforderungen an die Flexibilität der Beschäftigten, starke Saison- und Konjunkturabhängigkeit, geringe Entlohnung sowie die Auswirkungen des demographischen Wandels führen darüber hinaus zu wachsenden Problemen, qualifizierten Nachwuchs zu rekrutieren und zu halten.

2. Fragestellung

Ziel der Studie ist die Analyse der Strukturen und Marktentwicklungen innerhalb des Gastgewerbes und deren Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation und -entwicklung. Es stellt sich die Frage, wie sich die drei Teilbranchen Beherbergung, Gaststätten und Catering in Zukunft entwickeln werden und welchen Einfluss Markt- und Strukturveränderungen innerhalb der Branche auf die Zahl, Struktur und Qualität der Arbeit bzw. der Arbeitsplätze im Gastgewerbe haben. Wie sind die drei Teilbranchen und ihre Betriebe auf die Herausforderungen vorbereitet? Welche Perspektiven haben die mehr als 1,3 Mio. Beschäftigten der Branche? Auf Basis der Ergebnisse dieser Analyse wird die zukünftige Entwicklung der Beschäftigung und Beschäftigungsstruktur im Rahmen eines Trend-Szenarios prognostiziert.

3. Untersuchungsmethoden

Die Untersuchungsmethodik besteht aus einer Verknüpfung quantitativer und qualitativer Methoden. Die Ergebnisse der Studie basieren im Einzelnen auf

- der Auswertung und Analyse aktueller Literatur und Quellen (Branchen- und Unternehmensberichte, Zeitschriften, Zeitungen, Branchenmeldungen, Statistiken etc.) zur nationalen und internationalen Entwicklung des Gastgewerbes,
- Expertengesprächen mit betrieblichen und überbetrieblichen BranchenvertreterInnen (Unternehmensvorstände und Geschäftsleitungen, Betriebsräte, nationale und internationale Gewerkschafts- und VerbandsvertreterInnen),
- der Auswertung und Analyse statistischer Daten zur Entwicklung des Gastgewerbes, insbesondere mit Blick auf die Beschäftigung,
- der Ableitung eines Trend-Szenarios zur Beschäftigungsentwicklung und -struktur (bis 2020).

<i>Projekttitel:</i>	Innovative Ansätze der Regionalentwicklung durch unternehmerische Verpflichtung und freiwilliges Engagement – Beiträge zur Entwicklung von Branchen und Beschäftigung
<i>Projektnummer:</i>	S-2012-529-1 B
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Jörg Weingarten PCG - PROJECT CONSULT GmbH Friedrich-List-Str. 2 45128 Essen weingarten@pcg-projectconsult.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Tim Pixa Reinhard Röhrig PCG - PROJECT CONSULT GmbH Friedrich-List-Str. 2 45128 Essen pixa@pcg-projectconsult.de roehrig@pcg-projectconsult.de
<i>Laufzeit:</i>	12 Monate

Im Rahmen des Projektes soll untersucht werden, wie Unternehmen dazu angehalten werden können im Falle von Restrukturierungen negative wirtschaftliche Folgen in ihrem räumlichen Umfeld vorzubeugen sowie monetäre und nicht-monetäre Kompensationsbeiträge zu leisten. Der negative Einfluss einer Betriebsschließung auf Region / Beschäftigung kann im Rahmen einer Impactstudie bestimmt werden.

1. Kontext

Unternehmen sind Teil eines komplexen, regional-ökonomischen Systems. Verantwortungsbewusstes Handeln im Sinne einer freiwilligen oder selbstverpflichtenden Unterstützung von regionalen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen bei Restrukturierungsmaßnahmen ist von unternehmerischer Seite bislang eine Ausnahme. Im Falle betrieblicher Verlagerungen bzw. Standortschließungen ist der direkte Verlust von Beschäftigung und Einkommen nur ein Teil der negativen Wirkungen. So wird auch die indirekte Beschäftigung – etwa für die Herstellung von Zulieferprodukten oder Dienstleistungen – von diesen Maßnahmen tangiert. Neben ausbleibenden Sach- und Investitionsausgaben auf Unternehmensseite ziehen Restrukturierungen zudem negative Auswirkungen durch Verdienstaufschläge und Kaufkraftverluste in der Bevölkerung nach sich. Auch wertschöpfende und arbeitsplatzstiftende Wirkungen in nachgelagerten Branchen werden gefährdet.

2. Fragestellung

Der Einfluss einer Schließung bzw. Restrukturierung eines Unternehmens auf die betroffene Region und des sozio-ökonomischen Gefüges kann im Rahmen einer quantitativ angelegten so genannten "Impactanalyse" bestimmt werden. Mit Hilfe der Impactanalyse können monetäre oder vergleichbare Kompensationsleistungen besser eingefordert werden. Den betroffenen Akteuren werden belastbares Informations- und Zahlenmaterial zur Verfügung gestellt. Zielsetzung im Rahmen des Projektes ist die methodologische (Weiter-) Entwicklung eines solchen in der Praxis anwendbaren Toolkits. Das Projekt geht darüber hinaus der Frage nach, mit welchen argumentations- und handlungsorientierten Strategien es Vertretern von Beschäftigten und der öffentlichen Hand gelingen kann, kompensatorische Ausgleichsmaßnahmen und zur Sicherung von Beschäftigung und des regionalen Kompetenzbesatzes durchzusetzen.

3. Untersuchungsmethoden

Es ist beabsichtigt, in fünf Fallstudien zu untersuchen, wie es durch Verhandlungen, öffentlichen Druck, Überzeugung etc. gelungen ist, restrukturierende Unternehmen zum Einsatz von monetären oder nicht-monetären Ausgleichsleistungen sowie regionalökonomischen Entwicklungsmaßnahmen zu bringen. Im Rahmen der Fallbeispiele können die jeweiligen Prozessabläufe nachgezeichnet und daraus resultierende Ergebnisse aufgezeigt werden. Vor diesem Hintergrund wird es möglich, Handlungserfordernisse und gelungene Vorgehensweisen in Einzelschritte aufzuteilen und einen Handlungsleitfaden sowie eine Argumentationslogik für "good-practice" in modularer Form zu erhalten. Die Entwicklung einer Methodik zur Impactanalyse sieht vor: Im ersten Schritt sind über eingespielte Betriebszugänge und amtliche Quellen Daten und Statistiken eines Unternehmensstandortes zu erfragen. In einem Szenario soll eine Betriebsschließung simuliert und die zu erwartenden Negativeffekte durchgerechnet werden.

<i>Projekttitel:</i>	Struktureller Wandel und nachhaltige Modernisierung – Perspektiven der Industriepolitik in Norddeutschland. Entwicklung von Konzepten zur Gestaltung des industriellen Wandels in Norddeutschland
<i>Projektnummer:</i>	S-2011-510-1 B
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Peter Wilke Wilke, Maack und Partner wmp consult Schaarsteinwegsbrücke 2 20459 Hamburg peter.wilke@wilke-maack.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Thorsten Ludwig Agentur für Struktur- und Personalentwicklung GmbH Anne-Conway-Str. 5 28359 Bremen thorsten.ludwig@ags-info.de Katrin Schmid Wilke, Maack und Partner wmp consult Schaarsteinwegsbrücke 2 20459 Hamburg katrin.schmid@wilke-maack.de Jan Ulatowski TGS Gesellschaft für Strukturentwicklung und Beschäftigung mbH Schulstr. 1-3 19055 Schwerin julatowski@tgs-schwerin.de Matthias N. Winter Netzwerk Beteiligungs-basierte Beratung (N3b) Kurt-Schumacher-Allee 10 20097 Hamburg mnwinter@n3b.eu
<i>Laufzeit:</i>	24 Monate

Das Forschungsprojekt untersucht den industriellen Strukturwandel in Norddeutschland am Beispiel von acht Branchen. Industriepolitische Ansätze sollen bewertet und Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und für eine ökologische Modernisierung diskutiert werden. Daraus sollen Ansätze für eine an nachhaltiger Modernisierung ausgerichtete Industriepolitik entwickelt werden.

1. Kontext

Trotz einer raschen Erholung von den Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise ist die norddeutsche Industrie langfristig von Strukturverschiebungen und einem Rückgang von Beschäftigung betroffen. Der bundesweite Vergleich zeigt, dass auch im industriellen Sektor Norddeutschlands Umsatz- und Wertschöpfungszuwächse auf der einen Seite und Beschäftigungsrückgänge auf der anderen Seite zu beobachten sind. Ein zunehmend wichtiger werdender Einflussfaktor des industriellen Strukturwandels ist der ökologische Umbau der Wirtschaft, der erhebliche Auswirkungen auf Produktionsstruktur und Beschäftigung hat. Aus diesen Veränderungen ergeben sich Probleme, Herausforderungen und Chancen für die norddeutschen Industriebranchen. Im Projekt wird insbesondere der Frage nachgegangen, wo und wie industriepolitische Initiativen zur Stärkung branchen- und regionsübergreifender Potenziale in diesem Kontext ansetzen können.

2. Fragestellung

Das Forschungsprojekt untersucht für die norddeutschen Bundesländer Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern welche Chancen und Risiken sich für die industrielle Entwicklung ergeben und wie Beschäftigung erhalten und gefördert werden kann. Am Beispiel der acht zentralen Industriebranchen Automobil-, Luftfahrt-, Ernährung, Chemieindustrie, Maschinenbau, Schiffbau und maritime Wirtschaft, Erneuerbare Energien als Teil der Energiebranche sowie Hafen, Verkehr und Logistik ermittelt das Projekt, welche Potenziale sich für eine an nachhaltiger Modernisierung orientierte Industriepolitik ergeben. Dabei wird auch untersucht, welche Bedeutung Themen wie Infrastruktur, Energie, Innovation, Qualifizierung, Klima- und Umweltschutz, Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels sowie Ansätze "Guter Arbeit" und nachhaltiger Personalentwicklung für eine zukunftsfähige Industriepolitik haben.

3. Untersuchungsmethoden

In einem ersten Schritt werden für die ausgewählten acht Branchen Analysen erstellt, die auf folgendem methodischem Vorgehen basieren:

- Auswertung und Analyse aktueller Studien, Branchenberichte, Statistiken und Initiativen
- Expertengespräche mit Akteuren aus Industrie, Verbänden, Gewerkschaften, Betriebsräten, Politik und Wissenschaft
- Schriftliche Betriebsrätebefragung
- Entwicklung qualitativer Szenarien zur Branchenentwicklung bis 2020

Die Ergebnisse dieser Branchenanalysen werden in einem zweiten Schritt auf Branchenkonferenzen präsentiert und mit VertreterInnen aus Industrie, Verbänden, Gewerkschaften, Betriebsräten, Politik und Wissenschaft diskutiert und hinsichtlich einer gemeinsamen, norddeutschen Industriepolitik weiterentwickelt. In einem Abschlussbericht werden die Ergebnisse des Projektes zusammengeführt und auf einer Abschlusskonferenz vorgestellt.

<i>Projekttitel:</i>	Prekarität und Solidarität – Ein handlungsorientiertes Forschungsprojekt zur Förderung der Zusammenarbeit aller Ebenen der Arbeitnehmervertretung u. der Eröffnung und Intensivierung partizipativer Strukturen für prekär beschäftigte Arbeitnehmer
<i>Projektnummer:</i>	S-2012-555-2 B
<i>Projektleitung:</i>	Jan Dagmar Aleith Franz Künstler e.V. Verein für Arbeitnehmerbildung Friesenstr. 18 10965 Berlin j_aleith@franz-kuenstler-ev.de
<i>Laufzeit:</i>	20 Monate

Dieses Projekt soll für Möglichkeiten und Behinderungen in der Arbeitnehmervertretung im Kontext eines sich verschärfenden Kampfes um Teilhabe und ausgewogene Mitbestimmung sensibilisieren. Im Fokus stehen durch Aufsplitterung der Arbeitnehmerschaft produzierte Konkurrenzen, Kommunikations- und Solidarisierungsbarrieren sowie deren Überzeugungs-, Wissens- und Erfahrungsprämissen.

1. Kontext

Das klassische Normalarbeitsverhältnis wird zunehmend abgelöst von anderen, meist prekären Beschäftigungsverhältnissen wie Befristungen, Honorar-, Teilzeit- und Werkverträgen und Leiharbeit. Dadurch sinken auch die Handlungsmöglichkeiten für die betriebliche Mitbestimmung. Arbeitnehmerrechte werden entweder ganz außer Kraft gesetzt oder für den Einzelnen nicht mehr durchsetzbar. Fragmentierte Arbeitszeiten, fehlende Arbeitszusammenhänge, unklare Betriebszugehörigkeiten und unklare Verantwortlichkeiten erschweren Solidarisierungsversuche massiv. Die Auswirkungen auf das gesamtgesellschaftliche Solidarsystem sind kaum abzuschätzen, denn sie betreffen Kranken-, Renten- und Unfallversicherungen, Transferleistungen und die Verlagerung der Qualifizierung in die staatliche Verantwortung. Bei einer derartig fortgeschrittenen Desintegration unserer (Arbeits-) Gesellschaft stellt sich die Frage, wo noch Ansätze zu einer dringend erforderlichen Re-Solidarisierung gefunden werden können.

2. Fragestellung

Die zu einer nachhaltigen Verbesserung der jeweils individuellen Situation notwendigen strukturellen, d.h. politischen und gesetzlichen, Veränderungen erfordern eine breite Basis in der Arbeitnehmerschaft, die ihren Veränderungswillen in eindeutig formulierten konsensfähigen Zielen fokussiert und durch die Bereitschaft zu einem langfristigen Solidarbündnis untermauert. Es stellen sich deshalb folgende Fragen: Ist es überhaupt möglich, gemeinsam mit in unterschiedlicher Weise von der wachsenden Prekarisierung unserer Gesellschaft direkt und indirekt Betroffenen hinreichend konsensfähige, gemeinsame Ziele zu formulieren? Welche Schwierigkeiten und Widersprüche ergeben sich bei einem solchen Versuch? Welche Solidaritätskonzepte bestehen bei den Beteiligten und wie werden sie begründet? Wie exklusiv, bzw. inklusiv sind diese Konzepte? Das subjektive Erleben der jeweiligen Arbeits- und Lebenszusammenhänge steht bei beiden Fragestellungen im Mittelpunkt.

3. Untersuchungsmethoden

Geplant sind 40 leitfadengestützte qualitative Interviews mit prekär Beschäftigten, Festangestellten und Arbeitnehmervertretern unterschiedlicher Wirkungsebenen. Angestrebt ist eine möglichst große Kontrastierung der Gesprächspartner. Die Analyse der transkribierten Gespräche fokussiert auf Handlungsbehinderungen und Handlungsmöglichkeiten, die sich aus dem Versuch der Zielkonsensfindung und den aufgefundenen Solidarkonzepten ergeben. Mit Mitarbeitern des Franz Künstler e.V., des Instituts für Industriesoziologie der Universität Jena und der Sozialforschungsstelle (sfs) der TU Dortmund sollen die im Team vorgenommenen Analysen evaluiert, reflektiert und erweitert werden. Unter intensivem Einbezug der Resultate verwandter Forschungsprojekte soll so eine Basis geschaffen werden, auf der unterschiedliche Ansätze effektiver und partizipativ gestalteter Arbeitnehmerinteressenvertretung entwickelt, bzw. bestehende Ansätze evaluiert und verbessert werden können.

<i>Projekttitel:</i>	Sicherung der betrieblichen Mitbestimmung durch Betriebsratsgründungen: Prozesse und Strategien der Betriebsratsgründung
<i>Projektnummer:</i>	S-2011-463-2 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Ingrid Artus Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Institut für Soziologie Kochstr. 4 91054 Erlangen Ingrid.Artus@soziol.phil.uni-erlangen.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Clemens Kraetsch Universität Erlangen-Nürnberg Institut für Soziologie Kochstr. 4 91054 Erlangen clemens.kraetsch@soziol.phil.uni-erlangen.de Dr. Silke Röbenack Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Institut für Soziologie Bismarckstr. 8 91054 Erlangen silke.roebenack@soziol.phil.uni-erlangen.de
<i>Laufzeit:</i>	25 Monate

Betriebliche Mitbestimmung ist zentral für die demokratische Beteiligung der Beschäftigten. Betriebsräte besitzen rechtliche Möglichkeiten für die Kontrolle arbeitsrechtlicher Standards und Tarifnormen. Mitbestimmung spielt auch eine wichtige Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Die systematische Erforschung der Ursachen von Betriebsratsgründungen ist daher unverzichtbar.

1. Kontext

Seit Mitte der 1990er Jahre lässt sich eine Abnahme der Wirksamkeit der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen feststellen, deren Ursachen hauptsächlich in der sinkenden Wirksamkeit von Flächentarifverträgen mit der Folge einer Verbetrieblung und Dezentralisierung der Interessenvertretung und dem starken ökonomischen Wachstum in mitbestimmungsfernen bzw. -freien Sektoren (Dienstleistungsbereich, Klein- und Mittelbetriebe, Leiharbeit) liegen. Betriebsräte sind neben den Gewerkschaften die zentralen Akteure für die Vertretung der Interessen von ArbeitnehmerInnen im deutschen System der industriellen Beziehungen. Nicht nur, aber vor allem im Dienstleistungsbereich und in den schnell wachsenden Niedriglohnzonen garantieren vielfach nur Betriebsräte aufgrund ihrer gesetzlich verankerten Eingriffsrechte die Einhaltung minimaler Standards hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen. Gerade hier ist der Deckungsgrad von Betriebsräten jedoch besonders gering.

2. Fragestellung

Die Forschung zur betrieblichen Mitbestimmung hat sich in der Vergangenheit eher auf die Untersuchung bereits bestehender Betriebsräte konzentriert. Die Analyse der Gründungsprozesse und des "Absterbens" von Betriebsräten wurde bislang nur am Rande von Forschungsprojekten "mit"-thematisiert. Ziel des hier beantragten Forschungsvorhabens ist es daher, erstmals systematische Einsichten darüber zu gewinnen, wie, warum, in welchen Betrieben, unter welchen Bedingungen und mit welchen Erfolgchancen Betriebsräte gegründet werden: Welche Entwicklungen (ökonomische Krise des Betriebs, Eigentümerwechsel etc.), Argumente (z.B. gewerkschaftliche Kampagnen, öffentlicher Diskurs über die

Legitimität von Mitbestimmung) und Impulse (z.B. konkrete Konfliktfälle) sind für betriebliche Akteure handlungsrelevant für die Gründung eines Betriebsrats? Zusätzlich soll erforscht werden, inwiefern Konzern- und/oder Gesamtbetriebsräte ihre Möglichkeiten zur Initiierung von Betriebsratswahlen nutzen (können).

3. Untersuchungsmethoden

Das Projekt kennzeichnet ein Mix aus standardisierter computergestützter Telefonbefragung (CATI) und qualitativen Betriebsfallstudien. Im Rahmen der Cati-Befragung einer hinreichend großen Stichprobe (ca. 15.000 Betriebe) werden Betriebsfälle ermittelt, in denen in den vergangenen 10 Jahren eine Betriebsratsgründung stattgefunden hat. Neben Strukturdaten werden grundlegende Merkmale dieser Gründungshistorie erfasst. Vertiefend werden in 20 ausgewählten Betrieben qualitative Fallstudien durchgeführt. Des Weiteren soll die institutionelle Dynamik betrieblicher Mitbestimmung in Konzernen und Unternehmensgruppen mit stark filialisierten Betriebsstrukturen in den Blick genommen werden. 10 Fallstudien in einschlägigen Konzernen mit lückenhafter Präsenz von Betriebsräten soll Aufschluss darüber geben, inwiefern Konzern- und/oder Gesamtbetriebsräte ihre mit der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes z.T. neu geschaffenen Möglichkeiten zur Initiierung von Betriebsratswahlen nutzen.

<i>Projekttitel:</i>	Arbeitnehmermitwirkung und -mitbestimmung in Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft am Beispiel der Entwicklung der Selbstverwaltungsorganisationen des Handwerks
<i>Projektnummer:</i>	S-2011-472-2 B
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Peter John An den Mühlwegen 47 60439 Frankfurt am Main familiejohn5000@yahoo.de Dr. Detlef Perner Würzburgerstr. 6 10789 Berlin d.perner@gmx.de
<i>Laufzeit:</i>	18 Monate

Ziel der Studie ist ein besseres Verständnis der Selbstverwaltung des Handwerks, insbesondere der Beteiligung der Arbeitnehmer. Ist es den Organisationen des Handwerks gelungen, ihren besonderen Charakter dem zeitgeschichtlichen Wandel anzupassen? Inwieweit hat sich in der Selbstverwaltung des Handwerks der gewerkschaftliche Anspruch von Wirtschaftsdemokratie realisiert oder auch nicht?

1. Kontext

Die Selbstorganisation des Wirtschaftsbereiches Handwerk ist das derzeit einzige Feld einer unternehmens- und wirtschaftszweigübergreifenden Mitwirkung und Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen bei der Gestaltung hoheitlicher Selbstverwaltungsaufgaben. Beteiligungs-, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte finden sich auf der Ebene der öffentlich-rechtlichen Innungen und vor allem im Bereich der öffentlich-rechtlichen Handwerkskammern. Darüber hinaus gibt es in den privatrechtlichen Zusammenschlüssen der Handwerkskammern auf Landes- und Bundesebene ebenfalls Beteiligungsrechte für ArbeitnehmerInnen des Handwerks. Es stellt sich daher die Frage, ob und in welcher Form sowie mit welchen Zielen und Inhalten die ArbeitnehmerInnen ihre Interessen in diesen unternehmensübergreifenden Vereinigungen der Selbstverwaltung des Handwerks einbringen und durchsetzen können.

2. Fragestellung

- Welches Verhältnis haben die Betriebsinhaber zur Arbeitnehmerbeteiligung/Mitbestimmung im Handwerk (und warum)?
- Welche Rolle spielt die Berufsbezogenheit des Handwerks als Strukturelement dieses Wirtschaftsbereichs?
- Wie gestaltet sich die Interessenlage der Betriebsinhaber bezüglich der Zwecksetzung der Handwerksorganisationen (wirtschaftliche vs. hoheitliche Zwecksetzung)?
- Welche Inhalte und Formen prägen die Einflussnahme der organisierten Betriebsinhaber auf Politik, politische Parteien und Öffentlichkeit?
- Wie gestalten sich die konkurrierenden und gleichgerichteten Interessen der Betriebsinhaber und Arbeitnehmer in den Handwerksorganisationen?
- Wie bestimmt sich die Interessenlage der im Handwerk beschäftigten Arbeitnehmer in ihrem Wirken in den öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Organisationen?
- Welches Politik- und Sozialverständnis haben die Verbände der organisierten Betriebsinhaber und -beauftragten sowie der Arbeitnehmer im Handwerk?

3. Untersuchungsmethoden

Die empirische Rekonstruktion erfolgt durch Auswertung umfangreicher Fachliteratur, der das Handwerk betreffenden Gesetzgebung, ihrer Ausführungsbestimmungen, des Satzungsrechts und der Rechtsprechung. Außerdem werden Kongressbeschlüsse, Gesetz- bzw. Gewerbeordnungsentwürfe, Protokolle, Jahres-, Fest- und Geschäftsberichte, Fach- und Verbandszeitschriften sowie Archivmaterialien ausgewertet. Ferner werden Zeitzeugen und Mandatsträgern in der Selbstverwaltung des Handwerks interviewt. Eingebettet werden diese Untersuchungen in den Kontext wirtschaftsdemokratischer und mitbestimmungsorientierter Bestrebungen in der Weimarer Republik, in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland. Damit will die Studie am Beispiel des Handwerks zugleich einen wissenschaftlichen Beitrag zur Sozialgeschichte der gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung in Deutschland, auch im Kontext des "Demokratischen und Sozialen Rechtsstaates" gemäß Grundgesetz, leisten.

<i>Projekttitel:</i>	Das Initiativrecht nach § 92a BetrVG zur Beschäftigungssicherung – ein hilfreiches Instrument für die Mitbestimmung? Eine explorative Studie zur Mitbestimmungspraxis von Betriebsräten auf Grundlage des § 92a BetrVG
<i>Projektnummer:</i>	S-2011-461-2 B
<i>Projektleitung:</i>	Uwe Knappe interPartner Gesellschaft für Organisations- und Personalentwicklung mbH Kennedyplatz 6 45127 Essen sekretariat@interpartner.com
<i>Projektbearbeitung:</i>	Hagen Röwer interPartner Gesellschaft für Organisations- und Personalentwicklung mbH Kennedyplatz 6 45127 Essen
<i>Kooperation:</i>	Dr. Thomas Haipeter Institut Arbeit und Qualifikation Universität Duisburg-Essen Abteilung Arbeitszeit und Arbeitsorganisation 45117 Essen thomas.haipeter@uni-due.de Reinhard Röhrig PCG - PROJECT CONSULT GmbH Friedrich-List-Str. 2 45128 Essen roehrig@pcg-projectconsult.de
<i>Laufzeit:</i>	13 Monate

Das beantragte Forschungsprojekt verfolgt als explorative Studie folgende Ziele:

- Untersuchung der Verbreitung und Nutzung des Initiativrechts des § 92a BetrVG in den unterschiedlichen Branchen.
- Skizzierung erster Einschätzungen, inwieweit Veränderungen in der Mitbestimmungspraxis bei Anwendung des Initiativrechts des § 92a BetrVG durch die Betriebsräte eintreten oder eintreten können.

1. Kontext

Der im Rahmen der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) in 2001 neu eingeführte § 92a beinhaltet als Weiterentwicklung der bis dahin gängigen Mitbestimmungspraxis ein Initiativrecht des Betriebsrats gegenüber dem Management zu unternehmerischen Fragestellungen. Damit wurde eine rechtliche Grundlage für proaktive Handlungsmöglichkeiten der Betriebsräte in Unternehmen geschaffen.

Erste Erkenntnisse einer Betriebsrätebefragung des WSI deuten darauf hin, dass das Initiativrecht bei den Betriebsräten weit verbreitet ist, die bereits eigene "proaktive" Innovationsbeiträge in Unternehmen entwickelt haben. Jedoch ist beispielsweise nicht gesichert, in welchem qualitativen Rahmen, mit welchen Inhalten, mit welchem Nutzen und mit welchen (möglichen) Veränderungen in der Mitbestimmungspraxis der § 92a BetrVG angewendet wird.

2. Fragestellung

Für den Bereich "praktische Relevanz aus Interessenvertretungspolitischer Sicht" des Initiativrechts werden Fragestellungen entwickelt, die insbesondere

- die Anwendung und Dynamik in den verschiedenen Branchen,
- mögliche inhaltliche Themenstellungen und -ausprägungen,
- die Rolle der Gewerkschaften als Multiplikatoren und Promotoren des § 92a BetrVG bei Betriebsräten beleuchten.

Der zweite Fragenkomplex bezieht den Bereich der Auswirkungen auf die Mitbestimmungspraxis. Interessengeleitet soll hier folgende Punkte untersucht werden:

- die praktische Wirksamkeit des Beratungsrechts und die Auswirkungen auf die betrieblichen Arbeitsbeziehungen,
- die Rolle der Beschäftigten bei der Nutzung des Initiativrechts,
- potentielle Veränderungen im Verhältnis zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften, die sich bei Nutzung des Initiativrechts ergeben (können) sowie
- die mögliche Veränderung des Selbstverständnisses und die strategische Orientierung der Betriebsräte.

3. Untersuchungsmethoden

- Auswertung von Sekundärliteratur und Informationsmaterialien im Rahmen einer Primäranalyse.
- Sechs explorative, leitfadengestützte Interviews mit jeweils zwei Experten aus den Gewerkschaften IG Metall, IG BCE und ver.di zum Thema Anwendungspraxis des § 92a BetrVG durch Betriebsräte.
- Zwölf betrieblichen Fallstudien, bestehend aus Interviews mit Betriebsräten und – sofern möglich – Management, in denen u. a. die Themenstellungen für den Einsatz des § 92a BetrVG, Inhalte und Vorgehensweisen, Hemmnisse und Treiber, Ergebnisse, Nachhaltigkeit, Auswirkungen auf die betriebliche "Alltagswelt" etc. erörtert werden, so dass ein erster Trend der Voraussetzungen für den Einsatz und die Umsetzung des § 92a BetrVG nachgezeichnet werden kann.

<i>Projekttitel:</i>	Unterwertige Beschäftigung von Frauen im Familienkontext
<i>Projektnummer:</i>	S-2012-552-3 B
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Christina Boll Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) Themenfeld Erwerbstätigkeit und Familie Heimhuder Str. 71 20148 Hamburg boll@hwwi.org Prof. Dr. Klaus Schömann International University Bremen Jacobs Center for Lifelong Learning Campus Ring 1 28759 Bremen
<i>Laufzeit:</i>	18 Monate

Das Projekt hat zum Ziel, die Einflussfaktoren und Einkommenswirkungen unterwertiger Beschäftigung von Frauen und Männern in Deutschland zu identifizieren und das Ausmaß der Überqualifikation zu quantifizieren. Im Fokus stehen dabei Familienpausen und mit Familienaufgaben vereinbare Beschäftigungsformen beim Wiedereinstieg als potenzielle Ursachen von Überqualifikation und des Gender Pay Gap.

1. Kontext

Bei unterwertiger Beschäftigung bleiben die im ausgeübten Beruf erforderlichen Qualifikationen hinter den im Ausbildungssystem erworbenen zurück. Unterwertige Beschäftigung ist sowohl aus individueller Perspektive als auch aus gesellschaftlicher Perspektive unerwünscht. Aus individueller Perspektive geht damit ein Verlust an Einkommen, Beschäftigungssicherheit und beruflicher Entfaltung, ein erhöhtes Armutsrisiko und verminderte Teilhabechancen einher. Aus gesellschaftlicher Perspektive sind mit den individuellen Beschäftigungs- und Einkommensverlusten geringere Steuer- und Sozialbeiträge sowie zusätzliche Transferzahlungen verbunden. Brach liegende Kenntnisse und Fertigkeiten kommen einer Verschwendung von Ressourcen gleich. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des prognostizierten Fachkräftemangels muss die Gesellschaft jedoch ein Interesse daran haben, die Potenziale insbesondere der Frauen durch ein ausreichendes Angebot ausbildungsadäquater Arbeitsplätze zu heben.

2. Fragestellung

Im Rahmen des Projektes sollen Ursachen und Folgen unterwertiger Beschäftigung in Deutschland untersucht werden. Folgende Fragen stehen dabei im Mittelpunkt: Sind Frauen tatsächlich häufiger von Unterwertigkeit betroffen als Männer? Sind Familienpausen ein wesentlicher Einflussfaktor? Wirken Job-Merkmale im Zusammenhang mit dem Wiedereinstieg verstärkend auf das Unterwertigkeitsrisiko aus der Pause? Inwiefern kumulieren die Risiken im Lebensverlauf, etwa durch mehrere Familienphasen? Welche Einkommenswirkungen sind mit der gemessenen Unterwertigkeit verbunden? Was kann getan werden, um Unterwertigkeit abzubauen? Aufbauend auf den Fragestellungen hat sich das Projekt vier Ziele gesetzt: Erstens die Bestimmung des Ausmaßes unterwertiger Beschäftigung in Deutschland, zweitens die Identifikation der wesentlichen Einflussfaktoren, drittens die Schätzung der damit verbundenen Einkommenswirkungen und viertens die Ableitung von Handlungsempfehlungen zur Senkung der Unterwertigkeit.

3. Untersuchungsmethoden

Methodisch wird eine dreigeteilte Vorgehensweise angestrebt. Zunächst wird der Tatbestand der unterwertigen Beschäftigung operationalisiert und mittels deskriptiver Methoden Umfang und Struktur der Unterwertigkeit bestimmt. Hierbei kommen verschiedene in der Literatur einschlägige Spezifikationen von Unterwertigkeit zur Anwendung. Zur Verifizierung der kausalen Effekte planen wir erstens eine logistische Regression zur Schätzung unterwertiger Beschäftigung und Imputation der berechneten Selektivität in die Schätzung der Einkommensverluste, zweitens die simultane Bestimmung von Unterwertigkeit und deren Einkommenseffekten durch die Methode des Propensity Score Matching. Die ermittelten methodisch robusten Einkommenseffekte werden in einem dritten Schritt als Basis für die Simulation von Einkommensverlusten unter expliziter Berücksichtigung des Einkommensrisikos aus unterwertiger Beschäftigung verwendet.

<i>Projekttitel:</i>	Erfolgsabhängige Entgelte in der Metall- und Elektroindustrie: Verbreitung, Formen und betriebliche Praxis
<i>Projektnummer:</i>	S-2011-499-3 B
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Thomas Haipeter Institut Arbeit und Qualifikation Universität Duisburg-Essen Abteilung Arbeitszeit und Arbeitsorganisation 45117 Essen thomas.haipeter@uni-due.de
<i>Laufzeit:</i>	12 Monate

Das Forschungsprojekt untersucht Verbreitung, Regelungsformen und betriebliche Praxis erfolgsabhängiger Entgelte in der Metall- und Elektroindustrie. Besonderes Augenmerk liegt auf den Bedeutung der erfolgsabhängigen Entgelte für die Interessenvertretungen. Die Untersuchung beruht auf einem Methodemix aus Experteninterviews, Fallstudien sowie der Auswertung von Regelungen und Statistiken.

1. Kontext

Erfolgsabhängige Entgelte erleben derzeit eine Renaissance. Waren sie als betriebliche Entgeltzulagen auch in den 1960er und 1970er Jahren in wirtschaftlich erfolgreichen Betrieben nicht unüblich, so sind sie nach Jahren eines rückläufigen Wage Drifts zumindest in Großbetrieben unterschiedlicher Branchen nun zur Normalität geworden und können einen wichtigen Anteil an den Jahreseinkommen bilden. Die Formen erfolgsabhängiger Entgelte haben sich jedoch stark gewandelt. Beruhten sie früher auf spontanen Aushandlungen, so liegen ihnen heute zumeist betriebliche oder tarifliche Vereinbarungen (auch Tarifabweichungen) zu Grunde, in denen die Entgelte systematisch an bestimmte Zielwerte für betriebswirtschaftliche Indikatoren geknüpft sind. Erfolgsabhängige Entgelte stehen im Zusammenhang mit mehreren zentralen Entwicklungen des Kapitalismus in Deutschland wie der Ausbreitung marktorientierter und finanziellierter Steuerungsformen oder der Verbetrieblichung der Arbeitsbeziehungen.

2. Fragestellung

Im Forschungsprojekt stehen vier Fragekomplexe im Vordergrund:

- **Verbreitung:**
In welchen Betrieben und für welche Beschäftigtengruppen ist diese Entgeltkomponente von Bedeutung?
- **Regulierung:**
Welche Regulierungsformen weisen erfolgsabhängige Entgelte auf und welche Erfolgskennziffern liegen der Bestimmung der Entgelte zu Grunde? Welche Mitbestimmungsmöglichkeiten haben die Betriebsräte bei der Umsetzung?
- **Legitimation:**
Wie beliebt sind erfolgsabhängige Entgelte bei den Beschäftigten? Wie werden sie von ihnen ausgehandelt (sofern Ergebnisziele Eingang in das individuelle Leistungsentgelt finden) und beeinflussen sie möglicherweise die Arbeitspraxis der Beschäftigten?
- **Interessenvertretungen:**
Unter welchen Bedingungen und mit welchen Zielen haben Interessenvertretungen Vereinbarungen zu erfolgsabhängigen Entgelten abgeschlossen, welche Interessen haben die Unternehmen daran und welche strategische Bedeutung messen die Interessenvertretungen erfolgsabhängigen Entgelten bei?

3. Untersuchungsmethoden

Das Forschungsvorhaben beruht auf einem triangulären Methodenmix, der qualitative und quantitative Zugänge verbindet:

- Auswertungen des SOEP und des IAB-Betriebspanels, auf deren Grundlage Aussagen zu Entwicklung, Verbreitung und zum finanziellen Volumen erfolgsabhängiger Entgelte gemacht werden sollen.
- Auswertungen der Vereinbarungen der 50 größten Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie zu erfolgsabhängigen Entgelten, mit deren Hilfe die Regelungsformen, die betroffenen Beschäftigtengruppen und zentrale Regelungsinhalte wie Kennziffern, Berechnungsmethoden und Problemlösungsverfahren untersucht werden können.
- Fallstudien mit Experteninterviews aus 9 Verwaltungsstellen der IG Metall und Betrieben mit erfolgsabhängigen Entgelten. Es sollen Aushandlungen und betrieblichen Praxis der Entgelte sowie der Vielfalt und Koordinierung durch die Verwaltungsstellen untersucht werden.

<i>Projekttitel:</i>	Gesundheitliche Auswirkungen der Arbeits- und Leistungsbedingungen im öffentlichen Dienst
<i>Projektnummer:</i>	S-2012-546-4 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Sebastian Brandl Hochschule der Bundesagentur für Arbeit (HdBA) Arbeits- und Berufssoziologie sowie Sozialpolitik Wismarsche Straße 405 19055 Schwerin sebastian.brandl@hdba.de
<i>Laufzeit:</i>	4 Monate

Die Studie stellt gesundheitliche Problemlagen im öffentlichen Dienst in einen Zusammenhang mit den sich verändernden Arbeits- und Leistungsbedingungen. Der in der Literatur vorliegende Forschungsstand wird aufgearbeitet und weiterer Forschungsbedarf abgeleitet.

1. Kontext

Der öffentliche Dienst (ÖD) weist höhere Krankheitsraten aus als der Versichertendurchschnitt. Er ist geprägt von Reorganisationsprozessen, Modernisierungsinitiativen und Beschäftigungsrückgang. Der ÖD sollte bürgerfreundlicher und effizienter werden. Die Reorganisationsprozesse fielen zusammen mit Ressourcenverknappung und Sparbemühungen. In Folge dessen veränderte sich die Arbeits- und Leistungs politik im ÖD. Trotz aller Differenzen und Unterschiede von ÖD und Privatwirtschaft zeigen sich Gemeinsamkeiten: die Leistungsanforderungen stiegen an, die Arbeitszeiten nahmen zu, Personal wurde abgebaut u.a.m. Die gestiegenen Anforderungen werden durch subjektive Mehrleistungen ausgeglichen, und die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten sinkt. Vor diesem Hintergrund stellt die Gestaltung der Arbeits- und Leistungsbedingungen eine zentrale Herausforderung dar. Diese wird durch den heute schon drei Jahre über dem Durchschnitt liegenden Altersdurchschnitt der Beschäftigten verstärkt.

2. Fragestellung

Die Studie fragt – ausgehend von entsprechenden Thesen in der Literatur – danach, ob ein analoger Prozess der Zunahme von Belastungen und Gesundheitsrisiken in verschiedenen Arbeitsfeldern des ÖD stattfindet. Gefragt wird ferner, wie sich die Belastungsentwicklung unterschiedlich nach den Geschlechtern darstellt. Daran schließt die Frage an, ob der Belastungszunahme gleiche oder verschiedene Ursachen zu Grunde liegen. Demzufolge sollen bestehende Maßnahmen hinterfragt und ggf. Wirkungsbarrieren offen gelegt werden.

3. Untersuchungsmethoden

Den aufgeworfenen Fragestellungen wird durch eine Literatur- und Dokumentenanalyse nachgegangen. Es werden die sich wandelnden Arbeits- und Leistungsbedingungen im ÖD hinsichtlich ihrer gesundheitlichen Folgen – soweit in der Literatur vorliegend – analysiert. Dabei wird davon ausgegangen, dass die gesundheitsförderlichen Aspekte in der Gestaltung der Arbeitsorganisation, der Leistungsvorgaben, der Arbeitszeit und der work-life-Balance sowie der Qualifizierung, der Wertschätzung der Beschäftigten und im Umgang mit den Belastungen liegen. Ferner wird nach Beispielen gelungener Anpassung der Arbeitsprozesse gesucht und der Umfang und die Qualität der im ÖD durchgeführten Gefährdungsbeurteilungen erhoben. Eingegrenzt wird die Analyse auf interaktionsintensive Bereiche des ÖD, zum Beispiel in Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen, Polizei, Schulen, Kitas und Krankenhäuser.

<i>Projekttitel:</i>	Überschuss- und Dynamikpotenziale kapitalgedeckter Altersversorgung
<i>Projektnummer:</i>	S-2012-547-4 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Uwe Fachinger Hochschule Vechta - Universität Institut für Gerontologie Driverstr. 22 49377 Vechta uwe.fachinger@uni-vechta.de
<i>Laufzeit:</i>	9 Monate

Das Vorhaben der Stiftung Warentest und des Instituts für Gerontologie der Universität Vechta dient zur Klärung der Frage, in welchem Ausmaß die kapitalgedeckte Alterssicherung dazu beigetragen hat, die Absicherung des Einkommensniveaus im Alter zu gewährleisten. Im Rahmen des Projektes werden Analysen der Entwicklung von Leistungen der betrieblichen und privaten Altersvorsorge durchgeführt.

1. Kontext

Vor dem Hintergrund des demographischen und erwerbsstrukturellen Wandels und den damit verbundenen Finanzierungsproblemen der gesetzlichen Alterssicherungssysteme ist in der Bundesrepublik Deutschland ein Paradigmenwechsel vollzogen und den Systemen der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge eine stärkere Bedeutung zugewiesen worden. Zur Gewährleistung der materiellen Absicherung im Alter kommt in der Folge dem Zusammenspiel der drei Schichten des Alterssicherungssystems eine höhere Bedeutung zu. Ein grundsätzliches Problem dabei ist, dass die Teilsysteme sich sowohl hinsichtlich der Erstberechnung der Leistungen als auch bezüglich der Anpassung der einmal zuerkannten Leistungen im weiteren Lebensverlauf unterscheiden können. Da eine Leistungsreduzierung des einen Systems nicht automatisch zu einer Leistungserhöhung eines anderen Systems führt, ergeben sich erhebliche Probleme bei der Aufrechterhaltung eines Absicherungsniveaus während der Bezugszeit.

2. Fragestellung

Das Vorhaben dient zur Klärung der Frage, in welchem Ausmaß die kapitalgedeckte Alterssicherung bisher dazu beigetragen hat, die Absicherung des Einkommensniveaus im Alter zu gewährleisten. Dabei konzentriert sich die Analyse auf die bisherige Entwicklung der Leistungen von Altersvorsorgeprodukten der zweiten und dritten Schicht. Insbesondere soll untersucht werden, inwieweit im Rahmen der privaten Altersvorsorge bei Leistungen von zertifizierten und nicht zertifizierten Altersvorsorgeprodukten bisher eine Leistungsanpassung in der Auszahlungsphase erfolgte, inwieweit betriebliche Altersvorsorgeprodukte dynamisiert sind und inwieweit sich die Tarifmerkmale der Altersvorsorgeprodukte im Zeitablauf verändert haben.

3. Untersuchungsmethoden

Für die Analyse wird auf den vollständigen Geschäftsberichtsbestand der unter die deutsche Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) fallenden Versicherungsunternehmen, Pensionsfonds und Pensionskassen zurückgegriffen. Die Informationen zum Leistungspotenzial der mittelbaren Durchführungswege "Direktversicherung, Pensionsfonds und Pensionskasse" im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung sowie der zertifizierten und nicht zertifizierten Rentenversicherungsprodukte im Rahmen der privaten Altersvorsorge werden in eine Datenbank eingepflegt und mittels deskriptiver Verfahren ausgewertet. Dabei werden insbesondere Methoden der Zeitreihenanalyse verwendet, um die Dynamik adäquat erfassen, beschreiben und analysieren zu können. Ergänzend zu den deskriptiven Analysen wird anhand von Simulationsstudien die potenzielle Entwicklung der Garantie- sowie der Überschussleistungen der unterschiedlichen Produkte über den gesamten Erhebungszeitraum modelliert.

<i>Projekttitle:</i>	Sozialmedizinische Begutachtung, Leistungen zur Teilhabe und Berentungsgeschehen bei Erwerbsminderung aufgrund von Krankheit oder Behinderung
<i>Projektnummer:</i>	S-2012-532-4 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Oskar Mittag Universitätsklinikum Freiburg Abteilung Qualitätsmanagement und Sozialmedizin Engelbergerstr. 21 79106 Freiburg oskar.mittag@uniklinik-freiburg.de
<i>Laufzeit:</i>	12 Monate

In dem Forschungsprojekt werden das Berentungsgeschehen bei Erwerbsminderung (z. B. Rentenhöhe), vorausgehende Leistungen zur Teilhabe (z. B. Bedarfs- und Zugangsgerechtigkeit), Probleme der sozialmedizinischen Begutachtung (z. B. Objektivität, Vergleichbarkeit) sowie die Praxis der beruflichen Wiedereingliederung und sozialen Sicherung in anderen Ländern Europas (Niederlande) untersucht.

1. Kontext

Einschränkungen der Erwerbsfähigkeit aufgrund von Krankheit oder Behinderung haben Konsequenzen für die Betroffenen und für die Gesellschaft. Sozialpolitische Instrumente sollen Beeinträchtigungen überwinden (Teilhabeleistungen) oder deren Folgen kompensieren (Erwerbsminderungsrenten). Es stellt sich die Frage, ob das gegenwärtige System der sozialen Sicherung bei Erwerbsminderung ausreichend ist und ob die Möglichkeiten der Förderung der Teilhabe ausreichend genutzt werden. Etwa 15 Prozent aller Renten entfallen in Deutschland derzeit auf Renten wegen Erwerbsminderung; in Berufen mit schwerer körperlicher Arbeit liegt der Anteil bei 35 Prozent. Durch die Erhöhung der Regelaltersgrenze wird sich dieses Problem weiter verschärfen. Es gibt Hinweise darauf, dass die Möglichkeiten zur Sicherung der Teilhabe (z. B. Rehabilitation) im Vorfeld der Gewährung von Erwerbsminderungsrenten oft nicht ausgeschöpft werden.

2. Fragestellung

Im Projekt wird das Berentungsgeschehen bei Erwerbsminderung sowie die tatsächliche Verteilung von Leistungen zur Teilhabe bei vorzeitiger Berentung wegen Erwerbsminderung anhand von Datensätzen der Deutschen Rentenversicherung analysiert. Außerdem wird der Prozess der sozialmedizinischen Begutachtung bei Erwerbsminderungsrenten, insbesondere hinsichtlich der Diskrepanz zwischen beantragten und bewilligten Rentenanträgen, anhand vorliegender Forschung kritisch betrachtet. Schließlich wird das niederländische Modell der beruflichen Eingliederung und der sozialen Sicherung von Menschen, die durch Krankheit oder Behinderung erwerbsgemindert sind, exemplarisch analysiert und dem deutschen Modell gegenübergestellt. Als Ergebnis erwarten wir empirisch fundierte Grundlagen zur Weiterentwicklung der sozial- und arbeitsrechtlichen Instrumente zur sozialen Sicherung bei Erwerbsminderung.

3. Untersuchungsmethoden

- Analyse von Datensätzen der Deutschen Rentenversicherung zu Erwerbsminderungsrenten hinsichtlich des Berentungsgeschehens und der vorhergehenden Maßnahmen zur Sicherung der Teilhabe (z. B. Rehabilitation).
- Recherche und Analyse vorliegender Forschungsarbeiten zu Problemen der sozialmedizinischen Begutachtung sowie des Verwaltungs- und Gerichtsverfahrens bei Anträgen auf Erwerbsminderungsrente.
- Exemplarische Beschreibung der gesetzlichen Grundlagen (z. B. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) und der Praxis der beruflichen Wiedereingliederung oder sozialen Sicherung von Menschen, die aufgrund von Krankheit oder Behinderung erwerbsgemindert sind, in den Niederlanden anhand von Dokumentenanalysen und Experteninterviews.

<i>Projekttitle:</i>	Rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten einer Reform der Prävention und Rehabilitation von und der sozialen Sicherung bei Erwerbsminderung
<i>Projektnummer:</i>	S-2012-531-4 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Felix Welti Universität Kassel Fachbereich Humanwissenschaften Institut für Sozialwesen Arnold-Bode-Str. 10 34109 Kassel mail@felix-welti.de
<i>Laufzeit:</i>	12 Monate

Das Projekt befasst sich mit dem Reformbedarf bei der Prävention und Rehabilitation von Erwerbsminderung sowie bei der sozialen Sicherung von Erwerbsminderung. Themen sind die Verknüpfung von betrieblicher Prävention und Rehabilitation durch Sozialleistungsträger durch arbeits- und sozialrechtliche Instrumente, Zugangsvoraussetzungen und Höhe von Erwerbsminderungsrenten.

1. Kontext

Als die deutsche gesetzliche Rentenversicherung 1891 eingeführt wurde, hieß sie Invaliditäts- und Altersversicherung. Noch heute sind Renten wegen Erwerbsminderung (§ 43 SGB VI) Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung. Sie stehen jedoch nicht im Zentrum der Debatten über Renten- oder Behindertenpolitik. Ende 2009 gab es in der Bundesrepublik ca. 1,5 Millionen RentnerInnen wegen verminderter Erwerbsfähigkeit. Wegen restriktiver Leistungsvoraussetzungen sind nicht alle erfasst, die aus gesundheitlichen Gründen nicht oder nicht in vollem Umfang arbeiten können. Erwerbsminderungsrenten können nur beansprucht werden, wenn die Versicherten bereits drei, in Ausnahmefällen nur zwei Jahre Beiträge aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gezahlt haben und erwerbsgemindert sind. Mit medizinischer und beruflicher Rehabilitation und Unterstützung der stufenweisen Wiedereingliederung hat die Rentenversicherung zudem den Auftrag, Erwerbsminderung zu verhindern.

2. Fragestellung

Ziel ist es, die rechtlichen Rahmenbedingungen einer Reform der sozialrechtlichen und arbeitsrechtlichen Regulierung der Prävention und Rehabilitation und der sozialen Sicherung bei Erwerbsminderung zu untersuchen und Regelungsoptionen für eine Reform darzustellen. Dabei sind die verfassungs-, europa- und völkerrechtlichen Rahmenbedingungen zu analysieren. Ebenfalls ist die Lastenverteilung zwischen arbeitsrechtlicher und sozialrechtlicher Regulierung zu diskutieren. Untersucht werden müssen Praktikabilität und Durchsetzbarkeit arbeitsrechtlicher Regulierungen insbesondere in Klein- und Mittelbetrieben, auch ohne Betriebsrat und außerhalb des Geltungsbereichs des Kündigungsschutzes, sowie für Beschäftigte in befristeten Arbeitsverhältnissen und in der Arbeitnehmerüberlassung. Ferner sind das Sicherungsziel und die dafür erforderlichen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen der Erwerbsminderungsrente zu diskutieren und die Gewährleistung des Sicherungsniveaus zu untersuchen.

3. Untersuchungsmethoden

Der geltende Rechtsstand und seine Reflektion in Rechtsprechung und Literatur werden aufgearbeitet, und die verfassungsrechtlichen und rechtssystematischen Rahmenbedingungen einer Reform werden untersucht. Verschiedene Reformoptionen werden im Lichte dieser Erkenntnisse diskutiert und bewertet. Für die Erwerbsminderungsrenten werden die persönlichen und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen auf Sachgerechtigkeit und diskriminierende Wirkungen untersucht. In Bezug auf die Rentenhöhe und die Systematik werden die Rentenabschläge und die Zurechnungszeiten untersucht, ebenso die Integration von Grundsicherungselementen in das gesetzliche Rentensystem. Dies wird ergänzt durch eine interdisziplinäre Perspektive, insbesondere auf Erkenntnisse der Sozialmedizin über den Zusammenhang von Rehabilitation und Prävention mit dem Eintritt von Erwerbsminderung und über die Möglichkeiten einer sozialmedizinischen Begutachtung von Erwerbsminderung.

<i>Projekttitel:</i>	Weiterbildungsteilnahme als Moratorium im Lebenslauf – Auswirkungen auf Lernstrategien, Habitus und Gesellschaftsbild
<i>Projektnummer:</i>	S-2012-519-5 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Helmut Bremer Universität Duisburg-Essen Berliner Platz 6 - 8 45127 Essen helmut.bremer@uni-due.de Prof. Dr. Peter Faulstich Universität Hamburg FB Erziehungswissenschaft Institut 4 Von-Melle-Park 8 20146 Hamburg
<i>Projektbearbeitung:</i>	Christel Teiwes-Kügler Universität Duisburg-Essen Fakultät für Bildungswissenschaften Inst. für Berufs- u. Weiterbildung Berliner Platz 6-8 - Raum A 13.18 45127 Essen christel.teiwes-kuegler@uni-due.de Jessica Vehse Universität Hamburg Fakultät EPB FB Erziehungswissenschaft 3 Binderstr. 34 20146 Hamburg Jessica.Vehse@uni-hamburg.de
<i>Laufzeit:</i>	36 Monate

Das Projekt untersucht Gesellschaftsbilder von Teilnehmenden längerfristiger Weiterbildung. Gesellschaftsbilder werden gefasst als über den Habitus vermittelte Vorstellungen, auf deren Grundlage die sozialen Akteure die gesellschaftliche Ordnung und ihre eigene soziale Lage deuten und bewerten. Das Projekt verbindet Pierre Bourdieus Habitusansatz mit dem Lern- und Interesseansatz Klaus Holzkamps.

1. Kontext

Ausgehend von divergierenden Prozessen gesellschaftlichen Wandels gibt es einen verstärkten Anstoß zu biographischen und beruflichen Umorientierungen. In diesem Kontext hat Weiterbildung in den vergangenen Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Teilnahme an Weiterbildung hängt mit vorhandenen individuellen wie kollektiven Vorstellungen zusammen, die eigene soziale Lage und Stellung durch Bildung verändern zu können. Sie ist demnach eng an das Gesellschaftsbild der Teilnehmenden gebunden. Wie sich die Teilnahme an Weiterbildung wiederum verändernd auf die Gesellschaftsbilder auswirkt, ist bisher kaum erforscht. Die These des Projekts ist, dass Weiterbildungssituationen eine Moratoriums-Phase darstellen, in der bisherige soziale und politische Ordnungsvorstellungen sowie eigene Handlungsoptionen überprüft werden und Umorientierungen erfolgen können. Die Annahme ist, dass diese Umbruchsituationen biographisch, milieu- und geschlechtsbezogen unterschiedlich verarbeitet werden.

2. Fragestellung

Forschungsleitend ist die Frage, wie Gesellschaftsbilder und Weiterbildungsteilnahme zusammenhängen. Im Einzelnen soll durch die Studie rekonstruiert werden, über welche (impliziten) gesellschaftlichen Klassifizierungsschemata, Orientierungs- und Handlungsmuster unterschiedliche soziale Gruppen (Milieus) verfügen; welche biografisch und/oder gesellschaftlich bedingten Faktoren sie zur Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen veranlassen und welchen Einfluss die mit der Teilnahme verbundenen Bildungs- und Lernprozesse auf gesellschaftliche Orientierungsmuster haben. Dabei ist auch von Interesse, welcher Stellenwert dem Lernen zugemessen wird und welche Erwartungen an veränderte Lebens- und Teilhabechancen mit der Weiterbildung verbunden sind. Die Studie fokussiert auf ArbeitnehmerInnengruppen der gesellschaftlichen Mitte und der unteren sozialen Lagen, um hierfür nicht zuletzt mit Blick auf berufliche und politische Weiterbildungskonzepte ein möglichst differenziertes Bild zu erarbeiten.

3. Untersuchungsmethoden

Da vorhandene und sich ggf. durch Weiterbildung verändernde Gesellschaftsbilder aus subjektiver Perspektive rekonstruiert werden sollen, ist die Studie als qualitativ-explorative Langzeitstudie angelegt. Die Studie arbeitet mit der Methode der Gruppen- bzw. Lernwerkstatt. Das mehrstufige Verfahren kombiniert Gruppendiskussionen mit visuellen und assoziativ-projektiven Verfahren. Dadurch wird es möglich, individuelle und kollektiv geteilte Erfahrungsdimensionen (alltägliche, berufliche, bildungs- und weiterbildungsbezogene) sowie gesellschaftspolitische Orientierungen und Einstellungen zu explorieren. Die Gruppen- bzw. Lernwerkstätten werden mit Teilnehmergruppen unterschiedlicher Weiterbildungseinrichtungen jeweils zu Beginn und Ende der Maßnahme durchgeführt. Mit einzelnen TeilnehmerInnen durchgeführte biografisch angelegte Interviews ergänzen die Forschungswerkstätten. Das Material wird hermeneutisch-interpretativ ausgewertet und zu empirisch gebildeten Typen aufgearbeitet.

<i>Projekttitel:</i>	Die Juniorprofessur. Vergleichende Analyse traditioneller und neuer Qualifizierungswege des Hochschullehrernachwuchses
<i>Projektnummer:</i>	S-2012-518-5 B
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Anke Burkhardt Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Collegienstr. 62 06886 Lutherstadt Wittenberg anke.burkhardt@hof.uni-halle.de Dr. Sigrun Nickel Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH Verler Straße 6 33332 Gütersloh sigrun.nickel@che.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Sindy Duong Isabel Roessler Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH Verler Straße 6 33332 Gütersloh sindy.duong@che.de isabel.roessler@che.de Annika Rathmann Robert Schuster Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Collegienstr. 62 06886 Lutherstadt Wittenberg annika.rathmann@hof.uni-halle.de robert.schuster@hof.uni-halle.de
<i>Laufzeit:</i>	30 Monate

Mit dem im April 2012 startenden Forschungsprojekt analysieren das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) und das gemeinnützige Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Juniorprofessur (DGJ) traditionelle und neue wissenschaftliche Qualifikationswege in Deutschland, insbesondere die Karriereverläufe von Juniorprofessor/inn/en.

1. Kontext

Die Bedingungen für eine wissenschaftliche Karriere in Deutschland werden derzeit kritischer denn je diskutiert. Es wurden wissenschaftspolitische Initiativen auf den Weg gebracht, welche die Attraktivität wissenschaftlicher Karrieren erhöhen sollten. Durch die Diversifizierung der Qualifikationswege sollte die Habilitation ergänzt bzw. abgelöst werden. Besonders hervorzuheben sind dabei die Juniorprofessur und die Leitung von Nachwuchsgruppen. Doch sowohl die Juniorprofessur als auch die Nachwuchsgruppenleitung konnten die Institution der Habilitation bisher nicht ernsthaft in Frage stellen. Obwohl die Anzahl der Habilitationen gesunken ist, scheint sie noch immer den "Königsweg" zur Professur darzustellen. Es ist offen, ob die neuen Qualifikationswege als Äquivalent zur Habilitation akzeptiert werden.

2. Fragestellung

- Bestehen bedeutende Unterschiede in der Ausgestaltung der verschiedenen Stellenstrukturen für den Hochschullehrernachwuchs?
- Gibt es neue Entwicklungen an den Hochschulen bezüglich der Ausgestaltung der neu berufenen JuniorprofessorInnen?
- Welche Vor- und Nachteile ergeben sich durch den noch verhältnismäßig neuen Qualifizierungsweg "Juniorprofessur"?
- Welchen Einfluss haben die Qualifizierungsbedingungen (Ausgestaltung der Beschäftigungsverhältnisse, Vertragsbedingungen, Vergütung, Aufgabenspektrum, Einbindung in die scientific community) auf die Entscheidung für eine wissenschaftliche Karriere und deren Erfolgsaussichten?
- Wie sind traditionelle und neue Qualifizierungswege sowie die weitere Karriereentwicklung bezüglich ihrer Geschlechtergerechtigkeit zu beurteilen?
- Welche Rolle spielt die soziale Herkunft für den Verlauf einer wissenschaftlichen Karriere bzw. inwieweit wird über die Qualifizierungspraxis soziale Selektivität ausgeübt?

3. Untersuchungsmethoden

- Statistische Analyse: Aktualisierung verfügbarer Daten zum promovierten wissenschaftlichen Nachwuchs und Sekundärauswertung (HoF)
- Dokumentenanalyse: Rekonstruktion des Diskursfeldes der hochschulpolitischen Akteure, z.B. WR, HRK, KMK (HoF)
- Dokumentenanalyse: ländervergleichende Bestandsaufnahme und Aufarbeitung der normativen Regelungen (HoF)
- Explorative leitfadengestützte Interviews mit JuniorprofessorInnen, NachwuchsgruppenleiterInnen, wissenschaftlichen MitarbeiterInnen mit Habilitationsabsicht (HoF)
- Online-Befragung von JuniorprofessorInnen und NachwuchsgruppenleiterInnen sowie Erfassung objektiver Daten von Hochschulleitungen (HoF)
- Exemplarische leitfadengestützte Interviews mit Hochschulleitungen und LehrstuhlinhaberInnen (HoF)
- Online-Befragung von ProfessorInnen, die zwischen 2006 und 2011 berufen worden sind (CHE)
- Befragung von ehemaligen JuniorprofessorInnen (CHE)
- Fallstudie zur Karriereentwicklung an österreichischen Universitäten (CHE)

<i>Projekttitel:</i>	Denkweisen der Globalisierung – Eine vergleichende Untersuchung zur Wahrnehmung und Bewertung der Globalisierung durch SchülerInnen in unterschiedlicher sozioökonomischer Lage
<i>Projektnummer:</i>	S-2012-548-6 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Dirk Lange Leibniz Universität Hannover AGORA Politische Bildung Institut für Politische Bildung Schneiderberg 50 30167 Hannover
<i>Projektbearbeitung:</i>	Sebastian Fischer Leibniz Universität Hannover Institut für Politische Wissenschaft Schneiderberg 50 30167 Hannover
<i>Laufzeit:</i>	25 Monate

Das Projekt fragt nach den Vorstellungen von SchülerInnen über die Globalisierung. Die didaktisch motivierte Untersuchung der subjektiven Lernvoraussetzungen der SchülerInnen zielt darauf ab, geeignete Zugangsmöglichkeiten zu dem Lerngegenstand Globalisierung zu finden, um auf dieser Grundlage nachhaltiges Lernen in diesem Themenfeld zu ermöglichen.

1. Kontext

In der politischen Bildung und im sozialwissenschaftlichen Unterricht hat das ökonomische Lernfeld in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Politisch-ökonomische Themen werden unter verschiedenen Fachbezeichnungen unterrichtet; beispielsweise als Politik/Wirtschaft, Wirtschaft und Politik, Sozialwissenschaften, Gemeinschaftskunde, Wirtschaft. Diese Neugewichtung des ökonomischen Lernfeldes ist fachdidaktisch jedoch nicht hinreichend vorbereitet und wird wissenschaftlich nur unzureichend begleitet. In dieses Vakuum sind vermehrt Wirtschaftsunternehmen, Interessenverbände, Vereine und Initiativen gestoßen, die Unterrichtsmaterialien, curriculare Vorschläge und Lehrerweiterbildungen entwickeln. Aufgrund der aktuellen Bedarfslage ist zu befürchten, dass die interessengeleiteten Privatinitiativen prägend auf das an Bedeutung gewinnende Lernfeld wirken. Es besteht die dringende Notwendigkeit, den politisch-ökonomischen Bildungsbereich fachdidaktisch zu erforschen und anzuleiten.

2. Fragestellung

Der Gegenstand Globalisierung ist aus didaktischer Perspektive besonders geeignet, verschiedene ökonomische und politische Lernfelder zusammenzuführen. Dabei wird davon ausgegangen, dass Jugendliche schichtspezifisch unterschiedlich von dem Prozess der Globalisierung betroffen sind. Für die einen bedeutet Globalisierung eine Erweiterung von Möglichkeiten. Für die anderen überwiegen die bedrohlichen und einschränkenden Seiten der Globalisierung. Es wird davon ausgegangen, dass die Wahrnehmung und Bewertung von Globalisierung in einem engen Zusammenhang mit den individuellen Partizipationsmöglichkeiten in der globalisierten Welt steht. Es soll untersucht werden, ob die Wahrnehmung und die Bewertung von globalisierungsbedingten Zusammenhängen sozialstrukturspezifischen Mustern folgt.

3. Untersuchungsmethoden

Gegenstand des Forschungsvorhabens ist ein Vergleich der Vorstellungen, die SchülerInnen der Hauptschule und des Gymnasiums über den Prozess der Globalisierung entwickelt haben. Um ein möglichst umfassendes Bild der vorhandenen Vorstellungen gewinnen zu können, erfolgt die Datenerhebung mit einem zweistufigen Kombinationsverfahren, bestehend aus offenem Fragebogen und teilstandardisiertem Interview. Der erste Erhebungsschritt der Fragebogenerhebung gibt einen Überblick über die Heterogenität und die empirische Verteilung der Vorstellungen in der Untersuchungspopulation. Auf der Grundlage der erzielten Befunde erfolgt das Interviewsampling. Die Interviews ermöglichen eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Vorstellungen der Schüler. Die Auswertung zielt auf den Vergleich der Vorstellungen. Eine Verallgemeinerung erfolgt über die Kategorienbildung, bei der Vorstellungen, die eine näher zu bestimmende Anzahl von Gemeinsamkeiten aufweisen, zu Vorstellungstypen verdichtet werden.

<i>Projekttitel:</i>	Zur Entwicklung der Mitbestimmung in der westdeutschen Automobilindustrie vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Wiedervereinigung
<i>Projektnummer:</i>	S-2012-550-5 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Stefan Berger Ruhr-Universität Bochum Institut für soziale Bewegungen Clemensstr. 17-19 44789 Bochum stefan.berger@rub.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Dr. Dimitrij Owetschkin Ruhr-Universität Bochum Institut für soziale Bewegungen Clemensstr. 17-19 44789 Bochum dimitrij.owetschkin@rub.de
<i>Laufzeit:</i>	30 Monate

Das Projekt untersucht die Reaktionsweisen der Mitbestimmungsträger auf die Transformationen der Arbeitswelt in der Automobilindustrie nach 1945. Dabei sollen nicht nur der Wandel der Mitbestimmung, sondern auch das Allgemeine und Besondere dieser Branche im Hinblick auf die Strukturen der industriellen Beziehungen in einem breiteren gesellschaftsgeschichtlichen Kontext herausgearbeitet werden.

1. Kontext

Die Automobilindustrie gehört zu den Schlüsselindustrien Deutschlands. Ihre trotz temporärer Krisen erfolgreiche Entwicklung hängt nicht zuletzt mit besonderen Formen der Regelung von Interessenkonflikten zusammen, die im Rahmen der Mitbestimmung etabliert wurden. Im 20. Jahrhundert hat sich diese Industrie zu einer Branche entwickelt, die auf die Schwankungen des globalisierten Massenmarkts, die internationale Konkurrenz und den technologischen Fortschritt flexibel reagieren muss. Da dabei marktbezogene Gesichtspunkte zunehmend auf Kosten von Interessen der Arbeitnehmerschaft in den Vordergrund rücken, steht deren Vertretung vor der Herausforderung, die Grundprinzipien der Mitbestimmung aufrechtzuerhalten und zugleich das Beschäftigungsniveau zu sichern. Sie kann sich dabei auf historische Traditionen und Erfahrungen stützen, die die Mitbestimmungspraxis in der Automobilindustrie geprägt haben, und ausgehend davon nachhaltige Handlungsstrategien für das 21. Jahrhundert entwickeln.

2. Fragestellung

Das Projekt verfolgt drei umfassende Fragestellungen:

- Periodisierung der Mitbestimmungsentwicklung in der westdeutschen Automobilindustrie nach 1945. Dabei geht es vor allem um Zäsuren in dieser Entwicklung sowie um deren synchronen oder asynchronen Verlauf in einzelnen Unternehmen.
- Typologisierung der Mitbestimmungskulturen und -praxis. Außer der Unternehmensspezifik soll hier insbesondere die Relevanz der regionalen Unterschiede analysiert werden. Darüber hinaus wird die Frage geprüft, inwiefern es einen für die gesamte Automobilindustrie charakteristischen Mitbestimmungstypus gegeben hat.
- Analyse der Rolle der Gewerkschaften in Mitbestimmungsstrukturen und -prozessen. Im Vordergrund steht dabei die historische Entwicklung von Wechselwirkungen zwischen gewerkschaftlicher Politik, unternehmensbezogenen Interessen der ArbeitnehmerInnen-Vertretungen sowie innerer Strukturierung und Einstellungen der Arbeitnehmerschaft.

3. Untersuchungsmethoden

Das Projekt richtet sich vor allem auf eine kritische Synthese und Fortführung der bisherigen Forschungsergebnisse. Dementsprechend werden vorliegende empirische Studien und Überblicksdarstellungen systematisierend und einordnend in die Analyse einbezogen. Ergänzend dazu sollen auch Bestände des IGM-Vorstandes und einzelner IGM-Bezirke im DGB-Archiv, die Überlieferung der oppositionellen Betriebsräte bei Opel im Archiv für soziale Bewegungen, das Schrifttum der Gewerkschaften und Betriebsräte sowie Werkszeitungen, Erfahrungsberichte und Erinnerungen quellenkritisch und hermeneutisch ausgewertet werden. Als theoretisch-methodologischer Rahmen bzw. Anknüpfungspunkt dienen dabei Ansätze aus dem Umfeld der Theorie der industriellen Beziehungen, wie etwa der den historischen Institutionalismus mit handlungstheoretischen Konzepten verbindende erweiterte institutionalistische Ansatz, sowie in der Forschungsliteratur entwickelte Betriebsratstypologien.

2. Ergebnisse aus abgeschlossenen Forschungsprojekten

<i>Projekttitel:</i>	Beschäftigungspotenziale für E-mobility im Land Brandenburg
<i>Projektnummer:</i>	S-2012-551-1 B
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Heinz-Rudolf Meißner FAST e.V. Parchimer Allee 89A 12359 Berlin hrmeissner@online.de
<i>Laufzeit:</i>	2 Monate

Das Land Brandenburg steht vor dem Problem, die Auswirkungen der Elektromobilität auf die Beschäftigung im Automobilsektor antizipieren zu können. Dazu bedarf es zwei wesentlicher Komponenten.

- Was verändert sich in der Produktion durch die Elektrifizierung der Antriebe (technisch, beschäftigungspolitisch)?
- In welchen Feldern ist die brandenburgische Automobilindustrie tätig?

1. Kontext

Dass sich durch die Elektrifizierung der Fahrzeugantriebe wichtige Veränderungen ergeben, ist hinlänglich bekannt. Unklar ist jedoch in welcher Dimension und zu welchen Zeitpunkten dies geschieht. Wo bestehen Schnittstellen der brandenburgischen (Automobil-)Industrie zu den veränderten Anforderungen hinsichtlich der Produktion und Entwicklung neuer Komponenten für elektrifizierte Antriebsstränge. Hat Elektromobilität Anknüpfungspunkte, um für die brandenburgischen Zulieferunternehmen zukünftig das Beschäftigungspotenzial zu erhalten oder gar auszuweiten. Inwieweit sind die regionalen Unternehmen mit neuen Produkten in diesem Bereich schon unterwegs?

2. Fragestellung

Die zentralen Fragestellungen des Projektes:

- Wie ist die brandenburgische Automobilindustrie überhaupt strukturiert?
- Wo lassen sich Anknüpfungspunkte, Schnittstellen zwischen Bestand und neuen Anforderungen / Produkten finden?
- Welche Potenziale zur Sicherung von Beschäftigung gibt es sowohl im Automobilsektor des Landes ebenso wie in anderen Industriebereichen?

3. Untersuchungsmethoden

Als Untersuchungsmethoden wird eine Analyse auf der zentralen Komponentenebene vorgenommen: Was verändert sich, was wird an Kompetenzen benötigt, welche neuen oder stark veränderten Produkte werden gebraucht. Ergänzt wurde dies durch die Aktualisierung vorhandener Datenbankbestände zum Automobilsektor im Land Brandenburg sowie Experteninterview mit dem Cluster-Manager des Automobilclusters Berlin-Brandenburg.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Der brandenburgische Automobilsektor ist klein- und mittelständisch strukturiert – es gibt wenige Ausnahmen von größeren Betrieben (diese sind häufig Zweigwerke von Automobilherstellern).
- Produktseitig ist dieser auf den konventionellen Antriebsstrang hin ausgerichtet.
- Es lassen sich kaum Unternehmen finden, die in die Prozess- und Entwicklungsketten der Automobilhersteller oder Systemlieferanten einbezogen werden.
- Der Besatz an FuE-Kapazitäten ist wie in Ostdeutschland üblich insgesamt als eher bescheiden zu bezeichnen.
- Im Hinblick auf Elektromobilität gibt es "zarte" Ansatzpunkte bei Unternehmen, die jedoch nicht dem klassischen Automobilsektor angehören.
- Offen ist, inwieweit Unternehmen aus anderen Branchen (Nutzfahrzeughersteller und -zulieferer sowie Schienenfahrzeugindustrie) in den neu entstehenden Markt mit ihren Kompetenzen und ihrem technologischen Wissen einsteigen können.

Ergebnisse:

Meißner, Heinz-Rudolf: Beschäftigungspotenziale e-mobility im Land Brandenburg. Abschlussbericht.- Berlin, Mai 2012.- 39 S.

<i>Projekttitel:</i>	Bedeutung von Nanomaterialien beim Recycling von Abfällen
<i>Projektnummer:</i>	S-2011-492-1 B
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Oliver Pfirrmann Prognos AG Berlin Goethestr. 85 10623 Berlin oliver.pfirrmann@prognos.com
<i>Laufzeit:</i>	5 Monate

Nanomaterialien in Produkten spielen auch im Recycling eine relevante Rolle. Aufgrund von Unsicherheiten in Bezug auf eine mögliche Freisetzung nanomaterialhaltiger Ultra-Feinstäube und möglicher Gesundheitsrisiken sowie fehlender Grenzwerte für staubförmige, nanomaterialhaltige Emissionen wird für den Schutz der Beschäftigten im Recycling die Anwendung wirksamer Vorsorgemaßnahmen empfohlen.

1. Kontext

Ziel der Studie war es, die Betrachtung der Wertschöpfungskette nanomaterialhaltiger Produkte auf den Bereich des Recyclings, d.h. der stofflichen Wiederverwertung, auszuweiten und nähere Kenntnisse zur Relevanz nanomaterialhaltiger Produkte im Recycling zu erhalten. Im Fokus stehen mögliche Konsequenzen für die beschäftigten ArbeitnehmerInnen. Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Sekundärrohstoffen für die Versorgung von hoch entwickelten Industriestaaten wie Deutschland, versucht die Studie ein Thema aufzugreifen, dass aus dem Blickwinkel des Arbeitsschutzes bisher kaum vertieft betrachtet wurde.

2. Fragestellung

Es sollte geklärt werden, ob nanomaterialhaltige Produkte in gängigen Recyclingverfahren aufbereitet werden und welche Art und ggf. Mengen von Nanomaterialien in diesen Produkten enthalten sind, um besonders relevante Recyclingströme zu identifizieren. Am Beispiel von zwei ausgewählten Stoffströmen sollten Möglichkeiten einer Wiederfreisetzung von Nanomaterialien innerhalb des Recyclingverfahrens aufgezeigt werden. Auf Basis einer Übersicht zur gesundheitlichen Relevanz von Nanomaterialien und vorhandener Regelwerke sollten Möglichkeiten der Vorsorge im Sinne des Arbeits- und Gesundheitsschutzes für die Beschäftigten im Bereich Recycling beleuchtet werden. Mit Fokus auf die Arbeitsplatzsituation sollten Empfehlungen zum weiteren Vorgehen im Bereich Recycling gegeben und ggf. weiterer Forschungsbedarf identifiziert werden.

3. Untersuchungsmethoden

Die Expertise wurde auf Grundlage vorhandener Studien, einer ergänzenden Literatur- und Internetauswertung, Elementen der Stoffstrom- und Risikoanalyse sowie Expertenbefragungen erstellt.

4. Darstellung der Ergebnisse

Viele Produkte, die in Recyclingverfahren wieder aufbereitet werden, enthalten Nanomaterialien, u.a. auch Nanomaterialien, von denen potenziell gesundheitliche Risiken ausgehen. Im Recycling liegen nanomaterialhaltige und -freie Produkte gemischt vor. Darunter befinden sich Produktarten mit einzelnen, bekannten Nanomaterialien ebenso wie solche mit einer Vielzahl verschiedener Nanomaterialien unbekannter Art. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Nanomaterialien in Recyclingverfahren wieder in Form von nanoskaligen Partikeln freigesetzt werden und in Abhängigkeit von ihrer Toxizität und den Rahmenbedingungen des Wiederaufbereitungsprozesses ein potenzielles gesundheitliches Risiko darstellen. Aus Präventionsgründen wird empfohlen, Arbeitsschutzmaßnahmen, die bereits für Herstellungs- und Verarbeitungsprozesse vorliegen, auch in Recyclingverfahren anzuwenden, in denen nano-

materialhaltige Produkte wiederaufbereitet werden. Es besteht Forschungsbedarf zu den Bedingungen für eine Wiederfreisetzung von Nanomaterialien im Recycling und ihrer technischen Minimierung ebenso wie zur Verbreitung von Nanomaterialien einschließlich ihrer Risikopotenziale durch Recyclingprodukte.

Ergebnisse:

Struwe, Jutta; Schindler, Eva; Pfirrmann, Oliver: Bedeutung von Nanomaterialien beim Recycling von Abfällen. Abschlussbericht.- Berlin, März 2012.- 63 S. (Publikation geplant)

<i>Projekttitel:</i>	Simulation volkswirtschaftlicher Effekte standardisierter wirtschaftspolitischer Maßnahmen mit Hilfe der makro-ökonometrischen Modelle KOMO 61 (alte VG) und EMGE (neue VGR)
<i>Projektnummer:</i>	S-2011-504-1 F
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Georg Quaas Leplaystr. 1 04103 Leipzig quaas@uni-leipzig.de
<i>Laufzeit:</i>	6 Monate

Im Projekt werden verschiedene, impulsartig angelegte exogene Schocks simuliert zur Bestimmung und Analyse der Wirkungen auf einen repräsentativen Querschnitt volkswirtschaftlicher Aggregate und Indizes. Dies erfolgt über einen Zeitraum von drei Jahren mit Hilfe zweier ökonometrischer Modelle für die deutsche Volkswirtschaft mit unterschiedlichem zeitlichen Geltungsbereich.

1. Kontext

Die Darstellung der volkswirtschaftlichen Wirkungen von typischen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und exogenen Schocks ermöglicht den Vergleich mit anderen Modellen, die gleiche oder ähnliche Instrumentvariablen benutzen. Darin besteht der hauptsächlich wissenschaftliche Nutzen der Studie. Der praktische Nutzen besteht darin, dass gesellschaftspolitische Kräfte mit Hilfe empirisch quantifizierter Multiplikatoren in die Lage versetzt werden, die Wirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen und exogener Schocks selber abschätzen zu können, ohne auf die Ergebnisse entsprechender Studien warten zu müssen. Die Quantifizierung volkswirtschaftlicher Multiplikatoren ist insofern von aktueller Brisanz, als dass, ausgelöst durch die Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2007-2009 und die dadurch forcierte aktive Stabilisierungspolitik, in der Wissenschaft erneut die Diskussion über die Wirkungen der staatlichen Einflussnahme auf den Konjunkturzyklus und den Krisenverlauf aufgekommen ist.

2. Fragestellung

Abgesehen von mehr modell-technischen Problemen der Auswahl, Dimensionierung, Platzierung und Darstellung der zu simulierenden Impulse und ihrer Effekte, erfolgt die Analyse unter den folgenden Fragestellungen:

- Sind die einnahmeseitigen Multiplikatoren kleiner als die ausgabenseitigen? Eine entsprechende These wurde in einer Studie des IMK (2010) aufgestellt und belegt – einschließlich der entsprechenden wirtschaftspolitischen Konsequenzen. Diese These wird hier anhand eines breiteren Spektrums von Impulsen und mit Hilfe aktueller Modelle für die deutsche Volkswirtschaft überprüft.
- Welche Anzeichen gibt es für einen strukturellen Wandel der deutschen Volkswirtschaft, insbesondere dafür, dass in den letzten Jahren eine gewisse Entkopplung des Arbeitsmarktes vom Wachstum der exportabhängigen deutschen Wirtschaft stattgefunden hat?
- Müssen die wirtschaftspolitischen Konsequenzen der ersten These unter den Bedingungen jenes strukturellen Wandels modifiziert werden?

3. Untersuchungsmethoden

Wesentliche Erkenntnismittel dieser Studie sind zwei prognose- und simulationsfähige makro-ökonomische Modelle: Das schon etwas ältere Konjunkturmodell des RWI (KOMO 61) und ein ähnlich konstruiertes, auf Basis der neuen VGR operierendes Modell namens EMGE, dessen Prognosen seit 2008 öffentlich überprüft werden können (www.forschungsseminar.de) und das – zunächst noch im Tandem mit dem bewährten KOMO – zunehmend für wirtschaftspolitische Analysen eingesetzt wird. Im Unterschied zu bisherigen Analysen komplexer wirtschaftspolitischer Maßnahmen benutzt die hier befolgte Simulationsmethode standardisierte, einmalige Impulse, die nicht nur einen Vergleich verschiedener Modelle und eine Fehlerdiagnose ermöglichen, sondern aufgrund der Additivität der Effekte und der Linearität der Modelle auch dem Praktiker mit Hilfe von Multiplikator-Tabellen eine Abschätzung komplexer wirtschaftspolitischer Maßnahmen ermöglichen, ohne jene Modelle benutzen zu müssen.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Das wichtigste Ergebnis sind die detaillierten Tabellen über die volkswirtschaftlichen Effekte der ausgewählten Impulse. Die These, dass die einnahmeseitigen Multiplikatoren kleiner als die ausgaben-seitigen sind, konnte mit überwiegender Evidenz bestätigt werden. Modifikationen jener These ergeben sich aus der genaueren Klassifizierung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen, für die die Multiplikatoren ermittelt wurden.
- Die These vom strukturellen Wandel der deutschen Volkswirtschaft konnte für eine Reihe von Impulsen verallgemeinert werden, deren Multiplikatoren eine geringere Empfindlichkeit des Arbeitsmarktes im Vergleich zum Gütermarkt nahelegen – allerdings nur für das Jahr der aktuellen Präsenz der Impulse.
- Die Postterminationseffekte in den Jahren nach dem Impuls sind bedeutend und führen dann wieder zu einer uneinheitlichen Gemengelage, die es für sich genommen schwer machen würde, einen Wandel zu behaupten.
- Zu den Ergebnissen gehört auch die Diagnose von Fehlspezifikationen der Modelle, wobei das EMGE insofern im Vorteil war, als Probleme sofort beseitigt werden konnten.

Ergebnisse:

Quaas, Georg; Klein, Matthias: Simulation volkswirtschaftlicher Effekte standardisierter wirtschaftspolitischer Maßnahmen mit Hilfe der makro-ökonomischen Modelle KOMO 61 (alte VGR) und EMGE (neue VGR). Abschlussbericht.- Leipzig, Mai 2012.- 208 S. (Publikation geplant)

<i>Projekttitel:</i>	Innovative Mobilitätsdienstleistungen
<i>Projektnummer:</i>	S-2012-557-1 F
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Stephan Rammler Holstweg 21 14163 Berlin stephan.rammler@web.de
<i>Laufzeit:</i>	4 Monate

Die Studie gibt einen strukturierten Überblick über die Dienstleistungsinnovationen im Mobilitätssektor und leitet Thesen hinsichtlich beschäftigungspolitischer Implikationen ab. Die Ergebnisse werden dabei im Rahmen einer verkehrs- und innovationspolitischen Matrix bewertet und mit Empfehlungen hinsichtlich spezifischer Transformationsstrategien der Mobilitätsbranche verknüpft.

1. Kontext

Die Forschung zu Nutzungsinnovationen der Mobilität im weitesten Sinne ist im Zusammenhang der verkehrspolitischen Diskussionen um das Leitbild der integrierten bzw. vernetzten Mobilität und der integrierten Verkehrspolitik schon seit mindestens zwei Jahrzehnten ein Forschungsthema. Getrieben durch die permanente und hohe Innovationsdynamik im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, nutzerseitige Verhaltensänderungen und die forschungs- und innovationspolitischen Impulse im Zusammenhang mit der Einführung der Elektromobilität ist zur Zeit allerdings eine bislang nicht bekannte Innovationsdynamik zu beobachten. Im Zuge dieser Entwicklungen ergeben sich neue Akteurskonstellationen, Markttrends, unternehmerische und regionale Transformationsdynamiken, deren gesellschafts-, mobilitäts- wie beschäftigungspolitischen Implikationen aufgrund der Dynamik des Geschehens bislang kaum untersucht werden konnten und deren nähere Betrachtung und Bewertung noch aussteht.

2. Fragestellung

- Welche neuen Mobilitätsdienstleistungen etablieren sich gegenwärtig am Markt?
- Wie sieht der Nährboden für diese neuen Dienstleistungen aus, was sind die wichtigsten Treiber?
- Betreten tatsächlich neue Akteure die Bühne oder übernehmen bekannte große Konzerne die Vorreiterrolle?
- Welche Auswirkungen kann die sich abzeichnende Markttransformation auf die Beschäftigungssituation in der Mobilitätsbranche haben?

3. Untersuchungsmethoden

Nach einer narrativ-szenarischen "Einstimmung" auf das Thema im Gesamtkontext einer zukunfts-offenen Betrachtung möglicher Herausforderungen der Mobilität wird der gesellschafts- und verkehrspolitische Begründungszusammenhang des Projektes aufgespannt. Auf Grundlage einer breit angelegten Desk-Research erfolgt danach eine strukturierte Betrachtung neuer Angebote, Akteure und Kundensegmente. Hieraus werden die Folgen für die Beschäftigungsstrukturen in der Branche abgeleitet und anschließend eine Bewertung der Ergebnisse im Rahmen einer verkehrs- und innovationspolitischen Zielmatrix sowie knappe Empfehlungen hinsichtlich sektoraler und regionaler Transformationsstrategien der Mobilitätsbranche gegeben.

4. Darstellung der Ergebnisse

Die Bewertung und Folgen neuer Angebote und Kundensegmente werden anhand von drei idealtypisch unterschiedlichen Rahmenszenarien skizziert:

- Im Szenario "Business-as-usual" verlagert sich Beschäftigung tendenziell von den produzierenden Bereichen der Mobilitätswirtschaft zu den dienstleistenden Bereichen. Durch eine weit reichende Elektrifizierung des Autos kommt es in der Automobilindustrie mit zu einem Rückgang von Beschäftigung.
- Das Szenario "Transformation" beschreibt einen ausgeprägten Spannungsaufbau zwischen dem Interesse an relativ kurzfristiger Beschäftigungssicherheit einerseits und mittel- bis langfristiger unternehmerischer wie verkehrspolitischer Risikovorsorge andererseits. Dabei kommt es zu großen und als ungerecht empfundenen Verschiebungen von Beschäftigung mit entsprechenden sozialpolitischen Herausforderungen insbesondere in den Automobilregionen.
- Im Szenario "Trendbruch" wird aufgrund von geopolitischen Verwerfungen von einer dauerhaften globalen Versorgungskrise mit Mineralölprodukten ausgegangen. Im Vorteil sind diejenigen, deren Produkte und Dienstleistungen unabhängig vom Öl sind. Das Ausweichen auf Formen des kollaborativen Konsums sind die Folge.

Ergebnisse:

Rammler, Stephan; Sauter-Servaes, Thomas: Innovative Mobilitätsdienstleistungen. Abschlussbericht.- Berlin, Mai 2012.- 75 S. (Publikation geplant)

<i>Projekttitel:</i>	Sicherung sozial-ökologischer Standards durch Beteiligung nichtstaatlicher Akteure im Völkerrecht
<i>Projektnummer:</i>	S-2010-400-6 F
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Felix Ekardt Könneritzstr. 41 04229 Leipzig felix.ekardt@uni-rostock.de
<i>Laufzeit:</i>	6 Monate

Die Durchsetzung sozial- und umweltpolitischer Belange wird häufig als nicht hinreichend kritisiert – auf Regelungs- und Vollzugsebene. Gleichzeitig wird die Rückbindung an das Volk allein über die repräsentative Demokratie oft als unzureichend erlebt. Viele sehen eine gestärkte Bürger- und Verbandspartizipation als Antwort auf diese problematische Diagnose. Das Projekt überprüft diese Idee.

1. Kontext

Dies analysiert das Projekt generell und gerade in transnationaler Perspektive. Partizipation kann in vielerlei Hinsicht relevant sein: als Partizipation in Verwaltungsverfahren, über Plebiszite, als (sonstige) Partizipation an der Gesetzgebung – letzteres wird häufig übersehen – oder auch als Beteiligung der Konsumenten und Unternehmen an der Realisierung sozialer und ökologischer Belange durch freiwilliges Tätigwerden wie z.B. Kaufentscheidungen. Daneben gibt es viele weitere Formen informeller Partizipation für Individuen und Verbände: etwa informelle Gespräche mit Behörden- und Parlamentsvertretern, wissenschaftliche Politikberatung, Aktionen, Kampagnen u. a .m. Es gibt sogar eine Partizipation an Gerichtsverfahren, etwa von Verbänden im Rahmen der WTO. All dies ist prinzipiell auf nationaler und auf internationaler Ebene denkbar. Verkannt wird häufig, dass gerade bei internationalen Entscheidungen wie z.B. völkerrechtlichen Vertragsverhandlungen Partizipation wichtig sein könnte.

2. Fragestellung

Das Projekt fragt nach Chancen und Grenzen von Partizipation in all ihren Erscheinungsformen (Gesetzgebung, Verwaltung, Gerichte, Konsumentenhandeln, diverse informelle Partizipationsformen). Die Studie zielt neben einer allgemeinen Klärung jener Fragestellung insbesondere auf eine Untersuchung der verschiedenen eben genannten Partizipationsformen auf internationaler Ebene, da dieser Bereich (auch) in den Debatten seit Stuttgart 21 weitgehend unterrepräsentiert ist. Dabei kommen die Chancen von Partizipation in den Blick, aber auch vielfältige Probleme (demokratische Legitimation, geringe Motivation zur Partizipation, Aporie von Offenheit und strategisch zwecks bestimmter Ziele gewünschter Partizipation, begrenzte Macht der Partizipierenden u. a. m.).

3. Untersuchungsmethoden

Methodisch ist die Studie für die Frage der normativen Ideen und für die Interpretation der vorhandenen Rechtsinstrumente eine Rechtsinterpretation. Soweit es (wie im größeren Teil der Studie) um die faktischen Wirkungen von Partizipation geht, ist die Studie eine qualitativ-empirische Studie, die im Wesentlichen auf einer Literaturschau unterschiedlichster Disziplinen – also häufig auf sekundär-empirisch gewonnenen Erkenntnissen -, auf einzelnen Interviews mit im NGO-Bereich tätigen Personen, theoretischen Ableitungen und auf vielfältigen eigenen Erfahrungen (acht Jahre als Umweltrechtsanwalt, zwei Jahre als Rechtsreferendar sowie zehn Jahre als wissenschaftlicher Politikberater) beruht.

4. Darstellung der Ergebnisse

Die in der vorliegenden Studie besonders betrachteten Partizipationsmöglichkeiten im internationalen Bereich bestehen grundsätzlich für alle genannten Erscheinungsformen der Partizipation. Die Möglichkeiten variieren allerdings im Völkerrecht stark abhängig vom jeweiligen Sachbereich. Insgesamt sind die Partizipationsmöglichkeiten (ohnehin beschränkt auf Verbände) im internationalen Bereich dennoch zu wenig ausgebaut, zu wenig formalisiert und oft zu wenig geeignet, wirklich Transparenz zu schaffen. Relativ streng sind dagegen die völker- und europarechtlichen Vorgaben für eine Partizipation (insbesondere im Verwaltungsverfahren) im innerstaatlichen Bereich. Dort wird u.a. bei Entscheidungen über umweltrelevante Großprojekte eine frühzeitige Partizipation, solange alle Entscheidungsoptionen noch offen sind, gefordert. Das deutsche Recht wird diesen Vorgaben nicht gerecht. Ferner analysierte das Projekt eine Reihe oft übersehener Probleme und Aporien von Partizipation – generell und gerade im internationalen Rahmen -, die dazu führen, Partizipation als wichtiges, aber weithin überschätztes Instrument (gerade in der Stuttgart-21-Debatte) zu sehen.

Ergebnisse:

Ekardt, Felix: Sicherung sozialökologischer Standards durch Partizipation: Das Beispiel nichtstaatlicher Akteure im internationalen Recht. Abschlussbericht / unter Mitarb. von Christian Heitmann, Davor Susnjarić. - Rostock, Juli 2012. - 88 S. (im Erscheinen)

<i>Projekttitel:</i>	International Framework Agreements: Ein Instrument der Mehr-Ebenen-Governance auf dem Prüfstand
<i>Projektnummer:</i>	S-2008-141-2 F
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Michael Fichter Freie Universität Berlin FB Politische Wissenschaften Ihnestr. 26 14195 Berlin mfichter@zedat.fu-berlin.de Prof. Dr. Jörg Sydow Freie Universität Berlin FB Wirtschaftswissenschaft Institut für Management Lehrstuhl für Unternehmenskooperation Boltzmannstr. 20 14195 Berlin joerg.sydow@fu-berlin.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Dr. Markus Helfen Freie Universität Berlin FB Wirtschaftswissenschaft Institut für Management Lehrstuhl für Unternehmenskooperation Boltzmannstr. 20 14195 Berlin markus.helfen@fu-berlin.de
<i>Laufzeit:</i>	42 Monate

Unter den Bedingungen globalen Wettbewerbs geraten Gewerkschaften, die ihre Mitglieder lokal organisieren müssen, in einen Teufelskreis, der aus Gewerkschaftssicht nur durch transnationale Solidarität durchbrochen werden kann. Können globale Gewerkschaften mit Framework Agreements den transnationalen sozialen Dialog fördern und Raum für Solidarität und die Bildung lokaler Gewerkschaften schaffen?

1. Kontext

Unter den Bedingungen einer globalen Wettbewerbsordnung sowie einer arbeitspolitischen Fragmentierung und Heterogenisierung von Arbeitnehmerinteressen zwischen verschiedenen Ländern stellt sich den Gewerkschaften die Frage, wie eine Interessenaggregation organisiert sein muss, die die Bedingungen für eine transnationale Solidarität über verschiedene Ebenen hinweg schaffen kann. Auf transnationaler Ebene wollten Gewerkschaften traditionell überwiegend mit Hilfe der Politik Arbeitsstandards durchsetzen. Framework Agreements (IFAs) stellen in diesem Zusammenhang hingegen ein vergleichsweise neues Instrument dar, welches mit einer strategischen Ausrichtung auf transnationale Unternehmen einhergeht. Dies kann auch ein Schritt zur Eröffnung einer weiteren, globalen Arena von konfliktpartnerschaftlichen Arbeitsbeziehungen sein. IFA sind damit neben gewerkschaftlichen Netzwerken oder Weltbetriebsräten als ein weiteres Instrument konzernbezogener globaler Gewerkschaftspolitik zu verstehen.

2. Fragestellung

Insgesamt stellt sich die Frage, ob IFAs als ein wirkungsvolles Instrument für die Global Governance, insbesondere für die Organisation der sozialen Verantwortung in grenzüberschreitenden Wertschöpfungsketten, betrachtet werden können. In diesem Kontext, der nicht nur die Praxis-Dimension umfasst, sondern auch eine hohe Relevanz für aktuelle Diskurse in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen hat, fragen wir zum einen nach der Motivation von Management und Arbeitnehmervertretung, IFAs abzuschließen und in ihre Praxis zu integrieren. Wichtiger noch, welche Bedingungen in und außerhalb der transnationalen Unternehmen und der von ihnen organisierten Wertschöpfungsprozesse fördern oder behindern die Implementierung von IFAs? Wie geht das Management mit der Anwendung des IFAs in den Niederlassungen um, sind die Zulieferfirmen eingebunden, welche Rolle und welche Möglichkeiten haben Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen, die Implementierung zu beeinflussen?

3. Untersuchungsmethoden

Zum Abschluss der empirischen Arbeiten konnten 14 Fallstudien in IFA-Unternehmen durchgeführt sowie Informationsgespräche mit Führungskräften von 4 Kontrollunternehmen geführt werden. Insgesamt sind ca. 150 Interviews mit beteiligten Personen und Experten in Europa und in den vier Untersuchungsländern durchgeführt worden. Mit diesem qualitativen Forschungsdesign haben wir dem "IFA-Prozess" Rechnung getragen, vor allem weil wir mit der Erforschung der Implementation Neuland betreten haben. So konnten wir die Multi-Kontextualität (mehrere Ebenen und mehrfache horizontale institutionelle Distanzen) des Themas einfangen und auch die Prozesshaftigkeit, insbesondere in den Interaktionen zwischen den Akteuren, abbilden. Dennoch gestattet unser qualitatives Fallstudien-Design Vergleiche zwischen einzelnen Grundmerkmalen wie Sektor (definiert über die Organisationsbereiche der GUFs), Herkunft des Unternehmens (europäische Unternehmen) und Standortländern (Brasilien, Indien, Türkei, USA).

4. Darstellung der Ergebnisse

- In allen vier Ländern unserer Fallstudienuntersuchung waren IFAs in den Konzern-Niederlassungen und bei den Gewerkschaften vor Ort weithin unbekannt. Wenn sie bekannt waren, fehlte den Akteuren nicht selten ein Verständnis dafür, wie sie in ihrem Kontext Anwendung finden könnten.
- Dennoch haben wir etliche Fälle einer erfolgreichen – zuweilen auch innovativen – Nutzung eines IFA gefunden. Aus diesen Ergebnissen leiten wir vier Thesen ab:
 1. Organisationsspezifisches Handeln wiegt schwerer als der lokale und globale institutionelle Kontext.
 2. Ein effektives proaktives Handeln der beteiligten Organisationen ist möglich, wenn Implementierungsverfahren, einschließlich der Ressourcenfrage, in Verhandlungen stärker berücksichtigt werden; derzeit überwiegt eher ein reaktives Handeln.
 3. Eine partizipative Implementierung stellt im Sinne einer bi- bzw. multi-lateraler Aushandlung in Mehr-Ebenen Systemen und aus einer Perspektive einer Multi-Organisations-Praxis einen Erfolg versprechenden Ansatz dar.
 4. IFAs sind ein wesentlicher gleichwohl nicht hinreichender Schritt zur Schaffung einer Arena der globalen Arbeitsbeziehungen.

Ergebnisse:

Fichter, Michael; Helfen, Markus; Sydow, Jörg: Regulating Labor Relations in Global Production Networks: Insights on International Framework Agreements.- In: Internationale Politik und Gesellschaft; Heft 2-2011.- S. 69-86.

Fichter, Michael; Helfen, Markus: Going Local with Global Policies: Implementing International Framework Agreements in Brazil and the United States.- In: Shaping Global Industrial Relations: The impact of International Framework Agreements / Konstantinos Papadakis (Hrsg.).- Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2011.- S. 85-115.

Fichter, Michael; Helfen, Markus; Sydow, Jörg: Employment relations in global production networks: Initiating transfer of practices via union involvement.- In: Human Relations; 64 Jg., Heft 4, S. 599-624.

Fichter, Michael; Helfen, Markus; Schiederig, Katharina: Kann transnationale Solidarität auf Konzern-ebene organisiert werden? Der Ansatz der internationalen Rahmenabkommen In: Solidarität über Grenzen: Gewerkschaften vor neuer Standortkonkurrenz / Frank Gerlach u.a. (Hrsg.).- Berlin: edition sigma, 2011.- S. 75-93.

Stavis, Dimitris; Fichter, Michael: Global Framework Agreements: Looking Inwards, Outwards and Onwards.- In: Journal of the International Centre for Trade Union Rights; 18 Jg., Heft 2 2011.- S. 16-17
Fichter, Michael; Helfen, Markus; Sydow, Jörg: Ensuring Core Labor Standards through International Framework Agreements?.- In: Perspectives on Work; 15 Jg., Heft 1, S. 23-25.

Fichter, Michael: Exporting Labor Relations across the Atlantic? Insights on Labor Relations Policies of German Corporations in the U.S.- In: WorkingUSA: The Journal of Labor and Society; 14 Jg., Heft 2.- S. 129-143.

Fichter, Michael; Helfen, Markus; Schiederig, Katharina: Si può organizzare la solidarietà internazionale a livello aziendale? La prospettiva degli International Framework Agreements (Ifa).- In: Sociologia del lavoro; 123 Jg., Heft 3.- S. 97-114.

Fichter, Michael; Sydow, Jörg: Organization and Regulation of Employment Relations in Transnational Supply and Production Networks: Ensuring Core Labor Standards through International Framework Agreements? Abschlussbericht mit Anlagen.- Berlin, März 2012.- 15 S.

<i>Projekttitel:</i>	Sozialpartnerschaft in und nach der Krise: Aktuelle Entwicklungen und Perspektiven
<i>Projektnummer:</i>	S-2011-471-2 F
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Thomas Haipeter Institut Arbeit und Qualifikation Universität Duisburg-Essen Abteilung Arbeitszeit und Arbeitsorganisation 45117 Essen thomas.haipeter@uni-due.de
<i>Laufzeit:</i>	1 Monat

Ziel des Projekts "Sozialpartnerschaft in und nach der Krise" war die Erstellung einer Studie zu den aktuellen Entwicklungstendenzen der Sozialpartnerschaft in Deutschland. Besonderes Augenmerk lag dabei sowohl auf den Beiträgen der Sozialpartnerschaft zur Bewältigung der Finanzmarktkrise und ihrer Beschäftigungsfolgen als auch auf ihren grundlegenden und langfristigen Herausforderungen.

1. Kontext

Die Sozialpartnerschaft mit ihren zentralen Arenen der Tarifautonomie und Betriebsverfassung gilt als Kerninstitution der deutschen Variante einer "koordinierten Marktökonomie". Seit den 1990er Jahren mehren sich Befunde, die eine Erosion oder eine Erschöpfung der Sozialpartnerschaft konstatieren, festgemacht am Rückgang der Tarifbindung, der Entstehung tarif- und mitbestimmungsfreier Zonen oder der Ausweitung prekärer Beschäftigungsformen. Dem entgegen steht die wichtige Rolle von Gewerkschaften und Betriebsräten bei der Bewältigung der Auswirkungen der Finanzmarktkrise sowohl mit Blick auf fiskal- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung als auch hinsichtlich innovativer tarifpolitische Lösungen zur Reduzierung von Arbeitszeiten sowie schließlich der betrieblichen Organisation von Kurzarbeit, dem Abbau von Zeitguthaben auf Arbeitszeitkonten oder der Vereinbarung kollektiver Arbeitszeitverkürzungen im Rahmen betrieblicher Beschäftigungsbündnisse.

2. Fragestellung

Im Forschungsprojekt wurden die Entwicklungen der Sozialpartnerschaft in und nach der Krise eingehend beleuchtet. Besonderes Augenmerk lag auf den Veränderungen von Deutungsmustern, Machtressourcen und Normen, die von den Akteuren der Sozialpartnerschaft als Regeln und Ressourcen in ihren Austauschbeziehungen genutzt werden. Dabei wurde davon ausgegangen, dass sich sozialpartnerschaftliche Beziehungsmuster durch eine Schnittmenge gemeinsamer Deutungen und Interessen, durch eine relativ ausgeglichene Verteilung der Machtressourcen und durch stabile Arbeits- und Interaktionsnormen auszeichnen. Konkret standen in der Analyse drei Fragen im Vordergrund:

- wie sich die Rückkehr der Sozialpartnerschaft in der Krise vollzogen hat;
- wie die Rückkehr der Sozialpartnerschaft in der Finanzmarktkrise vor dem Hintergrund ihres langfristigen Bedeutungsverlustes zu bewerten ist;
- welche Erneuerungsperspektiven für die Sozialpartnerschaft bestehen.

3. Untersuchungsmethoden

Die Studie beruhte methodisch auf drei Säulen: der Literaturstudie, der Internetrecherche und der Auswertung der eigenen Forschungserfahrungen für das Projektvorhaben. Das Arbeitsprogramm teilte sich in zwei Schwerpunkte auf. Der erste Schwerpunkt bestand in der Vervollständigung des Literaturüberblicks und der Internetrecherche zu aktuellen Entwicklungen. Zweiter Arbeitsschritt war die Abfassung des Papiers.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Die Sozialpartnerschaft hat entscheidend zum deutschen "Beschäftigungswunder" in der Krise beigetragen. Gewerkschaften und Betriebsräte haben konjunkturfördernde Maßnahmen durchgesetzt, die interne Flexibilität der Unternehmen stark erhöht und Entlassungen begrenzt. Die Unternehmen haben in der Krise ihre Kernbelegschaften gehalten und dafür erhebliche Einbrüche bei der Arbeitsproduktivität hingenommen.
- Allerdings vollzog sich diese "Rückkehr der Sozialpartnerschaft" vor dem Hintergrund einer langfristigen Erosion ihrer Fundamente. Der Staat schwächt durch Förderung eines Niedriglohnssektors sowie durch Privatisierung und Liberalisierung sozialpartnerschaftliche Arbeitsnormen, der Geltungsbereich der Tarifautonomie nimmt kontinuierlich ab und die Unternehmen stellen im Zeichen straffer Renditesteuerung Tarifnormen, sozialpartnerschaftliche Deutungsmuster und eingespielte Machtverteilungen in Frage.
- Voraussetzung einer langfristigen Stabilisierung der Sozialpartnerschaft ist daher die Revitalisierung der Interessenvertretungen. Dafür finden sich erste Ansatzpunkte wie eine Orientierung auf Mitgliederengewinnung und beteiligungsorientierte betriebs- und tarifpolitische Konzepte.

Ergebnisse:

Haipeter, Thomas: Sozialpartnerschaft in und nach der Krise: Entwicklungen und Perspektiven. Abschlussbericht.- Duisburg, Februar 2012.- 34 S.

<i>Projekttitel:</i>	Kapitalbeteiligung und Gewinnbeteiligung von Arbeitnehmern – Unterschiede, Gemeinsamkeiten und Implikationen für die industriellen Beziehungen in Deutschland
<i>Projektnummer:</i>	S-2007-76-2 F
<i>Projektleitung:</i>	PD Dr. Uwe Jirjahn Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Institut für Arbeitsökonomik Königsworther Platz 1 30167 Hannover jirjahn@mbox.iqw.uni-hannover.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Vanessa Lange Universität Trier Fachbereich IV - Volkswirtschaftslehre Universitätsring 15 54296 Trier lange@uni-trier.de
<i>Laufzeit:</i>	43 Monate

In Deutschland ist die materielle Mitarbeiterbeteiligung in den Fokus der unternehmens- und wirtschaftspolitischen Diskussion gerückt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach den Determinanten der Nutzung und den Wirkungen der verschiedenen Formen materieller Mitarbeiterbeteiligung. Insbesondere stellt sich die Frage, welche Implikationen sich für die betriebliche Mitbestimmung ergeben.

1. Kontext

Während die materielle Beteiligung von Mitarbeitern als Gewinn- oder Kapitalbeteiligung in Ländern wie den USA weit verbreitet ist, spielt sie in der Bundesrepublik eine deutlich geringere Rolle. In letzter Zeit ist die materielle Mitarbeiterbeteiligung jedoch in den Fokus der Unternehmen und der Politik gerückt, sodass Fragen nach den Determinanten und Wirkungen an Bedeutung gewonnen haben. Bereits vorliegende ökonometrische Untersuchungen für Deutschland waren überwiegend auf eine Gewinnbeteiligung von Mitarbeitern konzentriert. Zudem wurde bislang nicht berücksichtigt, dass die Rolle, die die betriebliche Mitbestimmung für die Nutzung und die Effekte materieller Mitarbeiterbeteiligung spielt, von den jeweiligen betrieblichen Rahmenbedingungen abhängen kann.

2. Fragestellung

Die Zielsetzung des Projekts bestand darin, die Gewinn- und die Kapitalbeteiligung von Mitarbeitern sowohl im Hinblick auf ihre Determinanten als auch im Hinblick auf ihre Effekte systematisch miteinander zu vergleichen. In Bezug auf die Wirkungen der materiellen Arbeitnehmerbeteiligung wurden insbesondere die Effekte auf die Personalfuktuation untersucht. Ein besonderer Schwerpunkt lag zudem auf der Bedeutung, die die betriebliche Mitbestimmung in Deutschland für die Determinanten und Effekte der Gewinn- und der Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer hat. Hierbei stand im Vordergrund, ob und in welcher Weise das Vorhandensein eines Betriebsrats Einfluss auf die Wirkungen einer materiellen Mitarbeiterbeteiligung nimmt und wie dieser sich unter Berücksichtigung der Eigentümerstruktur ändert. Im Hinblick auf die Eigentümerstruktur sollte untersucht werden, ob die in- oder ausländische Eigentümerschaft Auswirkungen auf die industriellen Beziehungen in Deutschland hat.

3. Untersuchungsmethoden

Datengrundlage des empirischen Forschungsprojekts war das IAB-Betriebspanel. Hierbei handelt es sich um eine jährliche Befragung von mehreren tausend Betrieben. Die Daten wurden auf der Basis ökonomischer Methoden ausgewertet.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass materielle Anreize häufiger in Betrieben mit Betriebsrat und in Betrieben mit ausländischen Eigentümern eingesetzt werden.
- Getrennte Schätzungen nach der Eigentümerstruktur zeigen, dass betriebliche Mitbestimmung in Betrieben mit inländischen Eigentümern zu einer verstärkten Nutzung von Gewinn- und Kapitalbeteiligungssystemen beiträgt. In Betrieben mit ausländischen Eigentümern besteht ein solcher Zusammenhang nicht.
- In Hinblick auf die Wirkungen materieller Mitarbeiterbeteiligung wurden insbesondere die Effekte auf die Personalfuktuation untersucht. Hier zeigte sich, dass eine Mitarbeiterkapitalbeteiligung insbesondere dann zu einer längerfristigen Personalbindung beitragen kann, wenn ein Betriebsrat vorhanden ist.

Ergebnisse:

Jirjahn, Uwe; Lange, Vanessa: Kapitalbeteiligung und Gewinnbeteiligung von Arbeitnehmern – Unterschiede, Gemeinsamkeiten und Implikationen für die industriellen Beziehungen in Deutschland. Abschlussbericht.- Trier, Dezember 2011.- 10 S.

Heywood, John S.; Jirjahn; Uwe: Variable Pay, Industrial Relations and Foreign Ownership: Evidence from Germany.- Trier, 2011.- 41 S.

Lange, Vanessa: Financial Participation and Churning: Does Worker Representation Play a Moderating Role?.- Trier, 2011.- 30 S.

Jirjahn, Uwe; Mueller, Steffen: Nonunion Worker Representation, Foreign Owners and the Performance of Establishments.- Trier, 2011.- 31 S.

<i>Projekttitel:</i>	Verteilungswirkungen öffentlicher Dienstleistungen – Bestandaufnahme und Systematisierung von Forschungsstand und Forschungsfragen
<i>Projektnummer:</i>	S-2011-434-2 F
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. rer.pol. Ernst Kistler INIFES Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie Haldenweg 23 86391 Stadtbergen ernst.kistler@gmx.net
<i>Laufzeit:</i>	9 Monate

Öffentliche Dienstleistungen sind wichtig für die Lebenslage der Menschen – besonders für schwächere soziale Gruppen haben sie Verteilungsrelevanz. Im Kleinprojekt wurde der Forschungsstand zu den Verteilungseffekten gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen untersucht. Auch wird dargestellt, welche Implikationen sich daraus für Dienstleistungsforschung und Dienstleistungspolitik ergeben.

1. Kontext

Sachleistungen von Staat und Sozialversicherung haben eine hohe Lebenslagenrelevanz für die Bürger. Im Gegensatz zu den theoretischen Vorstellungen vom "öffentlichen Gut" nutzen gerade schwächere soziale Gruppen manche dieser gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen einerseits aber nur unterproportional. Andererseits fallen viele dieser Leistungen staatlichen Sparmaßnahmen zum Opfer bzw. werden privatisiert und teurer (von oft abnehmender Qualität ganz abgesehen). Es ist zu fragen, wie die Sachleistungen so ausgestaltet werden müssen, dass sie von schwächeren Gruppen auch angenommen werden. Eine solche innovative Dienstleistungspolitik zum öffentlichen Sektor hätte auch positive Folgen für die öffentlich Bediensteten.

2. Fragestellung

Die oben geschilderte Problematik wurde in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts intensiv u.a. in den Finanzwissenschaften und in der Soziale-Indikatoren-Bewegung diskutiert (national und international). Die zentrale Frage lautet: Wem kommen (reale) staatliche Leistungen zu Gute? Aus dieser Frage leitet sich die Suche nach den (Filter-)Mechanismus ab, die schwächeren Gruppen davon abhalten, die für sie wichtigen Angebote auch zu nutzen. Wie müssen öffentliche Leistungen ausgestaltet werden, damit sie auch von den Zielgruppen genutzt werden? (Beispiele: Präventionsangebote, Bildungseinrichtungen, "Bildungspaket"). Was würden solche Änderungen für die Leistungserbringer bedeuten?

3. Untersuchungsmethoden

Im Rahmen des Projekts wurden Literaturrecherchen durchgeführt und Gespräche mit einschlägig arbeitenden Experten geführt.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Die Recherchen zeigten, dass seit den 80er Jahren zumindest im deutschen und englischen Sprachraum kaum noch explizite Studien zu den Verteilungseffekten öffentlicher Dienstleistungen durchgeführt wurden.
- In Ansätzen spielt die Fragestellung in der Bildungs- und Gesundheitssoziologie eine Rolle, bleibt aber vor der Verteilungsfrage stehen.
- Auch in diversen Sozialberichten bleibt die Thematik weitgehend ausgeblendet. Allerdings mehren sich in jüngster Zeit kritische Stimmen über die Defizite und Forderungen nach einer künftigen Beobachtung.
- Die Systematisierung offener Forschungsthemen zeigt, dass einschlägige Fragen befruchtend für die aktuelle Debatte um eine bereichsübergreifende Dienstleistungsforschung und -politik sein könnten.

Ergebnisse:

Kistler, Ernst; Schneider, Daniela: Verteilungswirkungen öffentlicher Dienstleistungen – Bestandsaufnahme und Systematisierung von Forschungsfragen. Abschlussbericht.- Stadtbergen, März 2012.- 54 S. (Publikation geplant)

<i>Projekttitel:</i>	Auswirkungen der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes zur "Limburger Erklärung" auf die Mitbestimmung von ArbeitnehmerInnen in der Selbstverwaltung des Handwerks
<i>Projektnummer:</i>	S-2011-439-2 F
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Winfried Kluth Eilenburger Str. 12 06116 Halle winfried.kluth@jura.uni-halle.de
<i>Laufzeit:</i>	10 Monate

Das BVerwG hat in einem Urteil vom 23.06.2010 die Anforderungen an die Abgabe von Stellungnahmen durch die Industrie- und Handelskammern präzisiert. Danach müssen Grundsatzfragen zuvor durch die Vollversammlungen beraten und beschlossen werden. Das Forschungsprojekt untersucht, welche Auswirkungen dieses Urteil für Handwerkskammern und die Mitwirkung der Arbeitnehmer in ihren Organen hat.

1. Kontext

Handwerkskammern sind keine reine Unternehmerkammern, sondern beziehen auch die Arbeitnehmer, insbesondere die Gesellen, in die Mitgliedschaft und die Organe ein. Bei der Abgabe von Stellungnahmen durch die Handwerkskammern sind diese in der Vollversammlung und zudem im Berufsbildungsausschuss, dem eine Sonderstellung in der Handwerkskammer zukommt, vertreten. Die Arbeitnehmer stellen in der Regel ein Drittel der Mitglieder der Vollversammlungen und Ausschüsse dar. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Bedeutung ihrer spezifischen Sichtweise bei der Erarbeitung von Stellungnahmen zukommt und ob ihnen ein Anspruch auf Formulierung einer Minderheitenposition zusteht, über die auch bei der Abgabe von Stellungnahmen informiert werden muss.

2. Fragestellung

Die damit aufgeworfene Fragestellung verlangt eine vergleichende Strukturanalyse der Handwerksorganisation in den Handwerkskammern, Handwerksinnungen und ihren jeweiligen Verbänden. Dabei ist zu klären, ob und ggf. in welchen Fällen die Arbeitnehmer als eigene Gruppe mit eigenen Interessen zu qualifizieren sind mit der Folge, dass ihnen ein Anspruch auf Formulierung eines Minderheitsvotums zustehen kann.

3. Untersuchungsmethoden

Die Untersuchung beantwortet die Fragestellung durch eine differenzierte Analyse der mitgliedschaftlichen Rechte der Arbeitnehmervertreter in den einzelnen Handwerksorganisationen. Dabei wird gefragt, welche Rolle den Arbeitnehmervertretern bei der Beschlussfassung durch die Kammergremien zugewiesen wird. Auf Grundlage der dabei gewonnenen Erkenntnisse werden die vom BVerwG entwickelten Grundsätze zur Anwendung gebracht.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Die Untersuchung zeigt, dass den Arbeitnehmern (Gesellen) in den Handwerkskammern nicht generell eine Sonderstellung zugewiesen wird. Sie werden vielmehr als Vertreter der verschiedenen Handwerkszweige zunächst diesen zugewiesen und nehmen an der Meinungsbildung innerhalb ihrer jeweiligen Gruppe gleichberechtigt teil. Sie bilden insoweit keine über die einzelnen Handwerkszweige hinausreichende einheitliche Gruppe.

Mitbestimmung im Wandel

- Anders verhält es sich dann, wenn sich Stellungnahmen spezifisch auf Arbeitnehmerinteressen beziehen. In diesen Fällen steht ihnen das Recht zur Formulierung eines Minderheitsvotums zu, auf das bei der Abgabe einer Stellungnahme hingewiesen werden muss.
 - Auch die Stellungnahmen des Berufsbildungsausschusses verlangen eine gesonderte Berücksichtigung. Diese Vorgaben sind auch bei Stellungnahmen der Verbände zu beachten.
-

Ergebnisse:

Kluth, Winfried: Auswirkungen der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes zur >Limburger Erklärung< auf die Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Selbstverwaltung des Handwerks. Abschlussbericht.- Halle, März 2012.- 42 S. (Publikation geplant)

<i>Projekttitle:</i>	Europäischer Betriebsrat und transnationale Solidarität
<i>Projektnummer:</i>	S-2008-189-2 B
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Hermann Kotthoff Geibelstr. 5 66121 Saarbrücken hermann.kotthoff@web.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Dr. Michael Whittall Technische Universität München School of Education, Fachgebiet für Soziologie Lothstr. 17 80335 München michael.whittall@wi.tum.de
<i>Laufzeit:</i>	27 Monate

Ziel des Projektes ist die Erforschung der sozialen Voraussetzungen für die Entstehung von Kooperation, Kohäsion und transnationalem Verständnis der Vertretungsrolle von Mitgliedern in Europäischen Betriebsräten (EBR).

1. Kontext

Die bisherige EBR-Forschung hat Aspekte der Vertretungseffektivität von EBRs vermessen. Hier geht es darum, deren soziale Grundlagen zu verstehen: wie entsteht ein gemeinsamer Interessenvertretungsraum oberhalb nationaler Grenzen? Wie gelangen interessenpolitische Probleme an Unternehmensstandorten in anderen europäischen Ländern aus dem 'Fachbereich Außenpolitik' in den einer gemeinsamen 'Innenpolitik' ? Solidarität wird primär verstanden als gegenseitige Unterstützung beim Aufbau von transnationaler Handlungsfähigkeit des Gremiums.

2. Fragestellung

Untersuchungsgegenstand auf der Akteursebene sind die gruppendynamischen Prozesse im Lenkungsausschuss und im EBR-Gremium, die Fremd- und Selbstbilder der Delegierten aus den verschiedenen Ländern, die Bedeutung des Managementverhaltens gegenüber dem EBR für dessen Identitätsbildung, und der Einfluss der Gewerkschaftsverbände auf das EBR-Handeln.

3. Untersuchungsmethoden

Intensivfallstudien in fünf Unternehmen mit Stammsitz in vier Ländern und aus vier Branchen (Food-Industrie, Auto-Industrie, Chemie-/Pharmaindustrie, Logistik); Bestenauswahl auf der Grundlage von Expertenurteilen; Leitfadeninterviews mit fast allen Mitgliedern des Lenkungsausschusses, mit 'normalen' EBR-Mitgliedern, lokalen Betriebsräten, und hauptamtlichen Gewerkschaftern aus jeweils mehreren Ländern; teilnehmende Beobachtung von Lenkungsausschussmeetings und EBR-Sitzungen.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Solidaritätsquellen auf der Akteursebene sind: a) intensive Kommunikation und Vertrauen weckende soziale Nähe (Verbundenheits-Solidarität), b) überzeugende personale Führung, Gruppendisziplin und koordiniertes Rollenmuster (verbandskonstituierende Solidarität), c) Deutungsmuster von Interdependenz, d.h. die Vorstellung von einem realen eigenen Bedarf für eine transnationale Interessenvertretung (utilitaristische Solidarität, wohlverstandenes Eigeninteresse), d) positive Schlüsselerfahrungen in der Beziehungsgeschichte.

- Auf der Strukturebene wird solidarisches Verhalten beeinflusst durch den Grad der Zentralisierung der Management- und der Koordinierung der Produktionsstruktur und durch die Gewichtsverteilung der Länder in der Vertretungsstruktur (egalitäre, bi-polare, homeland-dominierte Vertretungsstruktur). Das Ineinandergreifen von Akteursbedingungen und strukturellen Faktoren bildet die jeweilige unternehmensspezifische "interessenpolitische Konstellation", die der Schlüssel zum sozial-historischen Verständnis der Möglichkeiten und Hindernisse von transnationaler Solidarität im EBR ist.

Ergebnisse:

Whittall, Michael; Kotthoff, Hermann: Les comités d'entreprise européens, des zones libres de syndicats?.- In: Revue de l'IRES; No. 68, Heft 1, 2011.- S. 207-236.

Kotthoff, Hermann; Whittall, Michael: Wege zur transnationalen Solidarität. Abschlussbericht.- Saarbrücken; München, April 2012.- 204 S.

<i>Projekttitel:</i>	Neue Vielfalt: Vom Wandel der Arbeitnehmerverbandslandschaft und neuen Akteurskonstellationen in der deutschen Tarifpolitik
<i>Projektnummer:</i>	S-2008-147-2 F
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Wolfgang Schroeder Universität Kassel Fachbereich 5 Gesellschaftswissenschaften Nora-Platiel-Str. 1 34109 Kassel wolfgang.schroeder@uni-kassel.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Samuel Greef Viktoria Kalass Universität Kassel Fachbereich 5 Gesellschaftswissenschaften Nora-Platiel-Str. 1 34109 Kassel greef@uni-kassel.de viktoriakalass@googlemail.com
<i>Laufzeit:</i>	24 Monate

Seit einigen Jahren erhalten Berufsgewerkschaften verstärkt öffentliche Aufmerksamkeit: Kleine Verbände, die Berufsgruppen wie Lokführer, Ärzte oder Piloten organisieren, kündigen ihre Kooperation mit den Einzelgewerkschaften des DGB auf und setzen mit ihren Streiks nicht nur die Arbeitgeber unter Druck.

1. Kontext

Unzureichende Kenntnisse über die Berufs- oder Spartengewerkschaften, aber vor allem das Aufsehen, das die Frage nach Tarifeinheit und Gewerkschaftskonkurrenz in der politisch interessierten Öffentlichkeit und vor allem unter Juristen erregt, spricht dafür, dieses Thema in einem eigenständigen Forschungsprojekt aufzugreifen. Diese Untersuchung befasst sich mit dem Phänomen des Wandels von Berufsverbänden zu eigenständigen Tariforganisationen und hinterfragt dessen Bedingungen und Ursachen. In diesem Sinne versteht sich die Studie als grundlagenorientierter Beitrag zu der Frage: Was sind die wesentlichen Elemente des Wandels des deutschen Gewerkschaftsmodells und welche Konsequenzen resultieren daraus für dessen Funktions- und Leistungsfähigkeit?

2. Fragestellung

Um die Ursachen und Folgen tarifpolitischer Überbietungskonkurrenz durch Berufsgewerkschaften verstehen und erklären zu können, ist ein detaillierter, empiriegeleiteter Blick auf die zugrunde liegenden Bedingungen und Akteure bereits erfolgter Transformationen unerlässlich. Folgende Fragen sind für diese Untersuchung erkenntnisleitend:

- Um welches Phänomen handelt es sich bei der Integrationskrise? Wie lässt sich dieses Phänomen in die Krisensymptome des deutschen Gewerkschaftsmodells einordnen?
- Was sind die Ursachen der doppelten Integrationskrise? Worauf basiert die neue Offensivität der Berufsverbände, die nunmehr als gewerkschaftliche Akteure auftreten?
- Welche Auswirkungen hat die Integrationskrise auf das deutsche Modell der industriellen Beziehungen? Handelt es sich um eine Teilinfragestellung, eine vorübergehende oder eine dauerhafte Infragestellung des deutschen Gewerkschaftsmodells? Was bedeutet dieses Phänomen für die Zukunft des deutschen Modells?

3. Untersuchungsmethoden

In die Untersuchung wurden vier Organisationen einbezogen: der Marburger Bund, Verband der angestellten und beamteten ÄrztInnen Deutschlands (MB), der Verein Deutscher Ingenieure (VDI), die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und der Verband angestellter Akademiker und leitender Angestellter der Chemischen Industrie (VAA). Der qualitativen Untersuchung der Einzelfälle liegt eine große Bandbreite an Empirie, Material und Zugängen zu den Verbänden zugrunde. Neben Sekundärliteratur sowie schriftlichen Verbandsquellen und -materialien basiert die Studie auf qualitativen Interviews, die die Autoren mit Vertretern sowohl der vier untersuchten Organisationen als auch weiterer Verbände und Gewerkschaften sowie mit Experten im unmittelbaren Umfeld der ausgewählten Fallbeispiele auf unterschiedlichen Organisationsebenen führten. Darüber hinaus wurden vielfältige Daten zur Entwicklung von Beruf und Branche herangezogen.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Der Überbietungswettbewerb durch Berufsgewerkschaften ist Ausdruck einer doppelten Integrationskrise: Integrationsdefizite der Branchengewerkschaften in Bezug auf einzelne Berufsgruppen (Hochqualifizierte). Integrationskrise des deutschen Modells gegenüber den Berufsverbänden, die vormals durch die DAG eingebunden waren.
- Die Transformation von Berufsverbänden zu Gewerkschaften ist ein voraussetzungsvolles Phänomen. Sie bedarf einer spezifischen Gelegenheitsstruktur (Umweltwandel der Branche, Beruf, Arbeitsbedingungen und des Verhaltens der etablierten Akteure). Um diese Gelegenheit nutzen zu können, muss ein Verband aber auch über Ressourcen verfügen und diese mobilisieren können.
- Der voraussetzungsvolle Charakter der Transformation lässt auf eine allenfalls begrenzte Ausbreitung des Phänomens schließen und nicht auf eine umfassende Erosion des gesamten Systems.
- Die doppelte Integrationskrise, macht dennoch Lösungsstrategien auf zwei Ebenen erforderlich: Entwicklung neuer Kooperationsmodelle im Fall berufsgewerkschaftlicher Konkurrenz. Neue Integrationsansätze zur Aufnahme differenzierter Interessenlagen um weiteren Abspaltungen entgegenzuwirken.

Ergebnisse:

Schroeder, Wolfgang; Kalass, Viktoria; Greef, Samuel: Berufsgewerkschaften in der Offensive: Vom Wandel des deutschen Gewerkschaftsmodells.- Wiesbaden: VS Verlag, 2011.- 306 S.

<i>Projekttitel:</i>	Ausgliederung und Leiharbeit bei diakonischen Sozialunternehmen
<i>Projektnummer:</i>	S-2011-487-3 F
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Heinz-Jürgen Dahme Fachhochschule Magdeburg Verwaltungswissenschaft Breitscheidstr. 2 39114 Magdeburg heinz-juergen.dahme@hs-magdeburg.de Prof. Dr. Norbert Wohlfahrt Institut Forschung und Entwicklung der sozialen Arbeit e.V.(FESA) Ev. FH Rheinland-Westfalen Lippe Immanuel-Kant-Straße 18-20 44803 Bochum wohlfahrt@efh-bochum.de
<i>Laufzeit:</i>	10 Monate

Während der in Kirche und Diakonie praktizierte Dritte Weg die Einheitlichkeit der Gestaltung von Arbeitsbedingungen verlangt, hat sich die Praxis diakonischer Einrichtungen hiervon weit entfernt. Das Projekt untersucht Verlaufsform und Folgen der sozialwirtschaftlichen Modernisierung und fragt nach den Konsequenzen für die Zukunft der Gestaltung kirchlichen Arbeitsrechts.

1. Kontext

In den letzten Jahren hat sich der Sozialsektor in Deutschland durch verschiedene politische Maßnahmen hin zu einer Sozialwirtschaft entwickelt, die man auch als betriebswirtschaftliche Revolution bezeichnen kann. Diese führt in kirchlichen Einrichtungen und bei kirchlichen Trägern zu einer Ausgründungspraxis sowie zur Nutzung von Leiharbeit, die im Widerspruch zu den normativen Postulaten einer Dienstgemeinschaft steht. Hinzu kommt der Tatbestand, dass der von den kirchlichen Verbänden praktizierte Dritte Weg den ArbeitnehmerInnen fundamentale Rechte wie das Streikrecht vorenthält, so dass die im Wettbewerb stehenden kirchlichen Einrichtungen sich betriebswirtschaftlich besonders günstige Ausgangsbedingungen schaffen können. Zudem existieren auf landeskirchlicher Ebene unterschiedliche Grade der satzungsmäßigen Steuerung diakonischer Unternehmen, die eine weitere Differenzierung der Arbeitsbedingungen erzeugen.

2. Fragestellung

Die Fragestellung bezieht sich auf den Umfang von Ausgründungen und Nutzung von Leiharbeit in diakonischen Einrichtungen in Deutschland. Zugleich wird nach den Strukturen der Ausgliederung und der Zuordnung ausgegründeter Betriebe zur Diakonie gefragt. In Fallstudien werden die Praxen der betriebswirtschaftlichen Modernisierung betrachtet und mit Blick auf ihre Folgen für die Logik des Dritten Wegs analysiert.

3. Untersuchungsmethoden

Wesentliche Untersuchungsmethoden sind eine schriftliche Befragung (halbstandardisiert) von Mitarbeitervertretungen, mündliche Interviews mit Mitarbeitervertretern in allen landeskirchlichen Diakonischen Werken, mündliche Interviews mit ausgewählten Geschäftsführungen Diakonischer Werke und drei Fallstudien von Diakonischen Betrieben bzw. der Diakonie in Ostdeutschland.

4. Darstellung der Ergebnisse

Zentrales Ergebnis der Studie ist die Erkenntnis, dass Ausgründungen in der Diakonie flächendeckend und in den vielfältigsten Formen betrieben wird.

- Die Ausgründungspraxis dient der Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen und der Senkung von Arbeitskosten.
- Die Zuordnung ausgegründeter Betriebe zum Diakonischen Werk ist unklar und uneinheitlich.
- Die Nutzung von Leiharbeit in diakonischen Einrichtungen ist übliche Praxis. Einige diakonische Sozialunternehmen unterhalten eigene Leiharbeitsunternehmen. Anders als Ausgliederungen ist "ersetzende" Leiharbeit aber kein flächendeckendes Phänomen. Zudem hat ihre Bedeutung abgenommen.
- Hervorzuheben sind weitere vom Dritten Weg abweichende Formen der Arbeitsgestaltung: die Nutzung von einseitig durch den Arbeitgeber festgelegte Arbeitsbedingungen bei einigen Fachverbänden, Einzelarbeitsverträge als Instrument unternehmerischer Lohnkostensenkung und die unterschiedlichen landeskirchlichen Arbeitsvertragsrichtlinien, die je nach Satzung auch in anderen landeskirchlichen Diakonien genutzt werden können.
- Normatives Postulat und Empirie des Dritten Wegs weichen strukturell voneinander ab.

Ergebnisse:

Leiharbeit und Ausgliederung in diakonischen Sozialunternehmen: Der "Dritte Weg" zwischen normativem Anspruch und sozialwirtschaftlicher Realität. Abschlussbericht / Heinz-Jürgen Dahme u.a.- Bochum; Dortmund; Magdeburg, Mai 2012.- 115 S.

<i>Projekttitel:</i>	Lebensqualität und nachhaltiger Lebensstil der jungen Generation
<i>Projektnummer:</i>	S-2012-521-3 F
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Wolfgang Gaiser Nordendstr. 45 80801 München gaiser@dji.de
<i>Laufzeit:</i>	3 Monate

In der Studie werden zunächst vorliegende Forschungsergebnisse zum Thema Jugend und Nachhaltigkeit gesammelt, gebündelt und resümierend dargestellt. Danach werden statistische Sekundäranalysen zu nachhaltigkeitsbezogenen Einstellungen und Verhaltensweisen junger Menschen durchgeführt und Anknüpfungspunkte zur Beförderung von Nachhaltigkeit skizziert.

1. Kontext

In der Nachhaltigkeitsdebatte stellt sich neben vielen grundsätzlichen Problemen, die global und lokal, politisch und institutionell gelöst werden müssen auch die Frage, wie sich die jugendliche Konsumwelt differenziert darstellt und welche Anknüpfungspunkte zur Beförderung nachhaltigen Konsums existieren. Analysen des Konsumalltag von Jugendlichen verweisen auf unterschiedliche Konsumtypen. Die Datensätze großer Studien wurden bisher keiner systematischen Analyse unter der Perspektive des nachhaltigen Lebensstil unterzogen. Gerade auf dieser Basis könnten aber repräsentative Ergebnisse über die Einstellungen zu Klimawandel und nachhaltigem Konsum sowie damit verbundene persönliche Konsequenzen der Heranwachsenden ermittelt werden. Auf dieser Grundlage ließen sich dann Möglichkeiten aufzeigen, wie nachhaltiger Konsum bei Jugendlichen befördert werden kann.

2. Fragestellung

Ist das Thema "Nachhaltigkeit" bei der Jugend angekommen? Welche Orientierungen und Einstellungen sind verbreitet, wie steht es um das tatsächliche Verhalten und welche Möglichkeiten gibt es, Nachhaltigkeitsbewußtsein und -handeln zu fördern? Zunächst soll gefragt werden, welche Erkenntnisse die bisherige Forschung zur jugendlichen Konsumwelt, nachhaltigem Lebensstil und Anknüpfungspunkten zur Beförderung nachhaltigen Verhaltens bringt. Zeichnen sich dabei Konsumtypen ab? Weiterhin ist von hohem Interesse, wie durch Sekundäranalysen der Datensätze großer Studien (Shell-Studie; AID:A; Allbus Teilstudie des ISSP) repräsentative Ergebnisse über die Einstellungen zu Klimawandel und nachhaltigem Konsum sowie damit verbundene persönliche Konsequenzen der Heranwachsenden auszumachen sind und inwieweit hieraus Folgerungen bezüglich der Förderung eines nachhaltigen Lebensstils bei Jugendlichen gezogen werden können.

3. Untersuchungsmethoden

Zunächst werden veröffentlichte Studien zum Thema nachhaltiger Lebensstil der Jugend vergleichend ausgewertet. Dabei wird Bezug genommen auf: Sozialisation in der Konsumgesellschaft, Konsum und Jugendkultur, Konsumbereiche sowie Alltagsbezug, Konsumtypen, Bildung und Lebenswelt. Danach werden repräsentative Datensätze von drei großen Studien unter der Perspektive "Orientierungen bezüglich Nachhaltigkeit und nachhaltiges Verhalten bei der jungen Generation" einer Sekundäranalyse unterzogen:

- Shell Jugendstudie 2010: Einstellungen zum Klimawandel und persönliche Konsequenzen
- Aufwachsen in Deutschland – AIDA: Nachhaltigkeit und Engagement
- Einstellungen zu Umweltproblemen und Partizipation an umweltschutzrelevanten Aktivitäten im ISSP 2010

4. Darstellung der Ergebnisse

- Nachhaltigkeitsdenken ist so weit verbreitet ist, dass man von einem Mehrheitsphänomen sprechen kann. Auf der Einstellungsebene finden sich kaum Differenzierungen nach soziodemographischen und motivationalen Merkmalen.
- Beim Nachhaltigkeitsverhalten sind dagegen Unterschiede erkennbar: Je höher das soziale Kapital (Herkunft/informelle Netze/Vereinsaktivität) und das kulturelle Kapital (Bildung), desto stärker wird nachhaltig gehandelt.
- Auch motivationale Einflußfaktoren sind wichtig: Politisches Interesse verstärkt das Wissen über komplexe und langfristige Zusammenhänge und Reflexionen über den eigenen Alltag und die Gegenwart hinaus. Es führt so auch zu nachhaltigkeitsbewusstem Handeln.
- Politische Bildungsanstrengungen und vereinsorientierte Mobilisierungsstrategien können nachhaltiges Handeln vorantreiben.
- Allerdings verweist soziale Benachteiligung als reduzierende Bedingung für Nachhaltigkeitshandeln darauf, dass weiter gefasste gesellschaftsbezogene Politikanstrengungen notwendig sind.

Ergebnisse:

Gaiser, Wolfgang; Krug, Wolfgang; de Rijke, Johann: Jugend, Nachhaltigkeit und nachhaltiger Konsum: Forschungsstand, empirische Ergebnisse und Empfehlungen. Abschlussbericht.- München, März 2012.- 47 S. (Publikation geplant)

<i>Projekttitel:</i>	Die Bedeutung der ILO-Konvention über Hausangestellte für das deutsche Arbeitsrecht
<i>Projektnummer:</i>	S-2012-524-3 F
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Eva Kocher Europa-Universität Viadrina Frankfurt/O. Juristische Fakultät Große Scharrnstr. 59 15230 Frankfurt/Oder kocher@euv-frankfurt-o.de
<i>Laufzeit:</i>	1 Monat

Am 16.6.2011 verabschiedete die ILO das Übereinkommen über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte (C-189). Deutschland muss sich nun entscheiden, ob dieses Übereinkommen ratifiziert werden soll. Das Gutachten prüft, ob das geltende deutsche Recht den Anforderungen der Konvention entspricht, oder ob für eine Ratifizierung Gesetzesänderungen erforderlich wären.

1. Kontext

Die meisten Unfälle passieren im Haushalt. Dennoch: Wer im Haushalt einer anderen Person abhängig beschäftigt wird, ist vom Schutz des Arbeitsschutzgesetzes ausgenommen. Obwohl das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) von 1900 im Arbeitsrecht noch zwei der zwanzig Paragraphen auf die Arbeit in Privathaushalten bezog, ist die Frage der arbeitsrechtlichen Regulierung dieser Tätigkeiten aus dem Blick von Politik und Wissenschaft geraten. Dabei bringt doch gerade die Erwerbsarbeit in Privathaushalten nicht nur wegen der mangelnden arbeitsschutzrechtlichen Absicherung, sondern auch wegen der Privatheit und Unsicherheit dieser Erwerbsarbeitsverhältnisse besondere Gefährdungslagen mit sich. Vor diesem Hintergrund gewinnt die jüngste Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ihre Bedeutung gerade auch für Deutschland.

2. Fragestellung

Das Gutachten prüft, ob und inwieweit das geltende deutsche Recht den Anforderungen der Konvention entspricht, oder ob für eine Ratifizierung Gesetzesänderungen erforderlich wären.

3. Untersuchungsmethoden

Das Gutachten stellt eine rechtswissenschaftliche Analyse des deutschen Rechts der Hausangestellten dar. Im Mittelpunkt steht die Subsumtion unter die Anforderungen der Konvention C-189.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Insgesamt entspricht das deutsche Recht den Mindestvorgaben der Konvention.
- Allerdings müssten nach der Ratifikation noch Schritte zur vollständigen Verwirklichung der Konventionsrechte vorgenommen werden. So wäre im Arbeitsschutzrecht über eine angemessene Konkretisierung für Hausangestellte nachzudenken. Die haushaltsnahen Dienstleistungen wären in Hinblick auf den Erwerb von Ansprüchen und für die Rechtsdurchsetzung mit anderen Minijobs gleichzutellen.
- Der Zustand, dass die überwiegende Zahl der Privathaushalten ihren gesetzlichen Melde- und Beitragspflichten und vermutlich auch sonstigen Arbeitgeberpflichten nicht nachkommt, ist nicht haltbar. Schon deshalb erscheint eine Ratifizierung der Konvention hilfreich; sie würde auch eine Klarstellung der aktuellen gesetzlichen Situation sowie ein klareres Bewusstsein aller Betroffenen ermöglichen.

Ergebnisse:

Kocher, Eva: Hausarbeit als Erwerbsarbeit: Der Rechtsrahmen in Deutschland: Voraussetzungen einer Ratifikation der ILO-Domestic Workers Convention durch die Bundesrepublik Deutschland. Abschlussbericht.- Frankfurt an der Oder, Mai 2012.- 36 S.

<i>Projekttitel:</i>	Lebens- und Arbeitssituation der jungen Generation
<i>Projektnummer:</i>	S-2011-486-3 F
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Thomas Langhoff Prospektiv - Gesellschaft für betriebliche Zukunftsgestaltungen mbH Friedensplatz 6 44135 Dortmund langhoff@prospektiv-do.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Julia Kramer Prospektiv - Gesellschaft für betriebliche Zukunftsgestaltungen mbH Friedensplatz 6 44135 Dortmund
<i>Laufzeit:</i>	3 Monate

Empörungen junger Menschen auf der ganzen Welt geben 2011 Anlass, auch die Situation der jungen Generation in Deutschland näher zu betrachten. Gerade der Zusammenhang der Faktoren aus Arbeits- und Lebenssituation soll aufmerksam machen auf die weit reichenden möglichen Folgen, nicht nur für den jungen Menschen selbst, sondern auch für ihn als potenzielle Arbeitskraft und Mitglied der Gesellschaft.

1. Kontext

Jugendliche und junge Erwachsene sehen sich bereits vor Beginn des Erwerbslebens mit zahlreichen Problemlagen konfrontiert: Vergebliche Ausbildungsplatzsuche, Dauerpraktika, prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder Arbeitslosigkeit sind Themen, welche die junge Generation bewegen und mit denen sie sich auseinandersetzen muss. Die Folgen dieser schwierigen Ausgangslage für Jugendliche sind weit reichend. Nicht nur die Existenzsicherung, sondern ebenso die psychische Gesundheit und die Zukunftsplanung werden durch die Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt beeinträchtigt. Schließlich stellt Erwerbsarbeit nicht nur die Grundlage für finanzielle Selbstständigkeit dar, sondern nimmt den zentralen Stellenwert für die individuelle Entwicklung und Entfaltung der (jungen) Erwerbstätigen ein. Vor dem Hintergrund, dass die junge Generation dem Arbeitsmarkt noch einige Jahrzehnte zur Verfügung stehen muss, kann der Verschleiß ihrer Ressourcen nur kritisch betrachtet werden.

2. Fragestellung

Vor dem Hintergrund der aktuell zu beobachtenden Arbeitsmarkt-, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen wurden die Arbeits- und Lebenssituation der Gruppe von jungen Beschäftigten bzw. Arbeits- und Ausbildungsplatzsuchenden in Deutschland näher beleuchtet. Dabei wurden Antworten auf folgende zentrale Fragestellungen und Hinweise auf mögliche Handlungsansätze gegeben:

- Wie sind die Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verteilt?
- Welche Wege in die Erwerbstätigkeit werden von den Jugendlichen beschritten?
- Wie sind die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen der jungen Generation beschaffen?
- Welche Auswirkungen ergeben sich für Lebensqualität und Zukunftschancen?
- Und mit welchen Folgen muss für die Gesundheit gerechnet werden, auf der die künftige Arbeitsfähigkeit fußt?

3. Untersuchungsmethoden

Die aufgeworfenen Fragestellungen wurden mittels einer (Literatur-)Studie sekundäranalytisch bearbeitet. Die Studie gibt einen Überblick über aktuelle Daten und Statistiken, zentrale Ergebnisse aktueller Jugendstudien sowie den bisherigen Forschungsstand zur Thematik. Die Ergebnisse zur Arbeits- und Lebenssituation der jungen Generation wurden in Form von Factsheets themenspezifisch zusammengefasst. Vor dem Hintergrund bestehender (arbeits-)wissenschaftlicher Konzepte und (gewerkschafts-)politischer Ansätze wurden Handlungs- und Gestaltungsansätze aufgezeigt.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Zweitgrößte Angst von Jugendlichen ist z.Z., keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden bzw. diesen zu verlieren.
- Berufliche Zukunftschancen nehmen insgesamt und durchschnittlich mit höherem Schul- und Ausbildungsabschluss zu.
- Das (Un-)Zufriedenheitsempfinden vor dem Hintergrund der wahrgenommenen eigenen Perspektiven, Ängste und Ungewissheit bei der Ausbildungssuche sowie unbekannte Situationen beim Übergang in die Berufsausbildung und Erwerbstätigkeit stellen für junge Menschen psychische Belastungen dar.
- Durch Unsicherheit und Ungleichbehandlung werden betroffene Jüngere daran gehindert, die für das zukünftige Arbeitsleben wichtigen Gesundheitsressourcen aufzubauen.
- Direkte und indirekte Folgen unterschiedlicher Ausbildungs- und Erwerbssituationen entscheiden, inwieweit junge Erwachsene befähigt werden, langfristig am Arbeits- und sozialen Leben teilzunehmen.
- 2006 erhielt jeder zweite junge Beschäftigte nur einen Niedriglohn für seine Arbeit. Beschäftigte ohne berufliche Qualifikation sind mehr als doppelt so oft betroffen.
- Familien- und Lebensplanung werden von jungen Beschäftigten aufgrund hoher Zukunftsunsicherheit häufig auf bessere Zeiten verschoben.

Ergebnisse:

Kramer, Julia; Langhoff, Thomas: Die Arbeits- und Lebensbedingungen der jungen Generation / Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.).- Düsseldorf, Mai 2012.- 66 S. (Arbeitspapier; 260).

<i>Projekttitel:</i>	Pflegesensible Arbeitszeiten: Bedarfe der Beschäftigten, betriebliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen
<i>Projektnummer:</i>	S-2009-263-3 B
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Jürgen P. Rinderspacher Westfälische Wilhelms-Universität Münster Institut für Ethik und angrenzende Sozialwissenschaft Universitätsstr. 13-17 48143 Münster juergen.rinderspacher@uni-muenster.de
<i>Projektbearbeitung:</i>	Katrin Menke Svenja Pfahl Stefan Reuyß SowiTra - Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer Mahlower Str. 23/24 12049 Berlin katrin.menke@sowitra.de svenja.pfahl@sowitra.de stefan.reuys@sowitra.de
<i>Laufzeit:</i>	27 Monate

Die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege wird zu einer immer größeren gesellschaftlichen Herausforderung. Lösungen sind wesentlich von den betrieblichen Rahmenbedingungen abhängig. Das Projekt fragt daher nach pflegesensiblen Arbeitszeiten, die die beruflichen und lebensweltlichen Interessen pflegender Beschäftigter mit den Bedarfen ihrer pflegebedürftige Angehörigen in Einklang bringen können.

1. Kontext

In Deutschland leben derzeit mehr als 2,3 Mio. Pflegebedürftige; hinzu kommen ca. 3 Mio. Menschen ohne Pflegestufe, die aber regelmäßig der Unterstützung von Dritten benötigen. Rund 2/3 von ihnen werden in der privaten Häuslichkeit versorgt. Prognosen gehen davon aus, dass sich bis 2050 die Zahl der Pflegebedürftigen verdoppelt. Politisch wie ökonomisch wird der privaten Pflege der Vorrang eingeräumt und auch die meisten Pflegebedürftigen ziehen die Versorgung in der eigenen Häuslichkeit der stationären Pflege vor. Das bedeutet: immer mehr Berufstätige stehen vor der Herausforderung ihren Beruf mit der Pflege nahestehender Angehöriger oder Freunde in Einklang zu bringen. Die Bereitschaft zur Übernahme sowie das Ausmaß solch privater Pflegeaufgaben hängen stark davon ab, ob die arbeitsweltlichen Rahmenbedingungen und insbesondere die Arbeitszeiten eine Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ermöglichen.

2. Fragestellung

Aus der oben dargestellten Problembeschreibung ergeben sich zwei forschungsleitende Fragestellungen für das Projekt:

- Welche Wechselbeziehungen bestehen zwischen Art und Umfang der Pflegetätigkeit und den jeweiligen realen (und gewünschten) Arbeitszeiten von abhängig Beschäftigten, die als Haupt- oder Nebenpflegepersonen häusliche Pflegeaufgaben übernehmen?
- Wie müssten pflegesensible, betriebliche Arbeitszeiten aussehen? Welche Hinweise / Grundlagen lassen sich für ein Konzept "pflegesensibler Arbeitszeiten" benennen?

3. Untersuchungsmethoden

Im Fokus der qualitativen Studie "Pflegesensible Arbeitszeiten" stehen 90 qualitative leitfadengestützte Interviews mit abhängig Beschäftigten, die gleichzeitig im familiären Umfeld Pflegeaufgaben übernommen haben. Diese wurden im Rahmen von 1 bis 2 Stunden andauernden Gesprächen zu ihren Zeiten in Beruf und Pflege, zu ihren Erfahrungen im Umgang mit privater Pflegearbeit, sowie zu Problemen in der bzw. Wünschen an die Arbeitswelt befragt.

Ergänzend zu den Beschäftigteninterviews wurden 17 Experteninterviews mit inner- und außerbetrieblichen Akteuren geführt, die in Leitfaden-Interviews zur Gestaltbarkeit pflegesensibler Arbeitszeiten und der Entwicklung einer pflegesensiblen Betriebskultur befragt. Die Gesprächspartner aus dem betrieblichen Kontext kamen entweder aus Betriebsräten, dem Personalbereich oder den Geschäftsführungen.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Es hat sich gezeigt, dass die Arbeitszeiten einen wesentlichen Einfluss auf die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege haben.
- Deutlich wurde aber auch, dass zu einem Konzept "Pflegesensible Arbeitszeiten" ein komplexes Bündel unterschiedlicher Maßnahmen im betrieblichen Umfeld gehört. Es besteht aus drei gleichwertigen Eckpunkten, die zusammen wirken. Dies sind die Ausgestaltung der Arbeitszeiten im engeren Sinne, die Arbeitsorganisation innerhalb der Unternehmen sowie die Betriebskultur, also das soziale Miteinander innerhalb der Unternehmen.
- Hinter jedem der drei Eckpunkte stehen eine Vielzahl einzelner Handlungsfelder und ganz konkreter Gestaltungsmaßnahmen. Sie bilden ein Portfolio an Handlungsmöglichkeiten für die betrieblich verantwortlichen Akteure.

Ergebnisse:

Pflegesensible Arbeitszeiten – Arbeitszeitrealitäten und -bedarfe von pflegenden Beschäftigten. Vorläufiger Abschlussbericht / Stefan Reuyß u.a.- Berlin; Münster, November 2011.- 325 S. (Publikation geplant)

<i>Projekttitel:</i>	Struktur der Beschäftigung sowie Entgeltentwicklung in den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen -2004 bis 2008-
<i>Projektnummer:</i>	S-2011-447-3 F
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Günter Thiele Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin Alice-Salomon-Platz 5 12627 Berlin thiele@ash-berlin.eu
<i>Laufzeit:</i>	5 Monate

In der Studie wird die aktuelle Einkommensentwicklung bei Ärzten, Gesundheits- und Krankenpflegern, Helfern in der Krankenpflege, Sozialarbeitern und -pflegern, Heimleitern und Sozialpädagogen sowie den hauswirtschaftlichen Berufen in den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen aufgezeigt.

1. Kontext

Mit dem Projekt soll die Forschungslücke zur Struktur der Beschäftigung sowie zur Einkommensentwicklung in verschiedenen Berufen und Einrichtungen des Gesundheitswesens geschlossen werden. Das Projekt bezieht sich dabei auf die Jahre 2004 und 2008. Betrachtet werden die folgenden Berufe: "gut" qualifizierte Berufsklassen: Ärzte, Gesundheits- und Krankenpfleger, Heimleiter/Sozialpädagogen "gemischt" qualifizierte Berufsklassen: Helfer in der Krankenpflege, Sozialarbeiter/Sozialpfleger, Hauswirtschaftliche Berufe. Die nachstehenden fünf Einrichtungen, in denen die genannten Berufsgruppen arbeiten, sind einbezogen worden: Einrichtungen nach SGB V: Krankenhäuser, Hochschulkliniken, Vorsorge- und Rehabilitationskliniken, Einrichtungen nach SGB XI: Pflegeheime, ambulante soziale Dienste.

2. Fragestellung

- Wie hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie der geringfügig Beschäftigten differenziert nach den Merkmalen Beruf, Geschlecht und wöchentliche Arbeitszeit über den Zeitraum 2004 bis 2008 entwickelt?
- Wie hat sich das sozialversicherungspflichtige Bruttoeinkommen differenziert nach den Merkmalen Beruf, Geschlecht, Alter, Arbeitszeit, Einrichtungen und Betriebsgröße über den Zeitraum verändert?
- Wie hat sich das sozialversicherungspflichtige Bruttoeinkommen differenziert nach den Merkmalen Beruf, Geschlecht, Arbeitszeit, Einrichtungen und Betriebsgröße in den Regionen (Ost/West) verändert?
- Wie hoch war das sozialversicherungspflichtige Bruttoeinkommen in den Bundesländern für die Gesundheits- und Krankenpflegerinnen im Jahre 2008?

3. Untersuchungsmethoden

Die Datengrundlage der deskriptiven Analyse ist die Stichprobe der Integrierten Arbeitsmarktbiografien (SIAB), einem Angebot des Forschungsdatenzentrums (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit (BA). Es beinhaltet in der aktuellen Version Informationen bis zum Jahr 2008.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in den sechs Berufen um 5,9 Prozent auf 1.836.550. Männer und Frauen hatten ähnliche Zuwachsraten. Stark stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten sowie der geringfügig Beschäftigten.
- Einkommenszuwächse gab es bei den "gut" qualifizierten Berufen sowie in deren Einrichtungen (SGB V). Einkommensverluste gab es bei den "gemischt" qualifizierten Berufen sowie in deren Einrichtungen (SGB XI). Mit steigender Betriebsgröße wächst auch das Bruttoeinkommen.
- Von 2004 bis 2008 haben die Einkommensdifferenziale für alle Berufe zugenommen.
- Die analysierten Beschäftigungsbereiche sind nach Geschlecht hochgradig segregierte Berufe. Der Gender Pay Gap war in den einzelnen Berufsgruppen bis auf die hauswirtschaftlichen Berufe geringer als in der Volkswirtschaft. Der Gender Pay Gap hat in den "gemischt" qualifizierten Berufen zugenommen.

Ergebnisse:

Struktur der Beschäftigung sowie Entgeltentwicklung in den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen – 2004 bis 2008 / Lutz Bellmann u.a.- Abschlussbericht.- Berlin, April 2012.- 30 S.

<i>Projekttitel:</i>	Arbeits- und Gesundheitsschutz von ausländischen Leiharbeitnehmern
<i>Projektnummer:</i>	S-2010-364-3 F
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Susanne Völter-Mahlknecht Universitätsklinikum des Saarlandes José Carreras Zentrum für Immuntherapie Kirrberger Straße, Geb. 45.3 66424 Homburg/Saar voelter-mahlknecht@gmx.net
<i>Laufzeit:</i>	4 Monate

Ziel der Studie war es, den Arbeits- und Gesundheitsschutz bei ausländischen Leiharbeitnehmern im Saarland zu untersuchen, Missstände zu eruieren und Lösungsansätze zu erarbeiten. Es zeigte sich ein dringend notwendiger Handlungsbedarf. Dabei kommt einer verschärften Qualitätssicherung eine zentrale Bedeutung zu.

1. Kontext

Bereits seit längerem diskutieren Arbeitsmarktexperten über den verbesserungswürdigen Arbeits- und Gesundheitsschutz von Zeitarbeitnehmern. Bisher lagen keine diesbezüglichen Informationen bei ausländischen Leiharbeitnehmern vor. Anhand der Befragung von ausländischen Leiharbeitnehmern im Saarland und von Experteninterviews wurden Missstände eruiert und Lösungsansätze erarbeitet.

2. Fragestellung

Ziel des hier vorgestellten Projektvorhabens war es, eine für die ausländischen Leiharbeitnehmer im Saarland explorative Befragung zu den gesundheitlichen Effekten der Zeitarbeit und eine Analyse der bisherigen Arbeits- und Gesundheitsschutzaktivitäten durchzuführen, Spezifika zu identifizieren und zum Abbau gesundheitlicher Belastungen und Risiken in der Zeitarbeitsbranche beizutragen. Zudem sollte eine Sensibilisierung für die Relevanz dieses Themas im Saarland erzielt werden.

3. Untersuchungsmethoden

Nach einer Literaturrecherche wurden Fragebögen und Informationsblätter für Leiharbeitnehmer und Betriebsräte in den notwendigen Sprachen konzipiert. Die Hälfte der 16 kontaktierten Unternehmen nahm teil. Aufgrund der Angst der Leiharbeitnehmer vor fehlender Anonymität musste auf die Informationserhebung bei korrespondierenden Akteuren und auf persönliche Gespräche verzichtet werden. An die kooperierenden Unternehmen wurden insgesamt 713 Leiharbeitnehmer-Fragebögen und 32 Fragebögen für Betriebsräte per Post, zusätzlich per E-Mail bzw. Fax versandt (insgesamt wurden 157 Fragebögen zurückgeschickt). Im privaten Umfeld konnten ergänzend 11 Fragebögen erhoben werden. Zudem wurden Expertengespräche geführt. Basierend auf den erhobenen Informationen wurden Schlussfolgerungen gezogen und Lösungsansätze erarbeitet.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Die Erarbeitung einfacher, leicht übertragbarer Lösungsansätze ist aufgrund der Komplexität der Thematik schwierig.
- Existenziell sind verstärkte, engmaschige und unangemeldete Kontrollen durch unabhängige staatliche Kontrollorgane, die bei Nichteinhaltung der gesetzlichen Vorschriften massive Strafen zur Konsequenz haben. Ein anonymes Meldesystem und eine Anpassung der Höhe der berufsgenossenschaftlichen Beitragssätze im Rahmen eines Prämiensystems sind erforderlich.
- Zudem sollten verstärkt Kurse zur Stärkung der Verhaltensprävention angeboten werden.

- Die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren muss noch deutlich verbessert werden.
 - Zur Reduktion der Wegeunfälle bieten sich u.a. die Verwendung von Navigationssystemen, von Kursen für Sicherheitsfahrtraining, Fahrgemeinschaften und eine tarifvertragliche Regelung an.
 - Die Datenerfassung und -qualität muss verbessert und leichter zugänglich gemacht werden.
-

Ergebnisse:

Völter-Mahlknecht, Susanne; Mahlknecht, Ulrich: Untersuchungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz von ausländischen Leiharbeitnehmern im Saarland.- In: Einfluss der Europäischen Union auf die Gestaltung der Arbeitswelt / Carolin Lehberger; Luitpold Rampeltshammer (Hrsg.)- Saarbrücken: Universitätsverlag des Saarlandes, 2012.- S. 59-89.

<i>Projekttitel:</i>	Arbeitnehmerüberlassung, Werkvertrag und freier Dienstvertrag – Praxisfragen und Regelungsprobleme in deutscher und europäischer Perspektive
<i>Projektnummer:</i>	S-2011-477-3 F
<i>Projektleitung:</i>	Prof. Dr. Bernd Waas Goethe Universität Frankfurt Lehrstuhl für Arbeitsrecht und Bürgerliches Recht Grüneburgpaltz 1 60629 Frankfurt am Main waas@jur.uni-frankfurt.de
<i>Laufzeit:</i>	4 Monate

Das Gutachten behandelt Fragestellungen, wie Werkvertrag und Arbeitsvertrag (bzw. Arbeitnehmerüberlassungsvertrag) voneinander abzugrenzen sind und unter welchen Voraussetzungen ein (vermeintlicher) Werkvertrag als Arbeitsvertrag (bzw. Arbeitnehmerüberlassungsvertrag) zu qualifizieren ist.

1. Kontext

Schon seit geraumer Zeit hat die Frage nach der Abgrenzung von Werkvertrag und Arbeitsvertrag (bzw. Arbeitnehmerüberlassungsvertrag) große praktische Bedeutung. Die Bedeutung dieser Frage scheint – offenbar nicht zuletzt angesichts strengerer Regelungen zur Arbeitnehmerüberlassung – zuletzt sogar noch deutlich zugenommen zu haben. Dementsprechend stellt sich mehr denn je die Frage, ob und inwieweit (vermeintliche) Werkunternehmer als Arbeitnehmer zu qualifizieren bzw. ob und in welchem Umfang für diese Personengruppe Arbeitnehmerrechte verfügbar sind.

2. Fragestellung

Mit Blick auf die Qualifizierung eines Rechtsverhältnisses als Werkvertrag oder Dienstvertrag (bzw. Arbeitsvertrag) ist zwischen der Abgrenzungsfrage und der Identifikationsfrage zu unterscheiden. Bei der erstgenannten Frage handelt es sich um das Problem, die Voraussetzungen des jeweiligen Vertragstyps möglichst trennscharf voneinander zu unterscheiden. Bei der letztgenannten Frage handelt es sich einerseits um das Problem, die Zuordnung zu einem bestimmten Vertragstyp nicht zuletzt nach Maßgabe der tatsächlichen Durchführung des Vertrags vorzunehmen, und andererseits darum, eine fehlerhafte Vertragstypenzuordnung durch die Parteien evtl. nachträglich zu korrigieren.

3. Untersuchungsmethoden

Die Frage nach der Abgrenzung von Werkvertrag und Arbeitsvertrag (bzw. Arbeitnehmerüberlassungsvertrag) wird ebenso wie die Frage nach der Identifizierung eines (vermeintlichen) Werkvertrags als Arbeitsvertrag (bzw. Arbeitnehmerüberlassungsvertrag) aufgrund einer Betrachtung des deutschen Vertragsrechts unter Berücksichtigung der zur Abgrenzung von Werkvertrag und Dienstvertrag entwickelten Vertragsrechtsdogmatik beantwortet. Eine zusätzliche umfassende rechtsvergleichende Betrachtung der Problematik mit anderen europäischen Ländern liefert darüber hinaus wichtige rechtspolitische Hinweise.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Zwischen Werkvertrag und Dienstvertrag (bzw. Arbeitsvertrag) besteht ein weiter Überschneidungsbereich.
- Insbesondere erweist sich die verbreitete Unterscheidung von Erfolg (Werkvertrag) und Tätigkeit (Dienstvertrag) für die Abgrenzung als nicht tragfähig, da zum einen auch das Wirken erfolgsbezogen und zum anderen auch dem Werkvertrag eine Tätigkeitspflicht eigen ist.

- Ein (scheinbarer) Werkvertrag sollte als Arbeitsvertrag identifiziert werden, wenn der Vertrag – durch Begründung eines ausreichend starken "Tätigkeitsbezugs" – eine ähnliche weitreichende Bindung des Verpflichteten bewirkt wie dies im "Normalfall" eines Arbeitsvertrags zu beobachten ist.
- Unter derselben Voraussetzung sollte ein (scheinbarer) Werkvertrag unter Einschaltung von Erfüllungsgehilfen als Fall der Arbeitnehmerüberlassung qualifiziert werden.
- In manchen ausländischen Rechtsordnungen ist das Bemühen um eine Präzisierung der Kriterien zur Abgrenzung des Arbeitsvertrags vom Werkvertrag erkennbar. Vielfach bestehen überdies Vermutungsregeln.
- Schließlich finden sich im Ausland auch Beispiele dafür, arbeitsrechtliche Bestimmungen teilweise gegenüber Nichtarbeitnehmern zur Anwendung zu bringen.

Ergebnisse:

Waas, Bernd: Werkvertrag, freier Dienstvertrag und Arbeitsvertrag: Abgrenzung und Identifikation im deutschen Recht und in ausländischen Rechtsordnungen. Abschlussbericht.- Frankfurt am Main, 2012.- 72 S.

<i>Projekttitel:</i>	Stress und Belastung bei Fachkräften der Jugendhilfe – ein Beitrag zur Burnoutprävention
<i>Projektnummer:</i>	S-2010-363-4 F
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Irmhild Poulsen BIP-Burnout-Institut PHOENIX TIP-Lübeck - Initiativen Kanalstr. 80 23552 Lübeck irmhild.poulsen@freenet.de
<i>Laufzeit:</i>	16 Monate

Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe tragen in ihrem beruflichen Alltag enorme Verantwortung und haben vielfältige komplexe Aufgaben zu erfüllen. Das Projekt untersucht Rahmenbedingungen und Belastungsfaktoren in der Jugendhilfe und zieht anhand der Ergebnisse Schlussfolgerungen zur Burnoutprävention von Fachkräften.

1. Kontext

In den Tätigkeitsfeldern der Jugendhilfe sind Fachkräfte durch ihr Engagement für Kinder und Jugendliche besonders hohen Anforderungen ausgesetzt, weil sie tiefe Einblicke in biographische Brüche, Verelendungen und psychische Erkrankungen erhalten. Nach der Einführung des § 8a des SGB VII – dem Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung – ist der Druck auf Fachkräfte der Jugendhilfe enorm gestiegen. Krankenkassen schlagen Alarm und zählen Fachkräfte im Sozialen Bereich zu der Gruppe der höchst Burnout-Gefährdeten. Jugendhilfe gilt bei vielen als unattraktives Tätigkeitsfeld, offene Stellen bleiben unbesetzt. Zu viele Fälle, zu hohe Ansprüche und schlechte Rahmenbedingungen können krank machen und in Burnout münden. Es werden die spezifischen Belastungsfaktoren sowie arbeitsplatzspezifische, organisationsbedingte, und individuelle Stressoren untersucht. Ebenso wird dargestellt, welche Forderungen und Vorschläge für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen die Fachkräfte selbst formulieren.

2. Fragestellung

Das Forschungsprojekt gibt Antworten zu folgenden Fragen: Welchen konkreten Stressoren, Belastungsfaktoren und Schwierigkeiten sind Fachkräfte im beruflichen Alltag ausgesetzt? Wie nehmen sie ihre Arbeitsbelastung wahr? Berichten Fachkräfte der Jugendhilfe von gesundheitlichen Beeinträchtigungen, die sie direkt auf ihre Arbeitssituation zurückführen? Der Bericht geht der Frage nach, welche Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitspolitik Stress und Belastung bei Fachkräften der Jugendhilfe zu reduzieren vermögen. Ebenso wird nach dem Einfluss der Rahmenbedingungen auf die Arbeitssituation gefragt sowie nach der Rolle der jeweiligen Anstellungsträger und der betrieblichen Interessenvertretung bei der Gesunderhaltung der Fachkräfte.

3. Untersuchungsmethoden

Es wurden Fragebögen von einhundert Fachkräften aus unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern der Jugendsozialarbeit, Kinder- und Jugendhilfe, Jugendarbeit in ganz Deutschland ausgewertet.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Die Ergebnisse zeigen, dass die Jugendhilfe insgesamt ein überlastetes Hilfesystem ist. Zwei Drittel der befragten Fachkräfte der Jugendhilfe bezeichnen die Arbeitsbelastung als hoch, sehr hoch oder krankmachend.
- Als Stressoren und Belastungsfaktoren der Tätigkeit werden genannt das Arbeiten unter Zeitdruck, ein hoher bürokratischer Aufwand bei knapper Personaldecke, multiple Problemlagen des Klientels bei hoher Fallzahl, Konflikte mit Vorgesetzten und fehlende Wertschätzung.

- Entsprechend richten sich die Handlungsempfehlungen auf eine Aufstockung des Personals, eine wertschätzendere Rolle von Führungskräften, die Ausweitung des Angebots von Supervision im Rahmen der Arbeit sowie eine bessere Bezahlung. Mit Blick auf die Burnoutprävention wird empfohlen, Belastungen zu enttabuisieren statt zu individualisieren und im Rahmen der strukturellen Bedingungen der Arbeit zu analysieren. Ebenso ist das Gesundheitsmanagement im Betrieb aufzuwerten.

Ergebnisse:

Poulsen, Irmhild: Stress und Belastung bei Fachkräften der Jugendhilfe – ein Beitrag zur Burnoutprävention: Untersuchung über Stressoren und Arbeitsbelastungen im Berufsalltag der Jugendhilfe. Abschlussbericht.- Lübeck, Januar 2012.- 106 S.

<i>Projekttitel:</i>	Welfare State Reform in the United States and the European Union – Policy Choices and the Construction of the New Welfare Society
<i>Projektnummer:</i>	S-2008-143-4 F
<i>Projektleitung:</i>	Dr. Christian Toft Universität Kassel Fachbereich Wirtschaftswissenschaften Nora-Platiel-Str. 4 34109 Kassel toft@uni-kassel.de
<i>Laufzeit:</i>	37 Monate

Der Bericht enthält einen Vergleich der Rentenpolitik in den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union. Der Fokus liegt dabei auf den jüngsten Reformen des Renteneintrittsalters und den Auswirkungen auf die Erwerbsbeteiligung Älterer. Thematisch zielt der Beitrag damit auf die Debatte um die Transformation von Wohlfahrtsstaaten im internationalen Vergleich.

1. Kontext

Seit den 1980er Jahren ist die Rentenpolitik als zentraler Eckpfeiler von Wohlfahrtsregimen in vielen europäischen Ländern Gegenstand von politischen Reformen. Besonderes Augenmerk der Reformen liegt in der Veränderung des gesetzlichen Renteneintrittsalters. Die Entwicklung in den USA unterscheidet sich grundlegend von der in Europa, da hier die letzte wesentliche Änderung der Rentenpolitik bereits im Jahr 1983 unter der Präsidentschaft von Ronald Reagan implementiert wurde. Schon damals wurde als ein Element der sog. Reagan Reform eine schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahren für den Zeitraum 2000 bis 2027 vereinbart. Seit Mitte der 2000er Jahre ist diese Entwicklung auch in europäischen Ländern zu beobachten, so dass zu erwarten ist, dass in naher Zukunft alle großen EU-Länder dem Beispiel der USA folgen und Gesetze verabschieden werden, die das Renteneintrittsalter auf 67 (oder höher) festlegen.

2. Fragestellung

Bei Betrachtung rentenpolitischer Maßnahmen in den USA und Europa über einen Zeitraum von 60 Jahren werden in dem Beitrag aktuelle politische Initiativen in einem breiteren Zusammenhang dargestellt. Die Frage des Beitrags lautet, inwieweit Veränderungen in der Rentenpolitik die Arbeitsmarktteilnahme älterer Menschen seit den 1950er Jahren in den USA und den EU15-Ländern beeinflussen. Über Projektionen werden die Auswirkungen jüngster politischer Maßnahmen für die kommenden 50 Jahre modelliert. Ausgehend von vorliegenden vergleichenden Analysen über den Zusammenhang zwischen Rentensystemen und Arbeitsmarktteilnahme (z.B. Blöndal und Scarpetta (1999); Gruber und Wise (1999)) wird nicht nur der Rückgang sondern auch der jüngste Anstieg des Anteils älterer Erwerbspersonen am Arbeitsmarkt untersucht und die Folgen für die aktuelle und zukünftige Altersstruktur auf Arbeitsmärkten diskutiert.

3. Untersuchungsmethoden

Vier Untersuchungsmethoden kommen im Beitrag zur Anwendung

- die vergleichende institutionelle Analyse, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Rentensystemen sowie in Reformtrends zu erkennen;
- Strategien der Rentenmodellierung, wie im Rentenmodell der OECD verwendet, um Niveaus und Veränderungen in der Großzügigkeit von Rentenleistungen zu bestimmen;
- sekundäre Datenanalysen, um Veränderungen der Erwerbsquoten zwischen 1950 und 2010 abzubilden;

- vorausschauende Methodik (Projektionen), um mögliche künftige Trends der Erwerbsquoten und die Auswirkungen der Rentenreformen auf Erwerbsquoten bis 2060 zu bestimmen.

4. Darstellung der Ergebnisse

- Bis in die 1950er Jahre war die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen in den USA und Europa auf vergleichbarem Niveau. Seit den 1970er Jahren hat sich die Erwerbsbeteiligung unterschiedlich entwickelt, wobei die meisten Mitgliedsländer der EU bei deutlich stärkeren Schwankungen niedrigere Erwerbsquoten Älterer auswiesen als die USA.
- Es zeigt sich, dass die Kluft zwischen den Erwerbsquoten bis Mitte der 1990er Jahre weitgehend durch Unterschiede der Renteneintrittsaltersbestimmungen erklärt werden kann. Die Zunahme der Erwerbsbeteiligung Älterer in der EU15 in den vergangenen 15 Jahren kann mit den rentenpolitischen Maßnahmen in europäischen Mitgliedsländern in Verbindung gebracht werden.
- In der Tat zeigen Projektionen der Auswirkungen der Reformen des Renteneintrittsalters, die in diesem Bericht diskutiert werden, dass in den EU15-Ländern zukünftig höhere Erwerbsquoten für ältere Menschen zu erwarten sein werden als in den Vereinigten Staaten. Damit kommt es zu einer Umkehrung des bisher bekannten Musters der Erwerbsbeteiligung Älterer im Vergleich von USA und Europa.

Ergebnisse:

Toft, Christian; Whitehouse, Edward; Burtless, Gary: Reforming pensionable age in the United States and the European Union (EU15). Abschlussbericht.- Kassel; Paris; Washington, Dezember 2011.- 39 S.

3. Veröffentlichungen aus Forschungsprojekten

Veröffentlichungen aus Forschungsprojekten*

Ahrens, Frank

Girmes, Renate; Baudisch, Winfried; Bojanowski, Arnulf (Hrsg.)

„Also wir lernen da zwar, aber nicht so schülerisch, sondern mehr so Spaß.“

Zur Bedeutung, Sichtbarmachung und Anerkennung informell erworbener Kompetenzen am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt für benachteiligte Jugendliche

Münster: LIT Verlag, 2012

Pädagogische Beiträge zur sozialen und kulturellen Entwicklung; Bd. 14

ISBN 978-3-643-11695-6

€ 39,90

Dobischat, Rolf; Kühnlein, Gertrud; Schurgatz, Robert

Ausbildungsreife

Ein umstrittener Begriff beim Übergang Jugendlicher in einer Berufsausbildung

Düsseldorf, Mai 2012

Arbeitspapier; 189

Bestell-Nr. 11189

€ 16,00

Faust, Michael; Bahn Müller, Reinhard; Fisecker, Christiane

Das kapitalmarktorientierte Unternehmen

Externe Erwartungen, Unternehmenspolitik, Personalwesen und Mitbestimmung

Berlin: edition sigma, 2012

Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung; 135

ISBN 978-3-8360-8735-3

€ 26,90

Freitag, Walburga Katharina

Zweiter und Dritter Bildungsweg in die Hochschule

Düsseldorf, April 2012

Arbeitspapier; 253

Bestell-Nr. 11253

€ 25,00

Geiling, Heiko; Meise, Stephan; Eversberg, Dennis

Die IG Metall lokal

Akteure in gewerkschaftlichen Handlungsfeldern

Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, 2012

Edition; 266

ISBN 978-3-86593-162-7

Bestell-Nr. 13266

€ 25,00

Hochschulzugang für Berufstätige

- Exemplarisch analysiert am Beispiel der Ruhr-Universität Bochum

Düsseldorf, März 2012

Arbeitspapier; 188

Bestell-Nr. 11188

€ 15,00

Kädtler, Jürgen; Neumann, Uwe

Industrielle Fachkräfte unter Druck? Das Beispiel der Laborantinnen und Laboranten in der Chemie- und Pharmaindustrie

Düsseldorf, Juni 2012

Arbeitspapier; 257

Bestell-Nr. 11257

€ 16,00

* Veröffentlichungen der Hans-Böckler-Stiftung können über den Buchhandel bezogen werden. Die mit einer Bestell-Nr. versehenen Titel erhalten Sie über unseren Auslieferer: **Der Setzkasten**, Kreuzbergstr. 56, 40489 Düsseldorf, Fax 0211/4080090-40; mail@setzkasten.de.

Klammer, Ute; Neukirch, Sabine; Weßler-Poßberg, Dagmar

Wenn Mama das Geld verdient

Familienernährerinnen zwischen Prekarität und neuen Rollenbildern

Berlin: edition sigma, 2012

Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung; 139

ISBN 978-3-8360-8739-1

€ 27,90

Kramer, Julia; Langhoff, Thomas

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der jungen Generation

Düsseldorf, Mai 2012

Arbeitspapier; 260

Bestell-Nr. 11260

€ 16,00

Kriegesmann, Bernd; Kley, Thomas

Mitbestimmung als Innovationstreiber

Bestandsaufnahme, Konzepte und Handlungsperspektiven für Betriebsräte

Berlin: edition sigma, 2012

Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung; 141

ISBN 978-3-8360-8741-4

€ 14,90

Lippert, Inge; Jürgens, Ulrich

Corporate Governance und Arbeiternehmerbeteiligung in den Spielarten des Kapitalismus

Pfade der Unternehmensentwicklung in der Automobilzulieferindustrie in Deutschland, Schweden und den USA

Berlin: edition sigma, 2012

Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung; 143

ISBN 978-3-8360-8743-8

€ 18,90

Ludwig, Thorsten; Seidel, Holger; Tholen, Jochen

Offshore-Windenergie: Perspektiven für den deutschen Schiffbau

Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, 2012

Edition; 270

ISBN 978-3-86593-167-2

Bestell-Nr. 13270

€ 25,00

Mückenberger, Ulrich

Lebensqualität durch Zeitpolitik

Wie Zeitkonflikte gelöst werden können

Berlin: edition sigma, 2012

Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung; 142

ISBN 978-3-8360-8742-1

€ 19,90

Neuner, Ralf

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Konzepte, Kennzahlen und Qualitätssicherung zur Verringerung psychosozialer Belastungen bei der Arbeit

Lage: Jacobs Verlag, 2012

ISBN 978-3-89918-207-1

€ 19,90

Reichard, Christoph; Röber, Manfred

Ausbildung der Staatsdiener von morgen

Bestandsaufnahme – Reformtendenzen – Perspektiven

Berlin: edition sigma, 2012

Modernisierung des öffentlichen Sektors; Sonderband 40

ISBN 978-3-8360-7240-3

€ 8,90

Welfens, Paul J.J. (Hrsg.)

Clusters in Automotive and Information & Communication Technology

Innovation, Multinationalization and Networking Dynamics

Berlin; Heidelberg: Springer-Verlag, 2012

ISBN 978-3-642-25815-2

€ 99,95

Zukunftsperspektive des deutschen Maschinenbaus

Expertise für die Hans-Böckler-Stiftung

Aachen: Apprimus Verlag, 2012

ISBN 978-3-86359-056-7

€ 29,00

Bestellschein

**Hans-Böckler-Stiftung
Forschungsförderung
Linda Zebri
Hans-Böckler-Straße 39**

40476 Düsseldorf

AbsenderIn:

Titel

Vor- und Zuname

Organisation

Anschrift

Ich möchte den Forschungsinformationsdienst dreimal jährlich erhalten

Meine Anschrift hat sich geändert

Ort und Datum

Unterschrift

Struktur und Schwerpunkte der Abteilung Forschungsförderung

Stand: Juli 2012

ABTEILUNGSLEITUNG

Dr. Claudia Bogedan
Tel. 0211 7778-108
Claudia-Bogedan@boeckler.de

Büro:

Elisabeth Bernhardt
Tel. 0211 7778-342
Elisabeth-Bernhardt@boeckler.de
Rosemarie Pulfrich
Tel. 0211 7778-109
Rosi-Pulfrich@boeckler.de

Politikvermittlung und Wissenschafts- transfer

Dr. Melanie Diermann
Tel. 0211 7778-601
Melanie-Diermann@boeckler.de

Stefanie Ummelmann
Tel. 0211 7778-602
Stefanie-Ummelmann@boeckler.de

EDV-gestützte Forschungsinformation

Linda Zebri
Tel. 0211 7778-119
Linda-Zebri@boeckler.de

Förderschwerpunkt

Strukturwandel - Innovationen und Beschäftigung

Dr. Marc Schietinger
Tel. 0211 7778-127
Marc-Schietinger@boeckler.de

Karin Klaus
Tel. 0211 7778-128
Karin-Klaus@boeckler.de

Förderschwerpunkt

Mitbestimmung im Wandel

Dr. Stefan Lücking
Tel. 0211 7778-175
Stefan-Luecking@boeckler.de

Gabriele Klesse
Tel. 0211 7778-176
Gabriele-Klesse@boeckler.de

Förderschwerpunkt

Erwerbsarbeit im Wandel

Dr. Claudia Bogedan
Tel. 0211 7778-108
Claudia-Bogedan@boeckler.de

Elisabeth Bernhardt / Rosemarie Pulfrich
Tel. 0211 7778-342 / -109
Elisabeth-Bernhardt@boeckler.de /
Rosi-Pulfrich@boeckler.de

Förderschwerpunkt

Zukunft des Sozialstaates / Sozialpolitik

Dr. Dorothea Voss
Tel. 0211 7778-194
Dorothea-Voss@boeckler.de

Kirsten Hermeling
Tel. 0211 7778-115
Kirsten-Hermeling@boeckler.de

Förderschwerpunkte

Bildung für und in der Arbeitswelt; Geschichte der Gewerkschaften

Dr. Michaela Kuhnhenne
Tel. 0211 7778-593
Michaela-Kuhnhenne@boeckler.de

Mirjana Stavris
Tel. 0211 7778-293
Mirjana-Stavris@boeckler.de